

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2008

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 496- 4072
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzcontrolling>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Sozioökonomische Rahmendaten
Referat 20, Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361-6052
e-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

Gesamthaushalt, Haushalt nach Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung
Referat 20, Carsten Wessels
Telefon: (0421) 361-6155
e-Mail: carsten.wessels@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschieden im September 2009

Inhaltsverzeichnis

Sozioökonomische Rahmendaten	4
Bevölkerungsentwicklung	4
Bruttoinlandsprodukt	8
Arbeitsmarkt	10
Beschäftigung.....	12
Zinsentwicklung.....	13
Preisentwicklung	14
Geschäftsklima	15
Sektorale Rahmendaten.....	16
Entwicklung des Gesamthaushalts	20
Zentrale Kennzahlen	22
Quoten	22
Salden	25
Bereinigte Einnahmen.....	25
Steuerabhängige Einnahmen	25
Sonstige konsumtive Einnahmen	27
Investive Einnahmen	27
Bereinigte Ausgaben.....	28
Zinsausgaben, Schuldenstruktur und Kreditaufnahme	28
Primärausgaben	29
Investitionsausgaben	30
Konsumtive Primärausgaben.....	32
Personalausgaben	32
Sozialleistungsausgaben.....	33
Sonstige konsumtive Ausgaben	33
Städtevergleich Bremen / Bremerhaven	34
Bürgschaften 2008	37
Entwicklung des Haushalts nach Bereichen der öffentlichen Auf- gabenwahrnehmung	38
Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushalts nach Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung	38
Bereiche der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung.....	40
Sonderhaushalte	40
Eigenbetriebe, Sondervermögen und Stiftungen	40
Beteiligungen (incl. Zuwendungen an Beteiligungen)	42
Zuwendungsempfänger.....	43
Schulden des Landes, der Stadtgemeinde und der Sondervermögen Bremens	45

SOZIOÖKONOMISCHE RAHMENDATEN

Die bremischen Haushalte und die sozioökonomischen Faktoren stehen in engen, wechselseitigen Beziehungen. So sind die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise – ähnlich wie die hohen bremischen Bevölkerungsverluste der Vergangenheit – ein herausragendes Beispiel für die Abhängigkeit der Haushalte von externen Einflussgrößen. Gleichzeitig werden sozioökonomischer Faktoren wie die Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitsmarkt oder das Wirtschaftswachstum auch von der Haushalts- und Finanzpolitik beeinflusst.

Zum Controlling der Haushalte gehört daher ein Blick auf die sie bestimmenden und von Ihnen beeinflussten Rahmendaten, wobei nachfolgend hauptsächlich die Jahresergebnisse 2008 und ihre Einbindung im längerfristigen Kontext sowie die aktuelle Erkenntnisse des ersten Halbjahres 2009 näher betrachtet werden. Im Einzelnen ergibt sich für die maßgeblichen Faktoren dabei folgendes Bild:

Bevölkerungsentwicklung (Stand: 2008)

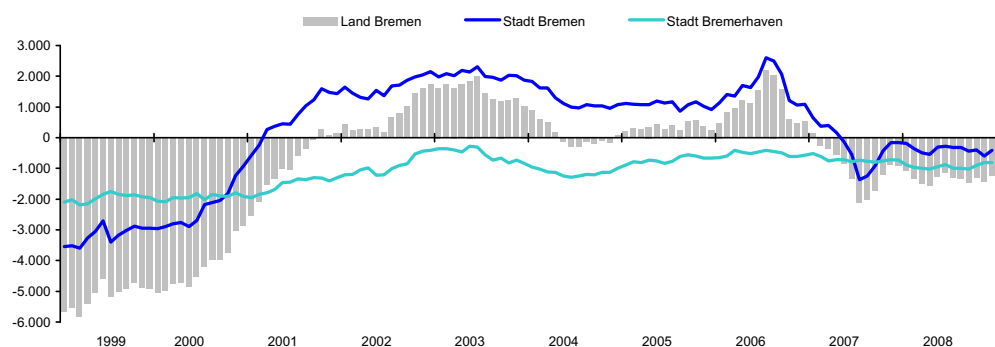
Neben den fachpolitischen Auswirkungen einer Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung sind die Folgen der absoluten wie auch der relativen Bevölkerungsentwicklung zum übrigen Bundesgebiet für die Einnahmeseite der Bremischen Haushalte über die Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer nach dem Wohnsitzprinzip sowie insbesondere über die Einwohnerabhängigkeit der Umsatzsteuerverteilung und des Länderfinanzausgleichs von zentraler Bedeutung.

Nachdem die zuvor – mit Ausnahme der Sonderentwicklung der Jahre 1988 bis 1992 – fast dreißig Jahre anhaltenden Einwohnerverluste ab März 2001 gestoppt wurden, war die Bevölkerungsentwicklung des Landes durch das stetige Wachstum der Stadt Bremen geprägt. Seit Mitte 2007 ist der Bevölkerungsstand der Stadt Bremen im Vorjahresvergleich leicht rückläufig. Die Fortsetzung dieses Bevölkerungsrückgangs über 2007 (- 165 Einwohner) hinaus, hat im Jahr 2008 bereits zu einem Verlust von über 400 Einwohnern geführt (vergl. Abb. 1).

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung zum Vorjahresmonat



Die Stadt Bremerhaven verliert hingegen bereits langfristig kontinuierlich Einwohner. Zum Jahresende 2008 wies die Bevölkerungsentwicklung mit - 807 Einwohnern den höchsten Rückgang der letzten vier Jahre auf. Zum jeweiligen Jahresende 2005 bis 2007 konnte der Bevölkerungsrückgang in Bremerhaven noch auf 570 bis 730 Einwohner begrenzt werden.

Das Land Bremen verzeichnet somit 2008 zum zweiten Mal in Folge einen Bevölkerungsrückgang. Mit fast - 1.220 Einwohnern fiel der Rückgang dabei höher als im Vorjahr aus. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 0,18 %, bedeutet aber für die Bremischen Haushalte eine strukturelle steuerabhängige Mindereinnahme von ca. 4,5 Mio. € (aktuell € 3.700 pro Einwohner) Zuletzt musste Bremen vor neun Jahren einen

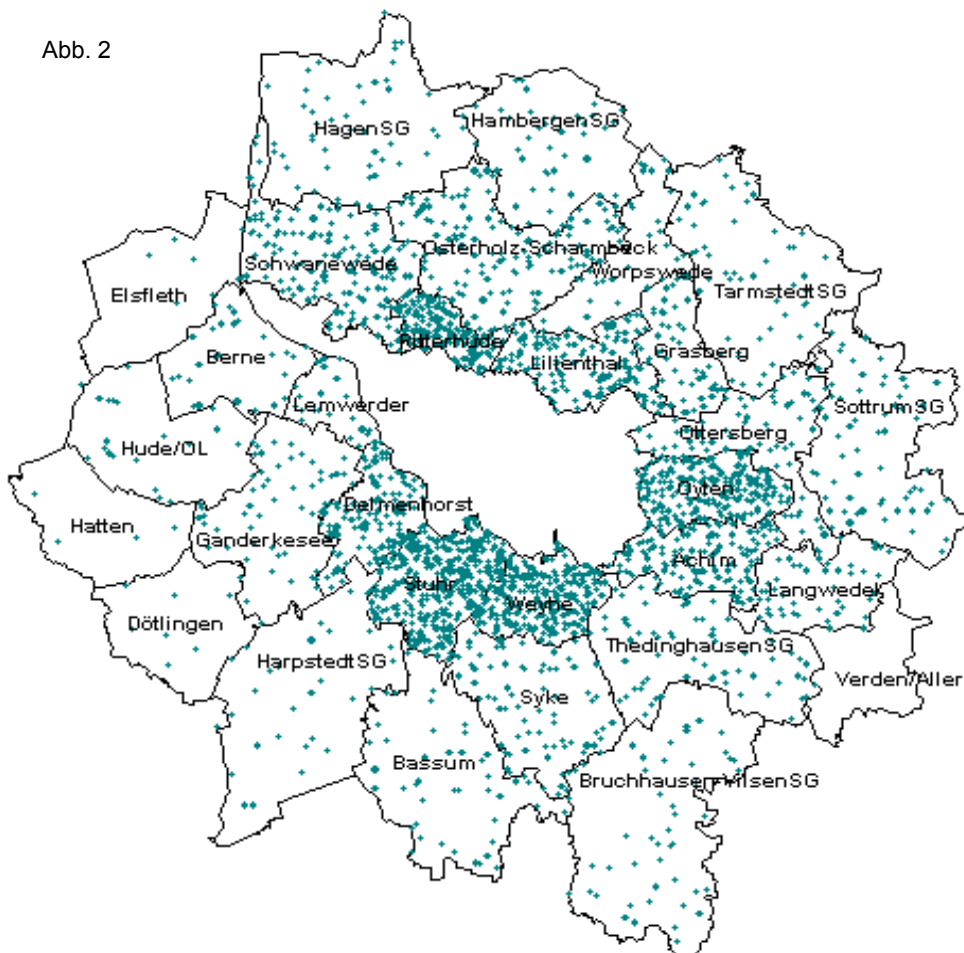
höheren Bevölkerungsverlust hinnehmen.

Einen in der jüngeren Vergangenheit grundsätzlich negativen Saldo wies dabei in beiden bremischen Städten die natürliche Komponente auf. Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen lag in den letzten Jahren im Land Bremen relativ konstant zwischen - 1.500 und - 2.200 Einwohnern. Um einen Bevölkerungsrückgang zu vermeiden, muss angesichts dieser fortlaufenden Verluste ein positiver Wanderungssaldo in mindestens gleicher Größenordnung erreicht werden.

Der Wanderungssaldo wird von der Fern- bzw. der Umlandwanderung unterschiedlich beeinflusst und unterlag in den letzten Jahren erheblichen Schwankungen. Zumindest für die Stadt Bremen gilt dabei, dass der Fernwanderungssaldo immer positiv und der Umlandwanderungssaldo stets negativ ausfiel. Großstädte entwickeln insbesondere über ihr Arbeitsplatzangebot sowie über ihre Universitäten, Hochschulen und sonstigen Ausbildungsstellen eine überregionale Sogwirkung, die zu erhöhten Fernwanderungszügen führt. Das Umland profitiert zu Lasten der jeweiligen Großstädte hingegen meist mit einer gewissen Zeitverzögerung über die Mechanismen der Suburbanisierung.

Die Umlandwanderungen der Stadt Bremen belegen, dass Abwanderungen dabei insbesondere in die stadtnahen Umlandgemeinden erfolgen, die eine größere Nähe zu den oberzentralen Angeboten der Metropole ermöglichen. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht die genauen Wanderungsströme der letzten drei Jahrzehnte, wobei jeder Punkt einen bremischen Einwohner symbolisiert, der im Jahresdurchschnitt der Jahre ab 1990 im Saldo seinen Wohnsitz in eine Umlandgemeinde verlegt hat. Allein die sieben sehr gut angebundenen und zentrumsnahen Umlandgemeinden Stuhr, Weyhe, Delmenhorst, Achim, Oyten, Lilienthal und Ritterhude verzeichneten fast 60 % des Wanderungsgewinns der 30 Umlandgemeinden. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre wies sogar alleine die Gemeinde Stuhr 45 % des Wanderungsgewinns aller Umlandgemeinden auf.

Abb. 2



Bremerhaven verzeichnete als Oberzentrum der dortigen Region in vielen Jahren eine ähnliche, wenn auch in der Sogwirkung deutlich abgeschwächte Entwicklung.

In den letzten Jahren wiesen die Städte Bremen und Bremerhaven bei der Umlandwanderung folgende Entwicklungen auf:

- Von 2001 bis 2005 verlor Bremerhaven kontinuierlich weniger Einwohner an das Umland als im jeweiligen Vorjahr. 2006 konnte sogar erstmals seit über 20 Jahren ein positiver Umlandwanderungssaldo erreicht werden. Nach einem geringen Verlust 2007 stiegen die Einwohnerverluste aufgrund der Umlandwanderung 2008 jedoch wieder auf 420 Einwohner an.
- Analog zu Bremerhaven sind auch die Bremer Umlandwanderungsverluste von 1998 (- 3.900 Einwohner) bis 2006 (- 300 Einwohner) stetig zurückgegangen, bevor der positive Trend 2007 endete (- 1.250 Einwohner). 2008 verlegten dann im Saldo 630 Bremer Einwohner ihren Wohnsitz in das angrenzende Umland.

Beachtenswert ist, dass bei den Umlandwanderungen sehr unterschiedliche Intensitäten und teilweise auch gegenläufige Trends in einzelnen **Altersgruppen** zu verzeichnen sind. So sind die 30-50jährigen (inklusive der minderjährigen Kinder) sowohl bei der Zuwanderung aus dem Umland als auch bei der Abwanderung in das Umland weit überproportional vertreten, wobei die Zahl der Zuzüge dieser Altersgruppe in den letzten zehn Jahren allerdings deutlich niedriger ausfiel als die Anzahl der Fortzüge. In allen anderen Altersgruppen gestaltete sich der jeweilige Umlandwanderungssaldo über die Jahre relativ ausgeglichen, so dass die jährlichen Einwohnerverluste der Stadt Bremen aus der Umlandwanderung im Wesentlichen auf die Altersgruppe der 30-50jährigen zurückzuführen sind. Allein in dieser Altersgruppe (inklusive der minderjährigen Kinder) haben in den letzten zehn Jahren über 41.000 Einwohner ihren Wohnsitz von der Stadt Bremen in das angrenzende Umland verlegt. Es ist jedoch hervorzuheben, dass die Fortzüge dieser Altersgruppe in den letzten zehn Jahren um beachtliche 40 % abnahmen. Trotz dieses für Bremen positiven Trends waren die 30-50jährigen (inklusive der minderjährigen Kinder) 2008 noch immer für einen höheren Bevölkerungsverlust verantwortlich als alle anderen Altersgruppen zusammen (vgl. Abb. 3).

Senatorin für Finanzen, Referat 20

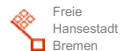
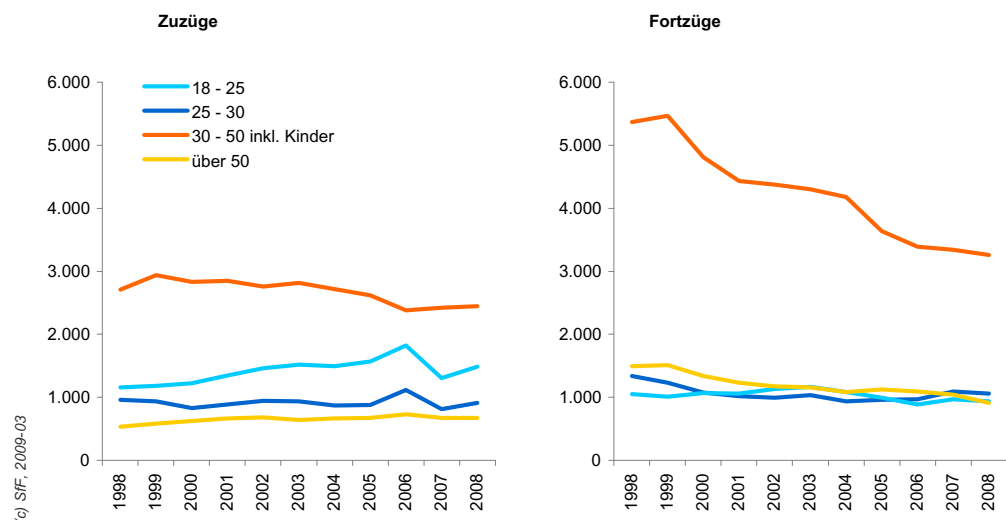


Abb. 3: Umlandwanderungen der Stadt Bremen nach Altersgruppen



Bei der längerfristigen Betrachtung der Zuzüge aus dem Umland weist die Altersgruppe der 18-25jährigen den markantesten Trend auf. Von 1998 bis 2006 sind in dieser Altersgruppe die Zuzüge kontinuierlich angestiegen (+ 60 %), 2007 gab es jedoch – zusammen mit der Altersgruppe der 25-30jährigen - einen deutlichen Rückgang um insgesamt

über 800 Einwohner. Eine Ursache für diese Auffälligkeit könnte das Aussetzen des Begrüßungsgeldes für Erstsemester an der Universität sein, in dessen Folge Studenten ihren Wohnortwechsel u. U. nicht mehr angemeldet haben. 2008 verzeichneten beide Altersgruppen von deutlich verringertem Niveau wieder steigende Zuzüge. Inzwischen wurde das Begrüßungsgeld wieder eingeführt.

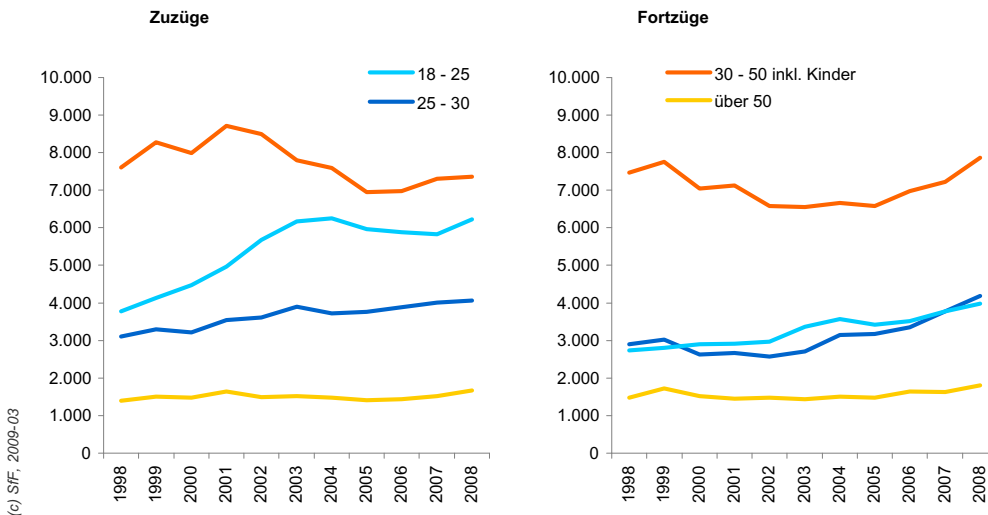
Auch bei den Fernwanderungen (vergl. Abb. 4) der letzten zehn Jahre zeigen die unterschiedlichen Altersgruppen sehr unterschiedliche Wanderungsintensitäten und einzelne Trends, die den Wanderungssaldo insgesamt gleichwohl maßgeblich beeinflussen:

- Bei den 18-25jährigen konnten nach drei Jahren des Rückgangs 2008 zwar erstmals wieder die Anzahl der Zuzüge von 2004 erreicht werden, die Fortzüge in dieser Altersgruppe stiegen seit 2004 jedoch um über 11 % an. Dennoch betrug der Wanderungsgewinn in dieser auf Arbeit- und Ausbildungsplatzangebote reagierenden Bevölkerungsgruppe in der Stadt Bremen allein im Jahr 2008 noch immer fast 2.250 Einwohner.
- Bei den 25-30jährigen lag der Zuwachs der Zuzüge (+ 5 %) in den letzten drei Jahren deutlich unter dem Zuwachs der Fortzüge (+ 25 %). 2008 war der Fernwanderungssaldo bei dieser Altersgruppe somit erstmals negativ (- 120 Einwohner).
- Bei den 30-50jährigen inklusive minderjähriger Kinder wurde aus einem positiven Saldo von 1.900 Einwohnern im Jahr 2002 nunmehr ein negativer Saldo von über 500 Einwohnern (2008).
- Bei den über 50jährigen, die allerdings nur eine geringfügige Wanderungsintensität aufweisen, verzeichnet der Saldo seit fünf Jahren ein anhaltend negatives Vorzeichen, während in den Jahren davor positive und negative Salden wechselten.
- Insgesamt verzeichnete die Stadt Bremen 2008 erstmals nur noch in der Altersgruppe der 18-25jährigen einen positiven Fernwanderungssaldo.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 4: Fernwanderungen der Stadt Bremen nach Altersgruppen



Trotz dieser differenzierten Betrachtungen zur Ist-Entwicklung sind Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung im Land Bremen schon für das laufende Jahr schwierig. Prognosen über einen längeren Zeitraum sind noch problematischer, weil - in der Vergangenheit vielfach zu verzeichnende - Entwicklungsbrüche für die Zukunft nicht zu bestimmen sind. Die aktuellen Erkenntnisse deuten für die kommenden Jahre für das Land Bremen eher auf einen weiteren leichten Bevölkerungsrückgang hin.

Orientierungsrahmen für die Senatspolitik ist Bevölkerungsprognose im Rahmen der Langfristigen Globalplanung (LGP). Sie ist gemäß Beschlusslage verbindliche Planungsgrundlage der Ressorts. Für die LGP gilt - wie für alle ökonomischen Prognosen – dass, angesichts der dynamischen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, Aussagen, je weiter sie in die Zukunft gehen, natürlich an Genauigkeit abnehmen.

Die bremische langfristige Globalplanung (LGP) geht für die Jahre bis 2017 von einem leichtem Bevölkerungsanstieg in der Stadt Bremen aus, der innerhalb dieser Zeitspanne immer mehr an Dynamik einbüßt (weitgehende Stagnation ab 2013). Im Gegensatz zu Bremerhaven, wo 2008 die Prognosewerte der LGP punktgenau zutrafen, waren es in der Stadt Bremen rund 1.150 Einwohner weniger als erwartet.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

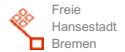
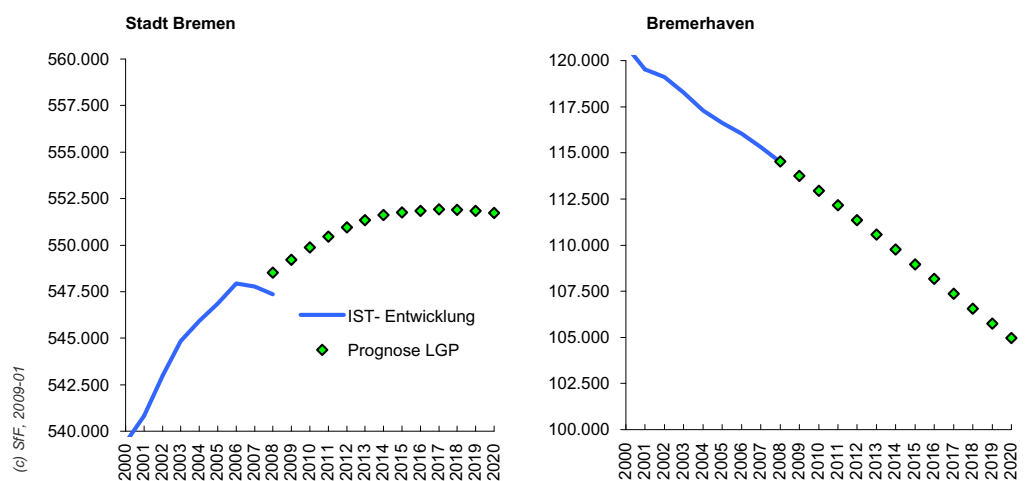


Abb. 5.: Einwohnerentwicklung in Bremen und Bremerhaven



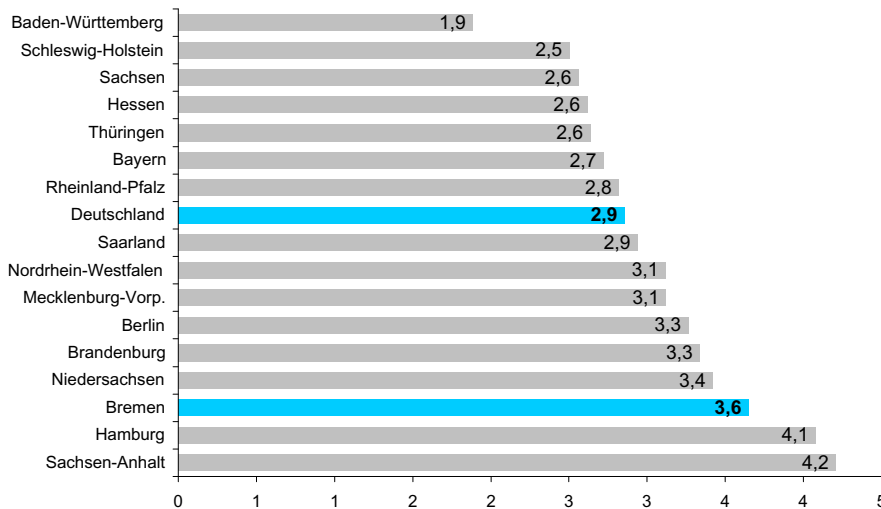
Bruttoinlandsprodukt (Stand: 2008)

Bremen ist das Bundesland mit der zweithöchsten einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft. Da Großstädte aufgrund ihrer Struktur und Pendlerverflechtungen eher eine höhere Wirtschaftskraft als der ländliche Raum aufweisen, müssten eigentlich alle drei Stadtstaaten eine höhere einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft als die Flächenländer verzeichnen. Berlin weicht von dieser Regel jedoch deutlich ab und reiht sich bei den wirtschaftschwächeren Ländern ein.

Die Reihenfolge der Länder bzw. Ländergruppen ist hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft über Jahre hinweg sehr stabil. Hinter Hamburg folgt mit einigem Abstand Bremen, dahinter die wirtschafts- und auch steuerstarken Westflächenländer Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und mit Abstrichen Nordrhein-Westfalen, danach die wirtschafts- und auch steuerschwächeren Westflächenländer sowie Berlin und noch deutlich dahinter alle neuen Länder. Gerade aufgrund dieser relativ konstanten Reihenfolge werden nachfolgend nicht absolute Niveaus, sondern vielmehr aktuelle Entwicklungen und längerfristige Trends betrachtet.

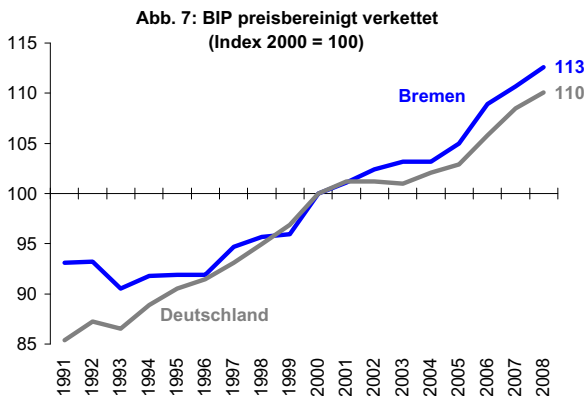
2008 verzeichnete Bremen nach vorläufigen Berechnungen nominal mit 3,6 % das dritthöchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer (vgl. Abb. 6). Nur Sachsen-Anhalt und das äußerst wirtschaftstarke Hamburg wiesen eine noch bessere Entwicklung auf. Deutschland insgesamt verzeichnete beim nominalen Bruttoinlandsprodukt 2008 dagegen nur eine Steigerung um 2,9 %. Auch preisbereinigt liegt die Veränderungsrate zum

Abb. 6: BIP (nominal)
 Veränderung 2008 ggü. 2007 in %



Vorjahr in Bremen mit + 1,7 % über dem entsprechenden Wert der Ländergesamtheit (+ 1,3 %).

Der preisbereinigte Kettenindex (2000 = 100) gibt für Deutschland und Bremen in der längerfristigen Betrachtung ab 1991 folgendes Bild (vgl. Abb. 7):



im Vergleich zum Bundesgebiet schwächeren Entwicklung seit der Wiedervereinigung bis zum Ende der neunziger Jahre, ist seit 2002 aus bremischer Sicht wieder eine überdurchschnittlich Entwicklung der Wirtschaftskraftentwicklung zu erkennen. Zum Basisjahr 2000 weist Bremen aktuell preisbereinigt eine 13 % höhere Wirtschaftskraft auf. Im Bundesgebiet insgesamt konnte hingegen nur ein reales BIP-Wachstum von insgesamt 10 % verzeichnet werden.

Einwohnerbezogenen liegt die bremischen Wirtschaftsleistung in Relation zum Bundesniveau aktuell bei 138 %. Dies ist nach 1991 der zweithöchste jemals erreichte Wert. In der längerfristigen Betrachtung wird deutlich, dass die bremische Wirtschaftskraft vor der Wiedervereinigung in Relation zum damaligen Bundesgebiet von 1980 (125 %) bis 1990 (120 %) stetig abnahm (rückgerechnete Daten). Mit der Wiedervereinigung und der Aufnahme der neuen Länder in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erreichte Bremen 1991 eine 40 % höhere Wirtschaftskraft als die Ländergesamtheit, wobei dieser bis heute höchste Wert nur aus den sehr niedrigen BIP-Werten der neuen Länder resultierte. Wie schon vor der Wiedervereinigung verzeichnete Bremen auch im Zeitraum 1991 bis 1996 wieder kontinuierliche Rückgänge der relativen Wirtschaftskraft zum Bundesgebiet. 1996 wies Bremen nur noch eine 31 % höhere Wirtschaftskraft als der Länderdurchschnitt auf. Erst 1997 – ein Jahr vor Ende der ersten Sanierungsphase – konnte dieser langfristige Trend der kontinuierlichen Verschlechterung erstmals und zunächst nur für ein Jahr unterbrochen werden. Nach vier Jahren des Aufholprozesses erreicht Bremen seit 2003 – mit leicht steigender Tendenz am aktuellen Rand – insgesamt relativ gleichbleibend eine relative Wirtschaftskraft von ca. 137 % zum Bundesgebiet.

Nach vorläufigen Ergebnissen ist das bundesweite Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr preis- und kalenderbereinigt zwar um 5,9 % gesunken,

offensichtlich hat sich die Rezession jedoch nicht weiter fortgesetzt: Im zweiten Quartal 2009 wurde erstmals seit dem ersten Quartal 2008 mit + 0,3 % wieder ein – wenn auch geringes – Wachstum zum Vorquartal verzeichnet. Als positive Faktoren im Vorquartalsvergleich werden dabei vom Statistischen Bundesamt die Konsumausgaben, die Bauinvestitionen sowie der Außenbeitrag genannt.

Arbeitsmarkt (Stand: Juni 2009)

Die konjunkturelle Eintrübung zum Jahresende 2008 hat den Arbeitsmarkt im Vorjahr nicht mehr entscheidend beeinflusst. Sowohl Bremerhaven als auch die Stadt Bremen verzeichneten 2008 mit weitem Abstand die geringste Anzahl an Arbeitslosen seit der Hartz-IV-Reform.

Insgesamt waren im Land Bremen zum Jahresende 2008 fast 35.000 Bürger arbeitslos gemeldet. 2005, im ersten Jahr nach Einbeziehung der arbeitsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik, waren zum Jahresende mit 48.500 fast 40 % mehr Arbeitslose registriert. Selbst vor dieser Arbeitsmarktreform - und somit ohne Berücksichtigung der damaligen Sozialhilfeempfänger - waren im Land Bremen zum Jahresende 2004 mit 42.000 über 20 % mehr Einwohner arbeitslos gemeldet als Ende 2008.

Diese sehr positive längerfristige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt betraf in beiden Bremer Kommunen auch die besonders kritischen Bereiche der Langzeit- sowie der Jugendarbeitslosigkeit. Dabei fällt positiv auf, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt aktuell auch in Bremerhaven gesunken ist. Noch im Jahr 2007 stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der Seestadt um über 2 %-Punkte auf 48 %. Dieser Wert konnte 2008 um 3 %-Punkte auf 45 % gesenkt werden. In der Stadt Bremen hat sich die Struktur der Arbeitslosigkeit hingegen schon 2007 verbessert: Hier sank der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen um 1,5 %-Punkte und 2008 noch einmal um 1,1 %-Punkte auf nunmehr 42 %.

Bei der gesellschaftlich besonders kritischen Jugendarbeitslosigkeit haben sich - gemessen am Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit - in der Stadt Bremen in den letzten drei Jahren kaum Veränderungen ergeben. Demgegenüber konnte in Bremerhaven seit 2006 die Jugendarbeitslosigkeit noch stärker reduziert werden als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Wie auch schon bei der Langzeitarbeitslosigkeit liegt jedoch – trotz der positiven Entwicklung der letzten Jahre - auch der Anteil arbeitsloser Jugendlicher in Bremerhaven (10,8 %) immer noch höher als in der Stadt Bremen (8,1 %).

	Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt			
	Stadt Bremen	Bremerhaven	Land Bremen	Bund
1999	13,6	17,9	14,3	10,5
2000	12,3	16,3	13,0	9,6
2001	11,6	16,4	12,4	9,4
2002	11,6	17,0	12,6	9,8
2003	12,2	18,0	13,2	10,5
2004	12,2	18,3	13,2	10,5
2005	15,4	23,7	16,8	11,7
2006	13,7	20,7	14,9	10,8
2007	11,5	18,5	12,7	9,0
2008	10,3	16,7	11,4	7,8

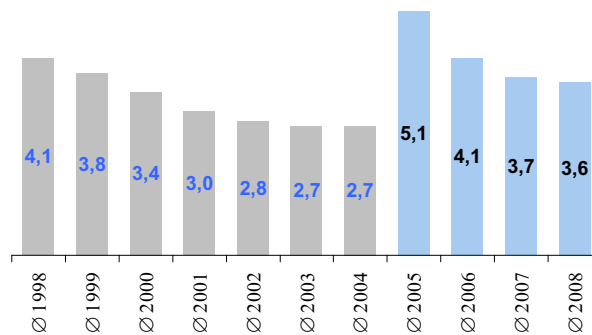
Entsprechend dem deutlichen Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen erzielte die Stadt Bremen im November 2008 mit 9,8 % erstmals eine Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen) von unter 10 % (Jahresdurchschnitt: 10,3 %). Auch das Land Bremen verzeichnete 2008 mit 10,9 % (Dezember) bzw. 11,4 % (Jahresdurchschnitt) Tiefstwerte. Im Dezember lag die Quote bei 10,9 %, im Jahresdurchschnitt bei 11,4 %. Bremerhaven wies zum Jahresende eine Arbeitslosenquote von 15,2 % und im Jahresdurchschnitt von 16,7 %

auf. Seit Umstellung der Arbeitslosenstatistik 2005 konnte die Arbeitslosenquote in der Stadt Bremen somit um 5,2 %-Punkte und in Bremerhaven sogar um 7,0 %-Punkte gesenkt werden.

Auch im Vergleich mit der Bundesentwicklung verlief die Arbeitsmarktentwicklung 2008 in Bremen durchaus positiv. Ein Ziel der bremischen Sanierungsanstrengungen war und

ist, durch Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen die strukturellen Nachteile Bremens im Bundesvergleich zu reduzieren. Schon vor der großen Arbeitsmarktreform konnte Bremen von 1998 bis 2004 bei der Arbeitslosenquote eine Annäherung an den Bundeswert um 1,4 %-Punkte erreichen (vgl. Abb. 8). Die Differenz gegenüber der bundesdurchschnittlichen Arbeitslosenquote belief sich somit 2004 noch auf 2,7 %-Punkte. Aufgrund der in Bremen deutlich überproportionalen Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist mit Umstellung der Statistik 2005 die Differenz abgrenzungsbedingt auf 5,1 %-Punkte angestiegen. Seitdem ist – analog zu den Jahren vor 2005 – wieder eine kontinuierliche Annäherung der bremischen an die bundesweite Arbeitslosenquote zu verzeichnen, wobei der Aufholprozess 2008 mit 0,1 %-Punkten nur noch marginal ausfiel.

Abb. 8 : Arbeitslosenquote
Differenz Land Bremen - Deutschland
in %-Punkten



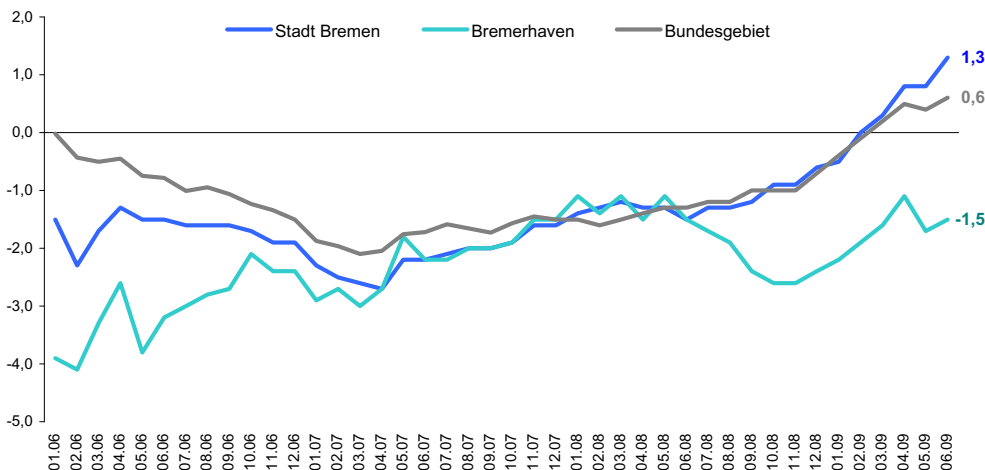
Im Gegensatz zur Entwicklung 2008 ist die Wirtschaftskrise im ersten Halbjahr 2009 auf dem bremischen Arbeitsmarkt angekommen. Im Juni 2009 waren im Land Bremen 38.750 Menschen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht im Vorjahresvergleich einem Zuwachs von 7,8 % bzw. 2.800 Arbeitslosen, wobei bis März noch weniger Menschen arbeitslos gemeldet waren als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Im April 2009 wurde somit erstmalig seit Umstellung der Arbeitslosenstatistik 2005 wieder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich verzeichnet.

Feststellbar ist, dass die Wirtschaftskrise im ersten Halbjahr 2009 in Bremerhaven zu keiner Verschlechterung der Arbeitsmarktkennziffern beigetragen hat. Bremerhaven verzeichnet im Gegenteil aktuell 750 Arbeitslose weniger (8,1 %) als noch im Juni 2008. Auch die Arbeitslosenquote weist mit 15,3 % ein deutlich geringeres Niveau (- 1,5 %-Punkte) als noch zum Halbjahr 2008 auf. Der aktuelle Anstieg der Arbeitslosen und der Arbeitslosenquote im Land Bremen wird somit durch die gegenläufige Bremerhavener Entwicklung abgemildert. Die Stadt Bremen vollzieht hingegen die Bundesentwicklung mit, wobei am aktuellen Rand der Anstieg der Arbeitslosenquoten mit + 1,3 % sogar höher als im Bundesdurchschnitt (+ 0,6 %) ausfällt. Eine Verstetigung dieser Entwicklung würde – trotz der ausgesprochen positiven Entwicklung in Bremerhaven – dazu führen, dass sich die seit 1999 andauernde Annäherung der bremischen an die bundesweite Arbeitslosenquote, 2009 nicht fortsetzt (vgl. Abb. 9).

Senatorin für Finanzen, Referat 20

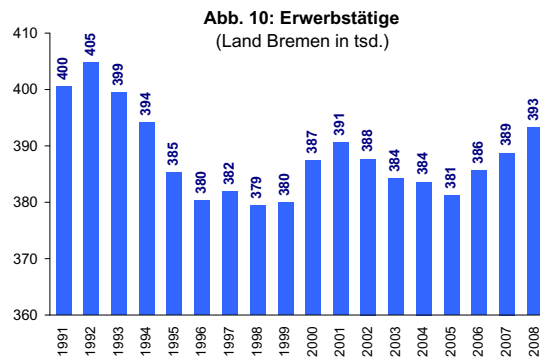


Abb. 9: Arbeitslosenquote / Veränderung zum Vorjahresmonat in %-Punkten



Beschäftigung (Stand: 2008)

Analog zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2008 im Land Bremen sehr positiv verlaufen. Neben einem Zuwachs gegenüber 2007



von 1,1 % ist vor allem zu beachten, dass – trotz Wirtschaftskrise - aktuell erstmals seit der Wiedervereinigung drei aufeinander folgende Jahre mit steigender Erwerbstätigkeit in Bremen zu verzeichnen sind (vgl. Abb. 10). Insgesamt sind dabei seit 2005 im Saldo 12.400 Arbeitsplätze neu entstanden. Getrübt wird die positive Gesamtschätzung jedoch dadurch, dass die Entwicklung auch 2008 bundesweit (+ 1,4 %) erneut besser als in Bremen verlief.

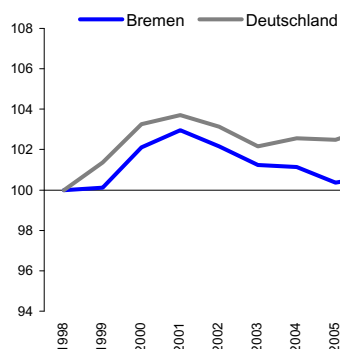
Bei längerfristiger Betrachtung der Erwerbstätigkeit ist festzustellen, dass sich Bremen vor allem zwischen 1993 und 1999 negativ von der Ländergesamtheit entkoppelt hat. Aber auch in den Jahren danach wurde die Durchschnittsentwicklung der anderen Länder nur selten erreicht. Ein Grund hierfür liegt in der deutlichen Verbesserung der Arbeitsplatzstrukturen. Noch 1992 lag die Produktivität der bremischen Beschäftigten im Mittelfeld der Westländer. Seitdem verzeichnete Bremen den höchsten Anstieg der Produktivität aller westdeutschen Bundesländer und weist aktuell hinter Hamburg die zweihöchste Produktivität auf.

Die Abbildung 11 zeigt einerseits, dass in den letzten zehn Jahren die bremische Entwicklung der Erwerbstätigen nicht der bundesweiten Entwicklung folgen konnte. Andererseits wird deutlich, dass es im gleichen Zeitraum bei der Erhaltung und Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen eine positive Entkopplung Bremens gegenüber der Ländergesamtheit gab. Auch 2008 setzte sich dieser Trend weiter fort. Bremen erzielte bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einen Zuwachs von 1,7 %, während bundesweit nur ein Zuwachs von 1,5 % erreicht wurde.

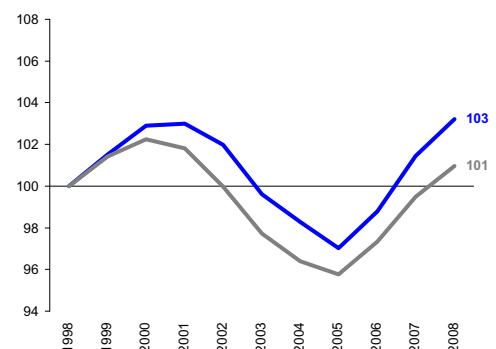
Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 11: Erwerbstätige (Index: 1998 = 100)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Seit 2006 verzeichnet das Land Bremen zudem eine bessere Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als bei den Arbeitsplätzen insgesamt. Dies bedeutet, dass die Beschäftigungszunahme dieses Zeitraumes in geringerem Maße als bundesweit durch sonstige Erwerbstätige geprägt wurde, zu denen insbesondere auch geringfügig Beschäftigte gehören. Dies kann als weiteres Indiz für die aktuell positiven Veränderungen der bremischen Arbeitsplatzstrukturen gewertet werden.

Über die letzten zehn Jahre (Index 1998 = 100) wies Bremen fast die gleiche Entwicklung

bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Indexwert 2008: 103) und den Erwerbstätigen (Indexwert 2008: 104) auf. Bei der Ländergesamtheit gab es hingegen eine deutliche Entkopplung der Erwerbstätigkeit (Indexwert 2008: 106) von der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Indexwert 2008: 101).

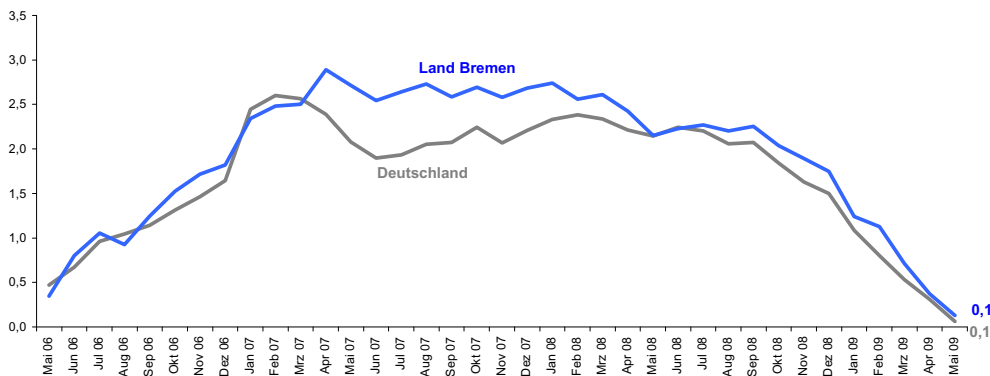
U. a. aufgrund dieser Entwicklungen wies Bremen 2008 im Bundesländervergleich mit einem Wert von 73 % den höchsten Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aus. Dies bestätigt, dass der erfreuliche Zuwachs an Arbeitsplätzen in den letzten Jahren im Land Bremen nicht mit einem überproportionalen Ausbau der geringfügigen Beschäftigung zu erklären ist. Die Ländergesamtheit erreicht hier nur einen vergleichbaren Wert von 69 %.

Die vorläufigen Daten für die ersten fünf Monate 2009 weisen für das Land Bremen zwar mit + 0,1 % immer noch einen Zuwachs der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Vorjahr auf, der Trend der immer geringer ausfallenden Zuwachsraten seit Mitte 2008 verdeutlicht jedoch, dass die Krise den Beschäftigungssektor in Bremen – wie auch im Bundesgebiet insgesamt - erreicht hat. Bei Beibehaltung des momentanen Trends dürfte zum Jahresende 2009 erstmals seit 2005 ein deutlicher Rückgang der Beschäftigung im Land Bremen verzeichnet werden (vgl. Abb. 12).

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 12: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte* / Veränderung zum Vorjahresmonat in %



*) 6-Monatswerte, die aktuellsten vier Monate: Hochrechnung

Zinsentwicklung (Stand: Juli 2009)

Im Jahresdurchschnitt 2008 lag die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere als Indikator für den längerfristigen Kapitalmarkt mit 4,2 % knapp unter dem Vorjahresniveau (4,3 %), jedoch über dem Niveau der Jahre 2003 - 2006.

Der Jahresverlauf spiegelt dabei deutlich u. a. die Leitzinssenkungen durch die EZB zum Jahresende als Reaktion auf die Finanzmarktkrise wider: Bis zur Jahresmitte stiegen die Zinsen am Kapitalmarkt kontinuierlich bis auf 4,8 %, um von August an mit zunehmender Dynamik zu sinken. Allein in den beiden letzten Monaten 2008 sank der Kapitalmarktzins um fast 1 %-Punkt auf 3,3 %. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres blieb es ohne nennenswerte Schwankungen bei einem Wert um 3,3 %, so dass der Durchschnittswert im Januar bis Juli 2009 fast 1 %-Punkt unter dem Durchschnittswert 2008 lag.

2008 entsprach die Entwicklung auf dem kurzfristigeren Geldmarkt (Dreimonatsgeld) der des Kapitalmarktes aus: Die Zinssätze stiegen sogar bis Oktober an, ehe sie in den letzten beiden Monaten um insgesamt 1,8 %-Punkte auf 3,4 % nachgaben. Bemerkenswert ist dabei, dass die erfahrungsgemäß günstigeren Geldmarktzinsen in einem relativ langen Zeitraum von August 2007 bis Dezember 2008 kontinuierlich über den Kapitalmarktsätzen lagen, ehe sie bis Juli 2009 auf einen Rekordniedrigstwert von 0,9 %

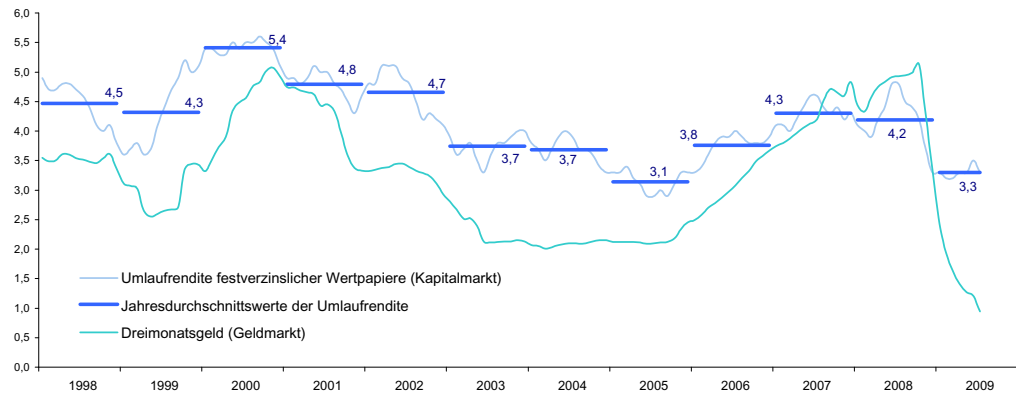


abstürzten. Nicht nur das extrem günstige Niveau der kurzfristigen Geldmarktzinsen, sondern auch die Differenz zu den längerfristigen Kapitalmarktzinsen erreichen dabei aktuell ein Rekordniveau.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

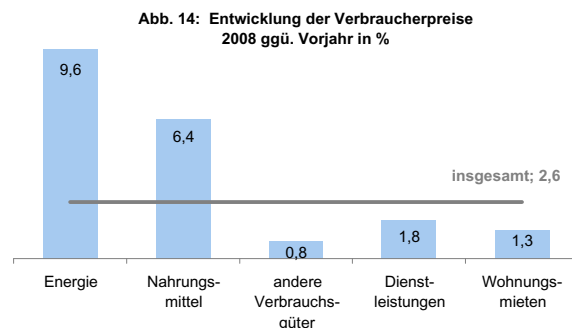


Abb. 13: Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt in %



Preisentwicklung (Stand: Juli 2009)

Die Verbraucherpreise stiegen 2008 zum Vorjahr um insgesamt 2,6 % und damit so deutlich wie zuletzt vor 14 Jahren. Wie schon in den Vorjahren trieben dabei hauptsächlich die



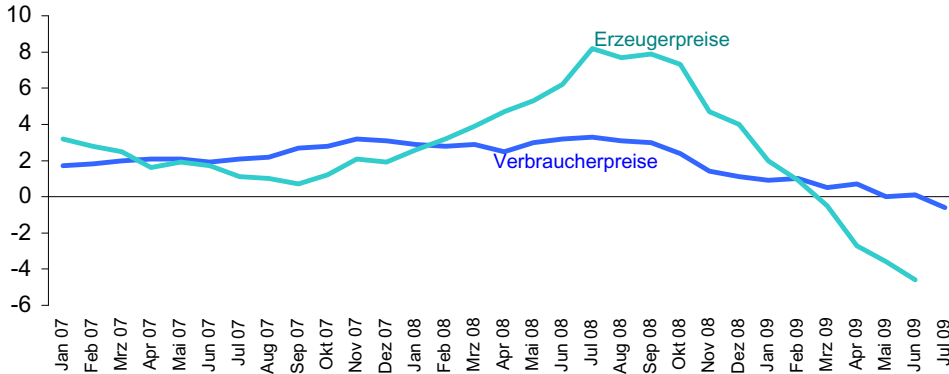
Energiepreise die Inflation an. Basierend auf dem schon hohen Vorjahresniveau verteuerten sich Energiewaren für den Endverbraucher 2008 noch einmal um fast 10 %. Damit kletterten die Preise in diesem Segment allein in den letzten vier Jahren um 36 %. Erfreulich ist, dass diese Entwicklung zum Jahresende 2008 gestoppt wurde, im Dezember mit einer Inflationsrate der Energiepreise von - 0,9 % zum Vorjahreswert sogar rückläufig ausfiel. Neben den Energiepreisen

fällt der für dieses Segment außergewöhnlich hohe Zuwachs bei den Nahrungsmitteln auf. Schon 2007 wurde mit einem Anstieg von fast 4 % die Durchschnittsentwicklung der letzten Jahre deutlich übertroffen. Im Zeitraum 2000 / 2006 betrug der durchschnittliche Anstieg der Nahrungsmittelpreise – u. a. da in Deutschland in diesem Segment der vielleicht größte Konkurrenzdruck weltweit herrscht - jahresdurchschnittlich weniger als 1 %. Umso bemerkenswerter ist der Anstieg 2008, der mit 6,4 % den mit Abstand höchsten Zuwachs in der jüngeren Vergangenheit darstellt. Zum Jahresende 2008 und zum Jahresanfang 2009 nahm der Preisanstieg jedoch auch hier wieder deutlich ab. Aktuell (Juli 2009) weisen die Verbraucherpreise insgesamt sogar einen Rückgang zum sehr hohen Vorjahresstand auf. Für das im Vorjahresvergleich niedrige Preisniveau sind dabei die überhöhten Basiswerte 2008 insbesondere im Energiesektor (2009: - 8 %) sowie im Nahrungsmittelsektor (2009: - 2,4 %) verantwortlich.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 15: Verbraucherpreise; Veränderung zum Vorjahresmonat in %



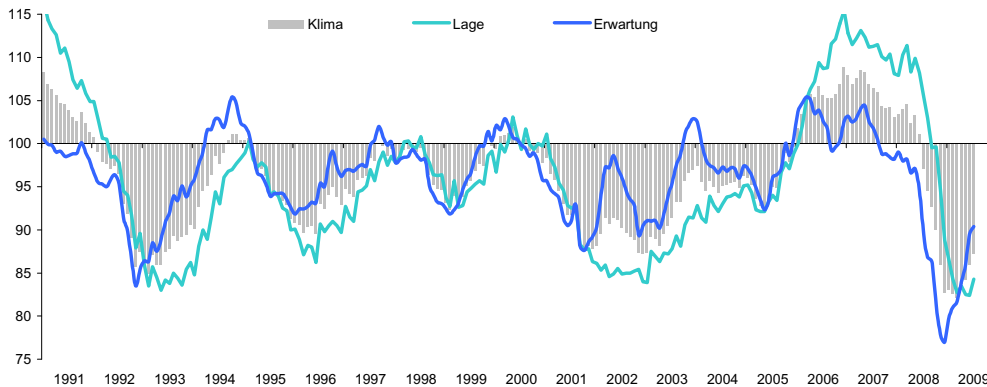
Geschäftsklima (Stand: Juli 2009)

Das ifo-Geschäftsklima der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland wird aus der aktuellen Geschäftslage sowie der Geschäftserwartung berechnet. Dabei galt in der Vergangenheit, dass bei anhaltend guter Konjunktur sowie der darauffolgenden Abschwungphase die zukünftigen Geschäftserwartungen von der befragten Unternehmer oft negativer als die tatsächliche Lage beurteilt wird, während bei anhaltend schlechter konjunktureller Entwicklung inklusive der darauf folgenden Aufschwungphase die Erwartungen an die nahe Zukunft zumeist positiver beurteilt werden, als der momentane Ist-Zustand (vgl. Abb. 16).

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 16: ifo-Geschäftsklimaindex (2000=100; Monatswerte 1991 - 2008)



Dies ist auch bei der sehr guten konjunkturellen Phase 2006/07 und dem darauffolgenden deutlichen Einbruch 2008/09 ablesbar, wobei innerhalb dieser konjunkturellen Phase sowohl positiv (Ende 2006) wie auch negativ (Anfang 2009) neue Rekordwerte bei der Beurteilung des Geschäftsklimas erreicht wurden. Mit dieser extremen Entwicklung vergleichbar war gemäß ifo-Umfrage bisher nur der Zeitraum 1991/92, in dem ebenfalls innerhalb von zwei Jahren die bisherigen Rekordwerte (positiv wie negativ) des Wirtschaftsklimas ermittelt wurden.

Am aktuellen Rand ist auf sehr niedrigem Niveau eine deutliche Erholung des Geschäftsklimas erkennbar, wobei weniger eine verbesserte Einschätzung der aktuellen Lage, als vielmehr die positivere Erwartung an die nahe Zukunft diesen Trend bestimmen.

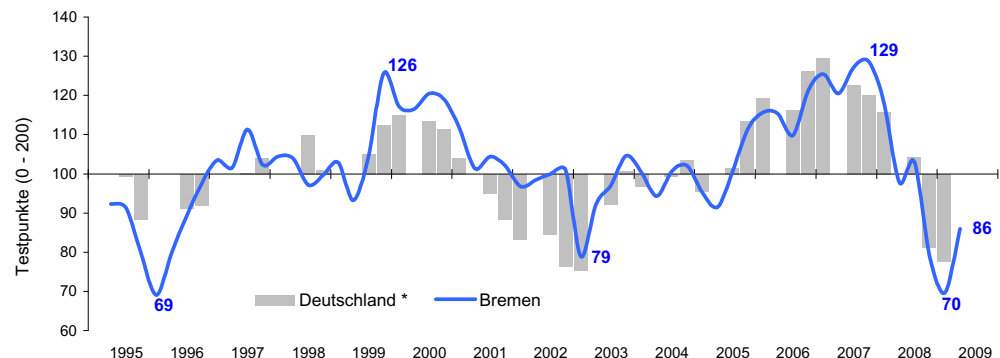
Im Gegensatz zum ifo-Geschäftsklimaindex verzeichnet die DIHK-Konjunkturumfrage moderatere Werte. Selbst zum Jahresende 2008 bzw. zum Jahresanfang 2009 standen für Bremen – wie auch bundesweit - einer mehr befriedigend als schlecht beurteilten aktuellen Lage deutlich kritischere Erwartungen der zukünftigen Lage gegenüber, die zusammen gleichwohl den niedrigsten Stand des Geschäftsklimas in den Bremer Unternehmen seit Anfang 2003 bewirkten. Negative Rekordwerte wie bei der ifo-Umfrage wurden jedoch nicht ermittelt. So wies der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) Anfang 2009 z. B. darauf hin, dass die Gesamtwirtschaft in einer besseren Verfassung als vielfach dargestellt sei und dass die Krise längst nicht alle Branchen erfasst habe. Auch die Handelskammer Bremen sah die Lage zwar als ernst an, betonte jedoch, dass sich viele Unternehmen in Bremen in den vergangenen Jahren erfolgreich restrukturiert haben und somit heute trotz weltweiter Konjunkturkrise gut aufgestellt sind.

In der Sommerumfrage 2009 weist das Bremer Geschäftsklima analog zur ifo-Umfrage ein - verglichen zum Jahreswechsel 2008/09 – besseres Geschäftsklima aus, wobei auch bei dieser Umfrage viele Unternehmen vor allem die Geschäftserwartung und nur bedingt die Geschäftslage verbessert einschätzten.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



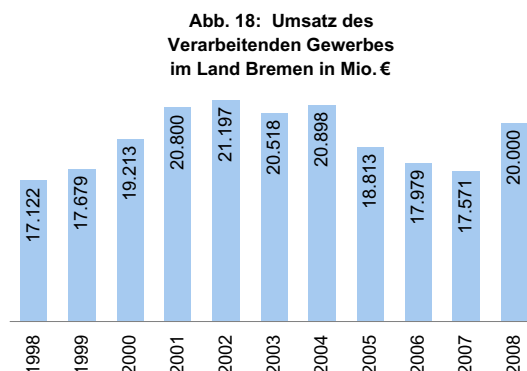
Abb. 17: Klimaindikator der Gesamtwirtschaft (Quartalswerte; Handelskammer Bremen / DIHK)



*) Im Gegensatz zu den bremischen Werten (quartalsweise Auswertung) liegen für Deutschland nur zwei bzw. drei Ergebnisse pro Jahr (I, III. und IV. Quartal) vor.

Sektorale Rahmendaten

Traditionell von besonderer Bedeutung für die regionale Wirtschaftsentwicklung ist in Bremen das **Verarbeitende Gewerbe** inklusive Schiffbau. Bei der Betrachtung dieses Wirtschaftszweiges ist festzustellen, dass die konjunkturelle Krise – zumindest bei der Umsatzentwicklung – Bremen nicht entscheidend erreicht hat.



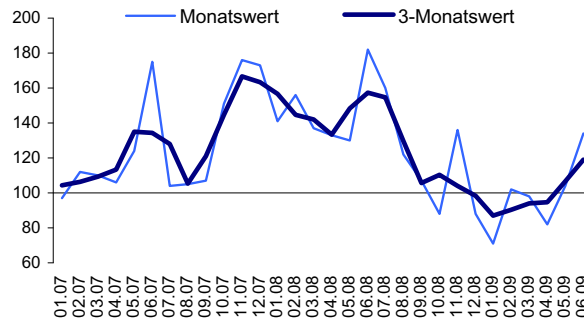
Das bisher höchste Umsatzniveau erzielte das Verarbeitende Gewerbe des Landes Bremen im Jahr 2002 (21,2 Mrd. €, vgl. Abb. 18). Fünf Jahre später verzeichnete Bremen um ca. 17 % auf 17,6 Mrd. € gesunkene Umsätze. Insbesondere der Trend der Jahre 2005 – 2007 deutete zudem nicht auf eine schnelle Erholung in diesem für Bremen so wichtigen Sektor hin. 2008 stieg der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe jedoch um fast 14 % - und damit so stark wie nie in der jüngeren

Vergangenheit – an. Dabei konnten sowohl in der Stadt Bremen (+ 14 %) als auch in Bremerhaven (+ 7 %) die Vorjahresergebnisse deutlich übertroffen werden, wobei in Bremerhaven 2008 sogar ein neuer Umsatzrekord erzielt wurde. Auch in der Stadt Bremen hat sich das Verarbeitende Gewerbe 2008 merklich erholt, wobei sich im Jahresverlauf

der Umsatzentwicklung eine zum Jahresende hin schlechter werdende Gesamtsituation der Wirtschaft durchaus niederschlug. Damit bildete die bremische Entwicklung im Jahresverlauf auch die bundesweite Entwicklung ab, die insgesamt jedoch ein deutlich geringeres Wachstumsniveau gegenüber 2007 aufwies (+ 2,8 %).

Ab Januar 2009 ist die Krise im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Rückgang von 20 % bis 25 % zum jeweiligen Vorjahresstand allerdings sowohl in Bremen als auch bundesweit angekommen. Aktuell (Juni 2009) verzeichnet Bremen einen Rückgang zum Vorjahr um 21 %. Da der Tiefpunkt der Auftragseingänge (vgl. Abb. 19) als Frühindikator der zukünftigen Entwicklung im Januar 2009 inzwischen überwunden wurde, ist im weiteren Jahresverlauf eine leichte Aufhellung der Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zwar durchaus möglich, eine generelle Erholung ist aus der Entwicklung der Auftragseingänge jedoch nicht ablesbar. Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2009 verzeichneten die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bremen gegenüber dem Durchschnittswert der Hochphase Ende 2007 bis Mitte 2008 immer noch einen Rückgang um über 30 %.

Abb. 19: Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes
 Index 2006 = 100

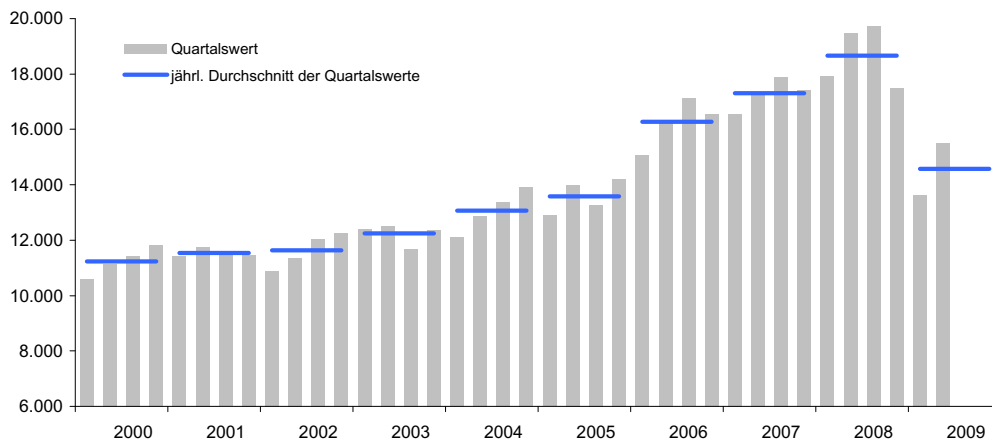


Ebenfalls von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft des Landes ist der **Seegüterumschlag in den bremischen Häfen**. Seit über zehn Jahren werden hier jährlich neue Rekord-Umschlagswerte erzielt. Auch 2008 konnte das bisherige Rekordergebnis aus dem Vorjahr wieder um 8 % gesteigert werden. Wie u. a. schon bei der Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe beschrieben, ist auch beim Seegüterumschlag die weltweite Konjunkturkrise damit erst zum Jahresende 2008 angekommen. So verzeichnete der Gesamtumschlag zum Vorjahresstand in den ersten drei Quartalen 2008 zum jeweiligen Vorjahresquartal noch einen Zuwachs von 8 % bis 12 %, das letzte Quartal hingegen nur noch einen Anstieg von 0,5 %.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 20: Seegüterumschlag des Landes Bremen in 1000 t

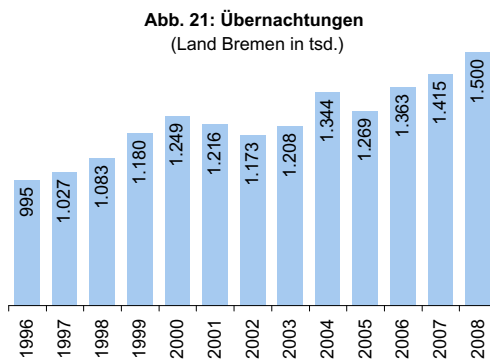


Mit diesem Jahresergebnis konnten die Bremischen Häfen ihre Marktanteile gegenüber den übrigen Häfen der Nord-Range 2008 verbessern. Während Hamburg (- 1,2 %-Punkte) und Rotterdam (- 0,9 %-Punkte) Anteile am Gesamtumschlag abgeben mussten, schafften es Antwerpen (+ 0,8 %-Punkte) und insbesondere Bremen mit einem Zuwachs von 1,4 %-Punkten, ihre Anteile auszubauen. Über einen längeren Zeitraum ist bei den

Bremer Marktanteilen am Seegüterumschlag der Nord-Range – trotz stetig steigenden Handels bis 2008 – allerdings keine klare Tendenz ablesbar: 1998 lag der Marktanteil der Bremischen Häfen noch bei 12,3 %, 2001 bei 16,5 % und 2008 bei 15,9 %.

Die Ergebnisse des Bremer Seegüterumschlags in den ersten beiden Quartale 2009 spiegeln dann in vollem Umfang die weltweite Konjunkturkrise wider. Noch nie wurden in den bremischen Häfen entsprechend deutliche Umsatzeinbrüche wie im ersten Halbjahr des laufenden Jahres verzeichnet. Insgesamt wurden bis Juni 22 % weniger Seegüter über die bremischen Häfen als im gleichen Zeitraum 2008 umgeschlagen, wobei der Güterumschlag des zweiten Quartals 2009 im Vorjahresvergleich marginal besser als das vorherige Quartal ausfiel.

Auch für das gewerbliche **Beherbergungsgewerbe** in Bremen war 2008 ein sehr erfolgreiches Jahr. Zum Jahresende hatten erstmals mehr als 1,5 Millionen Besucher

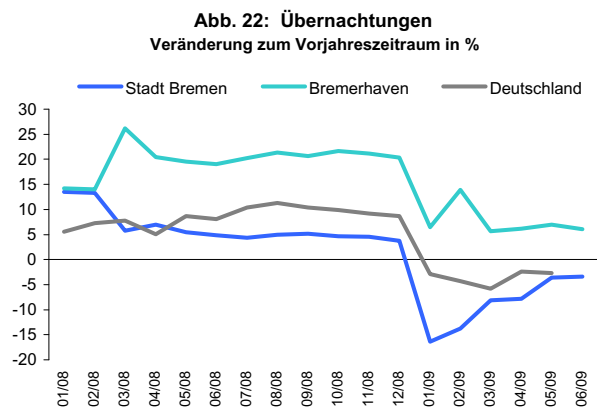


in den Hotels und sonstigen gewerblichen Unterkünften der beiden bremischen Städte übernachtet (vgl. Abb. 21). Dies bedeutet einen Zuwachs von 6 % zum Vorjahr. Dabei ist bei leicht steigenden Übernachtungsgästen bundesweit (+ 2 %) vor allem Bremerhaven mit einem Zuwachs von über 20 % überproportional an der guten Entwicklung des Landes Bremen beteiligt, während in der Stadt Bremen die Übernachtungen 2008 im Vorjahresvergleich um ca. 4 % anstiegen. Zudem fällt auf, dass die Anzahl der Übernachtungen von Ausländern im Land

Bremen fast stagnierten (+ 4.000) und dabei in der Stadt Bremen – trotz des Ryanair-Effekts - sogar leicht rückläufig ausfielen, während bei den Inländern die Stadt Bremen einen Zuwachs von 48.000 und Bremerhaven einen Anstieg um 32.000 Übernachtungen verzeichnete.

Analog zu allen anderen Kennzahlen ist auch beim Beherbergungsgewerbe mit dem Jahreswechsel 2008/09 die Wirtschaftskrise zumindest teilweise angekommen. In der Stadt Bremen übernachteten zum

Halbjahr des laufenden Jahres 20.000 Gäste weniger (- 3,4 %) als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit insgesamt 583.000 Übernachtungen verzeichnete die Stadt Bremen – u. a. aufgrund der Kirchentagsbesucher - jedoch noch immer das zweitbeste jemals erreichte Ergebnis. Das Beherbergungsgewerbe in Bremerhaven reagiert aktuell sogar noch weniger auf die Konjunkturkrise. Seit Jahresbeginn 2009 gab es



zwar einen Rückgang der Zuwachsraten, jedoch keinen absoluten Rückgang bei den Übernachtungsgästen. Insgesamt erreichte die Seestadt – noch vor Eröffnung des Klimahauses als neue überregionale Attraktion – nach sechs Monaten einen Zuwachs von 6,1% zum Vorjahresstand. Mit 109.000 Übernachtungsgästen wurde somit mitten in der Wirtschaftskrise ein Rekordergebnis für das erste Halbjahr eines Jahres erzielt.

ENTWICKLUNG DES GESAMTHAUSHALTS

Im Haushaltsjahr 2008 ist es gelungen, das Finanzierungsdefizit des Stadtstaates Bremen, das heißt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, um über 40 Prozent oder 284 Millionen € zu verringern. Der Primärsaldo (Differenz von Einnahmen und Ausgaben ohne Zinsausgaben), der Auskunft über die Haushaltslage ohne die in der Vergangenheit aufgebauten Altschulden- und Zinslasten gibt, wies erstmals seit 16 Jahren wieder einen Überschuss (+ 200 Millionen €) aus.

Dieses außergewöhnliche Haushaltsergebnis ist neben eigenen Sparanstrengungen auf der Ausgabenseite durch ausgesprochen disziplinierte Haushaltsführung aller Ressorts in erster Linie der positiven Steuerentwicklung zu verdanken. Aus originären Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen wurden 2008 für den Stadtstaat allein 379 Millionen € mehr eingenommen als im Jahr zuvor (+ 13,8 Prozent). Vor allem die Umsatz- und Körperschaftsteuer, aber auch die regional geprägte Gewerbesteuer haben entscheidende Beiträge zu diesen Mehreinnahmen geleistet.

Die Gesamtausgaben des Stadtstaates stiegen im Vorjahr trotz überproportionaler Zunahme der Zinsausgaben (+ 5,5 Prozent) lediglich um 1,2 Prozent, die Primärausgaben (Gesamtausgaben ohne Zinsausgaben) – trotz erneut starkem Anstieg der Sozialleistungsausgaben – sogar nur um 0,5 Prozent und damit deutlich geringer als auf Länder- und Gemeindeebene im übrigen Bundesgebiet. Die Ausgaben für Personal, sonstige konsumtive Ausgaben und Investitionen lagen damit 2008 um rund 23 Millionen € unter dem Ausgabenniveau des Jahres 1998.

Die Zielsetzung, Steuermehreinnahmen nicht zur Ausweitung des Ausgabenrahmens, sondern ausschließlich zur Begrenzung der Neuverschuldung einzusetzen, wurde damit konsequent eingehalten. 45 Millionen € wurden zum Ausgleich von Mindereinnahmen (vor allem vom Bund und von der EU, zum Beispiel bei Kosten der Unterkunft) genutzt.

Absehbar wird diese positive Jahresbilanz der Haushalte aufgrund der aktuellen konjunkturellen Einbrüche in den kommenden Jahren zunächst nicht wieder erreicht werden. Schon für 2009 ist ein Einbruch bei den steuerabhängigen Einnahmen zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund wurde ein zweiter Nachtragshaushalt, der auch die Steuermindereinnahmen berücksichtigt, für das Land und die Stadtgemeinde Bremen beschlossen. Unternehmensgewinne und Einkommensentwicklung werden auch in Bremen von der bundes- und weltweiten Krisenentwicklung nicht verschont und das Steueraufkommen deutlich schwächen. Außerdem wird die in Bremen überdurchschnittlich gute Steuerentwicklung des letzten Jahres sehr wahrscheinlich mit hohen Rückzahlungsverpflichtungen im Finanzausgleich verbunden sein.

Die Ergebnisse für den Stadtstaat 2008 (einschließlich Vorjahresvergleich) nach Einnahme- und Ausgabearten sowie Salden und Quoten für diesen Zeitraum sind der nebenstehenden Tabelle 1 zu entnehmen:

Tab. 1: STADTSTAAT BREMEN - Gesamthaushalt

	Januar - Dezember		Veränderung 08/07		Anschlag 2008
	2007	2008		%	
	Mio. €			%	Mio. €
BEREINIGTE EINNAHMEN	3.333,5	3.667,0	+333,5	+10,0	3.396,5
Steuerabhängige Einnahmen	2.738,4	3.117,0	+378,6	+13,8	2.832,2
1.1 Steuern	2.108,5	2.325,8	+217,3	+10,3	2.183,8
- Lohn- und Einkommensteuer	690,1	764,7	+74,6	+10,8	772,9
- (Einfuhr-)Umsatzsteuer	509,0	554,0	+45,0	+8,8	507,0
- Körperschaftsteuer	127,4	128,6	+1,2	+0,9	106,0
- Gewerbesteuer 1)	346,8	441,4	+94,6	+27,3	348,7
- Sonstige	435,1	437,1	+1,9	+0,4	449,3
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	416,3	559,3	+143,0	+34,4	431,0
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	213,6	231,9	+18,3	+8,6	217,3
- Fehlbetrags-BEZ	153,2	171,6	+18,3	+12,0	117,0
- Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	+0,0	+0,0	60,3
Sonstige konsumtive Einnahmen	495,5	465,6	-29,9	-6,0	476,5
Investive Einnahmen	99,6	84,4	-15,2	-15,3	87,9
nachrichtl.:					
Primäreinnahmen	3.327,8	3.666,4	+338,6	+10,2	3.396,5
BEREINIGTE AUSGABEN	4.051,1	4.100,9	+49,8	+1,2	4.134,3
Personalausgaben	1.265,9	1.286,5	+20,6	+1,6	1.296,9
Zinsausgaben	601,8	634,6	+32,8	+5,5	676,1
Sonstige konsumtive Ausgaben 2)	1.663,8	1.670,4	+6,6	+0,4	1.653,1
Investitionsausgaben	519,6	509,4	-10,2	-2,0	508,2
nachrichtl.:					
Primärausgaben	3.449,3	3.466,3	+17,0	+0,5	3.458,2
Konsumtive Ausgaben	3.531,5	3.591,5	+60,0	+1,7	3.626,1
Konsumtive Primärausgaben	2.929,7	2.956,9	+27,2	+0,9	2.950,0
FINANZIERUNGSSALDO	-717,6	-434,0	+283,6	-39,5	-737,8
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-297,6	-8,9	+288,7	+97,0	-317,5
Primärsaldo	-121,5	200,1	+321,6	.	-61,7
Konsumtiver Primärsaldo	304,2	625,7	+321,5	+105,7	358,6
KENNZAHLEN (in %)					
Defizitquote	-17,7	-10,6	-	-	-17,8
Deckungsquote	82,3	89,4	-	-	82,2
Deckungsquote Leistungsausgaben	96,6	105,8	-	-	98,2
Zins-Steuerquote	22,0	20,4	-	-	23,9
Zins-Ausgabenquote	14,9	15,5	-	-	16,4
Personal-Steuerquote (4 / 1.1)	60,0	55,3	-	-	59,4
Investitionsquote	12,8	12,4	-	-	12,3
Primärausgaben pro Einwohner in€ 3)	5.202	5.237	+35	+0,7	5.225

1) Gewerbesteuer (netto) + Landesanteil an der (erhöhten) Gewerbesteuerumlage

2) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

3) Einwohner des Landes 2007 / 2008: 31.12.2008

Zentrale Kennzahlen

Quoten

Bei einem Vergleich Bremens mit Haushalten anderer Länder ist die Stadtstaatenabgrenzung die maßgebliche Ebene:

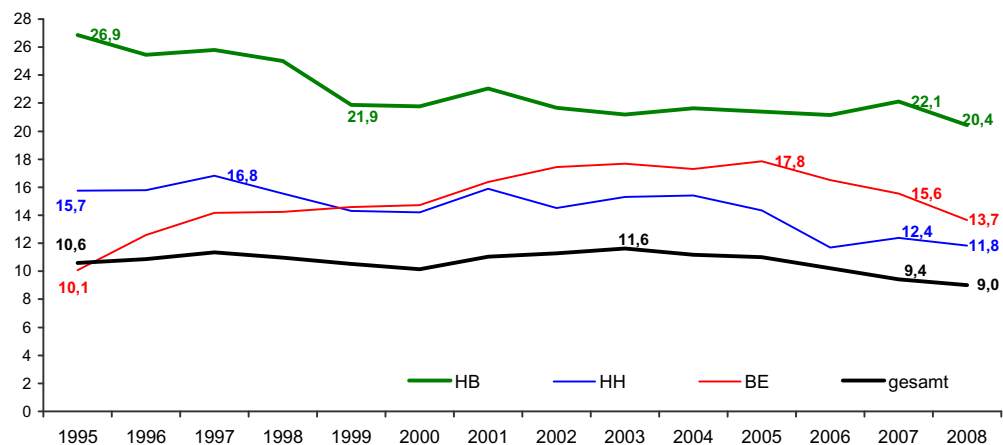
Die bedeutendsten Quoten zur Beurteilung einer Haushalts(not)lage sind die Zins-Steuerquote sowie die Kreditfinanzierungsquote.

Aufgrund der sehr guten Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen und der moderaten Zinsausgabenentwicklung verbesserte sich die Zinssteuerquote gegenüber 2007 um 1,6 %-Punkte auf 20,4 % im Jahr 2008 und beträgt dennoch mehr als das Doppelte des Länderdurchschnitts. Positiv ist anzumerken, dass sich für Bremen die niedrigste Zinssteuerquote seit 1990 ergibt. Abbildung 1 zeigt allerdings den nach wie vor deutlichen Abstand Bremens zu den beiden Stadtstaaten Berlin (+ 6,7 Prozentpunkte 2008) und Hamburg (+ 8,6 Prozentpunkte) sowie vom Länderdurchschnitt (+ 11,4 Prozentpunkte) bei der Zinssteuerquote.

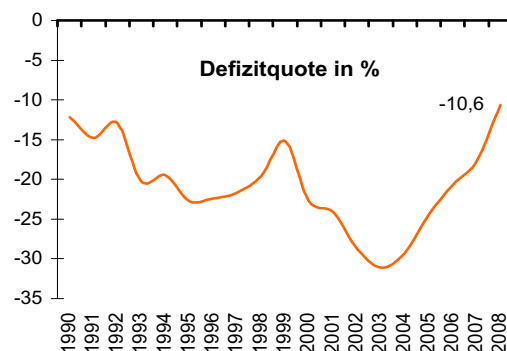
Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 1: Zinssteuerquote der Stadtstaaten und des Länderdurchschnitts 1995 - 2008*
(in %)



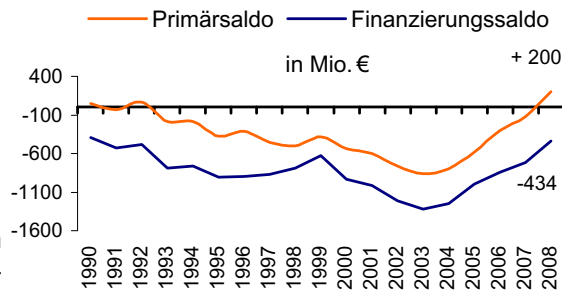
* Steuern, steuerähnliche Einnahmen, Einnahmen aus LFA (Saldo) und BEZ
Quelle: FS 14 R 2



Die Defizitquote, die den nicht durch Einnahmen gedeckten und somit kreditfinanzierten Teil der Ausgaben abbildet, fällt mit - 10,6 % deutlich geringer als zur Haushaltsaufstellung erwartet aus. Der Anschlagswert konnte um 6,2 %-Punkte unterschritten werden. Insgesamt ist ohne Berücksichtigung der Sanierungs-BEZ die niedrigste Kreditfinanzierungsquote seit 1990 erreicht worden.

Salden

Aufgrund der hohen steuerabhängigen Einnahmen und der moderaten Ausgabenentwicklung verzeichneten alle Haushaltssalden des Stadtstaates Bremen - trotz des deutlichen Rückgangs bei den investiven Einnahmen sowie des Anstiegs der Zinsausgaben - eine zum Vorjahr positive Entwicklung: Das Finanzierungsdefizit ging zum Jahresabschluss 2008 um 284 Mio. € auf 434 Mio. € zurück, wobei sich der investive Saldo um 77 Mio. € verschlechterte und der konsumtive Saldo um 289 Mio. € verbesserte. Noch positiver entwickelte sich der Primärsaldo, der mit aktuell + 200 Mio. € erstmalig überschüssig ausfiel. Deutlich wird, dass damit im Zeitraum 2003 bis 2008

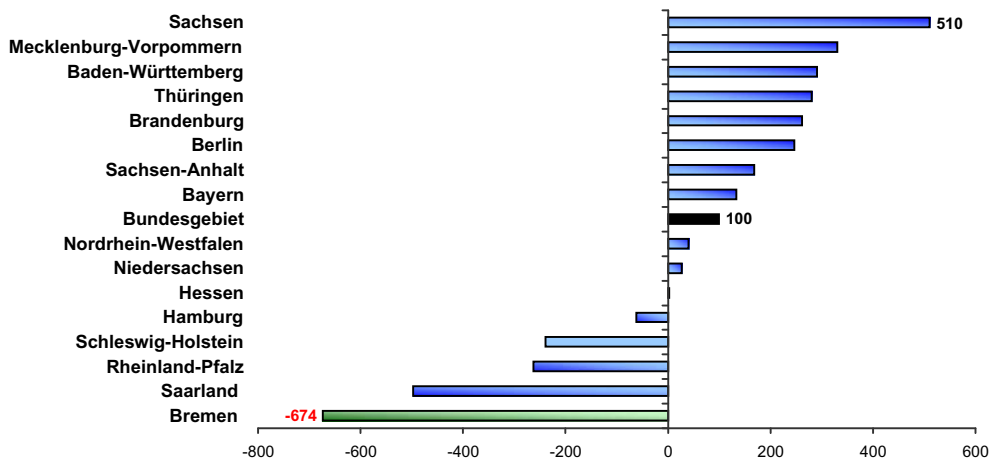


der aus stagnierenden Steuereinnahmen und besonderen Investitionsanstrengungen resultierende Anstieg des Primärdefizits nunmehr ausgeglichen ist. Erkennbar ist allerdings auch, dass die insbesondere durch Schulden und Zinslasten geprägte Haushaltsnotlage des Landes - ablesbar am Finanzierungsdefizit - nicht überwunden ist.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb.2: Finanzierungssalden der Länder 2008
(in Euro je EW)



Quelle: FS 14 R 2

Beim Ländervergleich 2008 auf Basis der Kassenergebnisse weist Bremen nach wie vor mit - 674 Euro pro Einwohner den mit Abstand höchsten negativen Finanzierungssaldo aller Bundesländer aus. Nur Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und das Saarland weisen in diesem Jahr auch einen negativen Finanzierungssaldo aus. Bei allen übrigen Bundesländern ist der Saldo positiv, so dass sich insgesamt für das Bundesgebiet ein positiver Saldo von 100 Euro pro Einwohner ergibt.

Tab. 2: KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF LAND UND STADTGEMEINDE BREMEN

Position	Januar - Dezember 2008	Abweichung zum			Anschlag
	Mio. Euro	Vorjahr	%	Anschlag	Mio. Euro
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.539,0	+ 336,8	+ 10,5	+ 259,9	3.279,1
1. Steuerabhängige Einnahmen	3.027,9	+ 378,5	+ 14,3	+ 281,6	2.746,4
1.1 Steuern	2.236,8	+ 217,1	+ 10,8	+ 138,7	2.098,0
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	559,3	+ 143,0	+ 34,4	+ 128,3	431,0
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	231,9	+ 18,3	+ 8,6	+ 14,6	217,3
2. Sonstige Einnahmen	511,1	- 41,6	- 7,5	- 21,6	532,7
2.1 Sonstige konsumtive Einnahmen	424,3	- 30,4	- 6,7	- 16,3	440,6
- Sozialleistungseinnahmen	93,3	- 5,6	- 5,6	- 10,7	104,0
2.2 Investive Einnahmen	86,8	- 11,3	- 11,5	- 5,3	92,1
- Vermögensveräußerungen	0,5	- 2,2	- 82,3	+ 0,5	0,0
nachrichtl.:					
Primäreinnahmen	3.538,5	+ 339,0	+ 10,6	+ 259,5	3.279,1
II. BEREINIGTE AUSGABEN	3.898,8	+ 49,9	+ 1,3	- 24,0	3.922,9
3. Personalausgaben	1.070,9	+ 17,0	+ 1,6	- 10,8	1.081,6
4. Zinsausgaben	588,4	+ 22,5	+ 4,0	- 37,5	625,9
5. Sozialleistungsausgaben	586,0	+ 12,9	+ 2,3	+ 32,2	553,8
6. Sonstige konsumtive Ausgaben 1)	1.198,8	+ 4,3	+ 0,4	- 8,9	1.207,7
7. Investitionsausgaben	454,7	- 6,9	- 1,5	+ 1,0	453,7
nachrichtl.:					
Primärausgaben	3.310,4	+ 27,3	+ 0,8	+ 13,5	3.296,9
III. FINANZIERUNGSSALDO	-359,8	+ 287,0	-	+ 284,0	-643,8
Konsumtiver Finanzierungssaldc	8,1	+ 291,3	-	+ 290,3	-282,1
Primärsaldo	228,1	+ 311,7	-	+ 245,9	-17,8
V. SCHULDEN INSGESAMT 2)	13.397,0	+ 767,2	+ 6,1	-	-
Schulden pro Einwohner in Euro 2) 3)	20.257,9	+ 3.540,7	+ 21,2	-	-
VI. KENNZAHLEN (in %)					
Konsumtive Ausgabenzuwachsrte	1,7				-
- ohne Zinsausgaben	1,2				
Deckungsquote (I / II)	90,8	-	-	-	83,6
Zins-Steuerquote (4 / 1)	19,4	-	-	-	22,8
Zins-Ausgabenquote (4 / II)	15,1	-	-	-	16,0
Investitionsquote (7 / II)	11,7	-	-	-	11,6
Primärausgaben pro Einwohner in€ 3)	5.000				4.980

1) Einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

2) Fundierte Schulden Kernhaushalt zum 31.12. d. jew. J., ohne Wohnungsbaudarlehn und ohne Schulden OP St. Jürgen (läuft seit 1998)

3) Einwohner des Landes zum 31.12. d. jew. J. 2008: Stand:30.11.2008

Vorwiegend bezogen auf die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, also ohne Bremerhaven (vgl. vorstehende Tabelle), lassen sich die Einzelentwicklungen in den bremischen Haushalten 2008 im Detail wie folgt abbilden:

BEREINIGTE EINNAHMEN

Die Bereinigten Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen lagen 2008 mit 3,539 Mrd. € um rd. 337 Mio. € (+ 10,5 %) über dem Vorjahr. Folgende Entwicklungen der einzelnen Einnahmearten liegen dieser deutlichen Zunahme zugrunde:

Steuerabhängige Einnahmen

Die steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sind im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 379 Mio. € auf 3,028 Mrd. € gestiegen (+ 14,3 %). Damit wurden im Jahresergebnis nicht nur die Anschlagswerte um rd. 282 Mio. €, sondern auch die Erwartungen der unterjährigen Steuerschätzungen überschritten.

Besonders positive Entwicklungen im Vorjahresvergleich wiesen bei den originären bremischen Steuereinnahmen dabei 2008 landesweit die Gewerbesteuer (+ 93 Mio. €; netto einschließlich Umlage), die Lohn- und Einkommensteuer (+ 72 Mio. €) und die Umsatzsteuer (+ 45 Mio. €) auf. Das positive Ergebnis bei der Gewerbesteuer gegenüber 2007 erklärt sich zu 80 % durch höhere Zahlungseingänge für Veranlagungszeiträume vor 2008. Gemessen an den Haushaltsanschlägen fällt die Jahresbilanz vor allem bei der Gewerbesteuer, bei der Körperschaftsteuer und bei der Umsatzsteuer überdurchschnittlich aus.

Originäre Steuereinnahmen deutlich über dem Vorjahr

Die empfangenen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich lagen im Jahr 2008 mit 559 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert und insbesondere aufgrund der überplanmäßigen quartalsbezogenen Abschlagzahlungen (auch für 2007) um rd. 128 Mio. € über dem Anschlag. Die Bundesergänzungszuweisungen überstiegen sowohl das Vorjahresniveau (+ 18 Mio. €) als auch den Anschlag (+ 15 Mio. €). Die darin enthaltenen Vorabträge für Kosten politischer Führung stellen eine fixe Größe dar. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultieren demnach ausschließlich aus den Fehlbetrags-BEZ, die auf die Höhe des bundesweiten Ausgleichsniveaus und ebenfalls auf die Finanzkraftrelation des Landes reagieren.

Bestes Ergebnis der steuerabhängigen Einnahmen

Tab. 3: Steuerabhängige Einnahmen

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Steuereinnahmen Land	1.203	1.236	1.211	1.312	1.395	1.525
Steuereinnahmen Stadt Bremen	571	558	533	632	624	711
Länderfinanzausgleich	335	357	358	381	416	559
Bundesergänzungszuweisungen	144	117	179	192	214	232
Steuerabh. Einnahmen L+G	2.253	2.269	2.281	2.517	2.650	3.028
Steuereinnahmen Bremerhaven	73	70	72	78	89	89
Steuerabh. Einnahmen Stadtst.	2.327	2.338	2.353	2.595	2.738	3.117
		+ 0,5 %	+ 0,6 %	+ 10,3 %	+ 5,5 %	+ 13,8 %

Tabelle 3 dokumentiert die Einzelpositionen der steuerabhängigen Einnahmen (unter Einbeziehung Bremerhavens) im längerfristigen Zeitablauf. Deutlich wird die massive Zunahme der steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates ab 2006, mit der die zuvor dauerhaft weitgehend stagnierende Einnahmeentwicklung des Landes überwunden werden konnte.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in Abbildung 3 wider: während die steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates bis 2005 - und damit über den gesamten Zeitraum beider Sanierungsphasen auf bzw. überwiegend sogar unter dem Ausgangsniveau des Jahres 1992 lagen und damit keine Beiträge zum Abbau der Finanzierungsdefizite der Haushalte

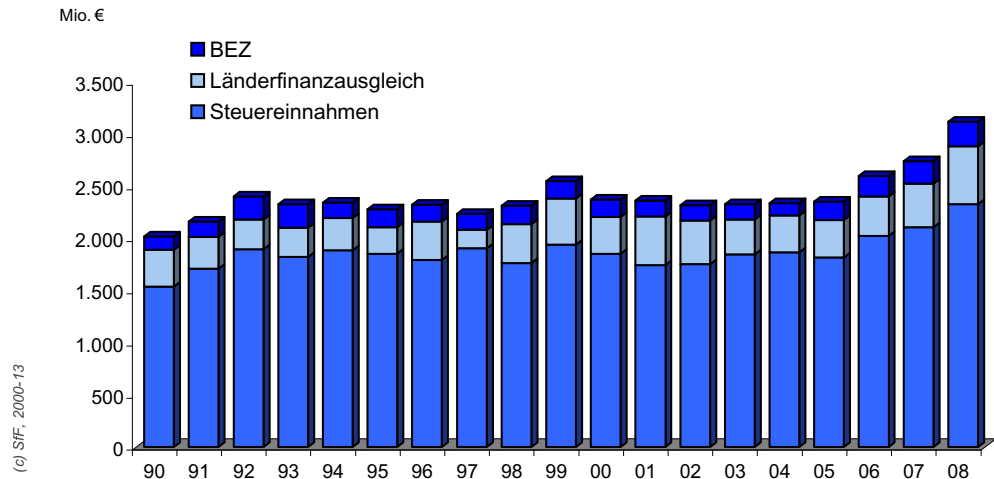


leisten konnten, wurde diese Stagnation ab 2006 überwunden. Im Haushaltsjahr 2008 verzeichnete Bremen die höchste Zuwachsrate dieser Einnahmepositionen seit 1992 und das bisher absolut höchste Einnahmeniveau.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 3: Einnahmen des Stadtstaates Bremen aus Steuern, LFA und BEZ *



Zugleich wies der Stadtstaat Bremen 2008 bei den originären Steuereinnahmen die höchste Zuwachsrate aller Bundesländer auf (vgl. Abbildung 4). Die Ist-Ergebnisse der kommenden Jahre werden Aufschluss geben, inwieweit diese Spitzenposition durch Sondereffekte geprägt oder Ausdruck entsprechend stabilerer Steuerkraft des Landes war. Ebenfalls überdurchschnittliche originäre Steuerzuwächse erzielten Hamburg, Niedersachsen und Bayern. Den Bundesdurchschnitt deutlich verfehlten Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland.

Senatorin für Finanzen, Referat 20

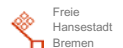
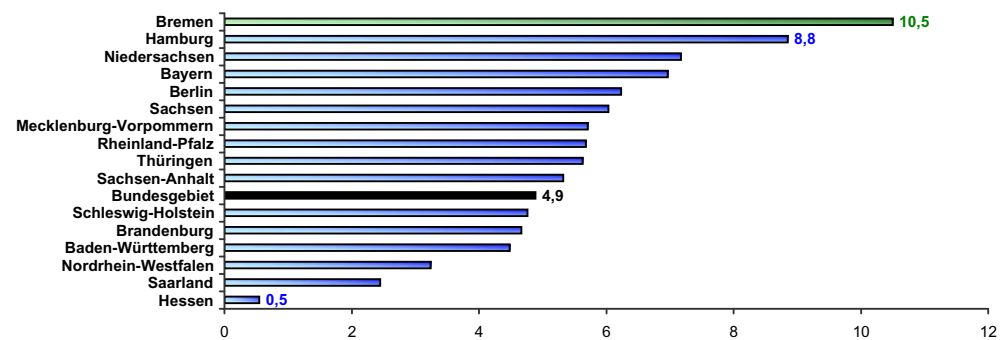


Abb. 4: Veränderung der originären Steuereinnahmen 2008

(Veränderung zum Vorjahr in %)



Quelle: FS 14 R 2

Beim Vergleich der Steuereinnahmen nach Kassenstatistik (SFK-1) bewegte sich Bremen 2008 mit 3.497 € pro Einwohner nach wie vor deutlich unter dem Vergleichswert von Hamburg (5.209 €), jedoch über dem Vergleichswert von Berlin (3.110 €).

Sonstige konsumtive Einnahmen

Mit 424 Mio. € blieben die vereinnahmten sonstigen konsumtiven Haushaltsmittel des Landes und der Stadtgemeinde im Berichtszeitraum um 30 Mio. € hinter dem Vorjahresniveau zurück (Stadtstaat: - 30 Mio. € auf 466 Mio. €). Rückläufig waren vor allem die Sozialleistungseinnahmen (im Wesentlichen aufgrund der prozentual gesunkenen Beteiligung des Bundes), die Zuweisungen und Zuschüsse von der EU, die Konzessionsabgabe, die Darlehensrückflüsse sowie die vereinnahmten Gewinne aus Beteiligungen an Hafengesellschaften. Die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmepositionen bewegte sich auf Vorjahresniveau bzw. stieg moderat an.

Tab. 4: Sonstige konsumtive Einnahmen

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	399,8	450,1	497,3	459,9	454,8	424,3
		+ 12,6 %	+ 10,5 %	- 7,5 %	- 1,1 %	- 6,7 %
Sozialhilfeeinnahmen	46,6	53,2	99,6	99,8	98,8	93,3
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund	76,3	77,9	39,3	39,0	34,8	33,9
Zuweisungen und Zuschüsse von der EU	25,5	18,6	25,3	28,8	27,8	24,4
Geldstrafen und Geldbußen	34,9	38,9	40,4	41,4	40,2	40,6
Gebühren, sonstige Entgelte	57,7	57,8	60,4	59,5	60,4	61,9
Konzessionsabgabe	32,7	36,2	33,9	38,8	39,7	36,9
Darlehensrückflüsse	12,4	2,5	19,5	7,9	9,6	1,2
Gewinne aus Beteiligungen	1,1	60,8	69,5	33,6	39,2	34,0
Übrige Einnahmen	112,7	104,2	109,5	111,2	104,4	98,1

Geringere Beteiligung des Bundes an den Sozialleistungseinnahmen

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen lagen Ende Dezember beim Land und der Stadtgemeinde Bremen um 11 Mio. € sowie im Stadtstaat insgesamt um rd. 15 Mio. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Ursächlich für den weiteren Rückgang waren die plangemäß um 2 Mio. € rückläufigen Veräußerungserlöse sowie rückläufige Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund (Personennahverkehr, u. a.) und der EU.

Tab. 5: Investive Einnahmen

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	146,0	170,6	214,5	129,3	98,0	86,8
		+ 16,9 %	+ 25,7 %	- 39,7 %	- 24,2 %	- 11,4 %
Veräußerung von Beteiligungen u. a.	16,9	48,3	85,7	7,9	2,7	0,5
Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund für						
- Hochschulbau	31,0	59,7	47,0	34,3	12,8	12,8
- nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	10,9	10,9	10,7	10,6	11,1	11,1
- für Personennahverkehr	17,6	16,9	14,6	16,6	14,0	11,5
- für Seehäfen nach Art. 104a IV GG	-	-	-	10,7	10,7	10,7
Zuweisungen und Zuschüsse von der EU	29,4	10,5	19,3	20,2	22,3	20,7
Übrige Einnahmen	40,2	24,3	37,2	29,1	24,5	19,5

Mit Blick auf den Zeitraum 2003 bis 2008 sanken nach stark schwankenden Erlösen aus Beteiligungsveräußerungen bis 2005 diese ab 2006 auf ein Volumen unter 1 Mio. € in 2008. Bei den Zuschüssen und Zuweisungen vom Bund für Seehäfen wurde nach Art. 104a IV GG ab 2006 ein Festbetrag in Höhe von 10,7 Mio. € gezahlt. Ab 2007 wurde auch die Hochschulbauförderung auf eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von jährlich 12,8 Mio. € umgestellt.

BEREINIGTE AUSGABEN

Die Bereinigten Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betragen im abgelaufenen Haushaltsjahr 3,899 Mrd. € und lagen damit - aufgrund weiter gestiegener Personal-, Zins- und Sozialleistungsausgaben - um 50 Mio. € (+ 1,3 %) über dem Vergleichswert des Jahres 2007 (Stadtstaat:+ 50 Mio. € bzw. + 1,2 %). Die Entwicklung nach einzelnen Ausgabearten stellt sich dabei wie folgt dar:

Zinsausgaben, Schuldenstruktur und Kreditaufnahme

Zum 31.12.2008 betrug der Schuldenstand für das Land und die Stadtgemeinde Bremen rd. 13,5 Mrd. Euro und einschl. Sondervermögen rd. 14,6 Mrd. Euro. Zum Stichtag wurden diese Schulden zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,04 % p. a. verzinst; die durchschnittliche Zinsbindungsfrist betrug 4,98 Jahre. Die Benchmark - der durchschnittliche 10 Jahres-Refinanzierungszinssatz - auf dem Kapitalmarkt für die Schuldenaufnahme lag im Jahr 2008 dagegen bei 4,52 % p.a..

Weiterhin sind in 2008 Zinssicherungs- und -optimierungsgeschäfte mit einem Volumen von 4,275 Mrd. € abgeschlossen worden; davon 2,45 Mrd. € festverzinsliche und 1,825 Mrd. € variable verzinsliche Zinstauschgeschäfte (Swaps). Absolut lagen die Zinsausgaben im Jahr 2008 im Land und der Stadtgemeinde mit rd. 588 Mio. € um rund 22 Mio. € über dem Vorjahreswert (+3,9 %; Stadtstaat: + 22 Mio. €), allerdings jeweils deutlich unter dem Anschlag. Weitere wesentliche Informationen zur Schuldenaufnahme und zur Entwicklung der Schuldenstruktur sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Tab. 6: Entwicklung der Bruttokreditaufnahme und Schuldenstruktur
(in T€)

Kennzahl	31.12.2007	31.12.2008
	TEuro	
Schuldenstand und Schuldenstruktur		
Schuldenstand Land und Stadt, ohne Sondervermögen und innere Schulden	12.770.724	13.540.607
davon mit Gläubiger-Put-Optionsrecht	1.629.517	850.000
davon mit Gläubiger-Wandlungsrecht	75.000	75.000
Durchschnittliche Laufzeit und Verzinsung des Gesamtportfolios		
Variabel verzinslicher Anteil	13,47%	10,73%
Restlaufzeit der Kredite	5,37 Jahre	4,67 Jahre
Zinsbindung des Portfolios (einschl. Derivate)	4,68 Jahre	4,98 Jahre
Verzinsung des Portfolios (einschl. Derivate) p.a.	4,03%	4,04%
Schuldenaufnahmen Land + Stadt im Haushaltsjahr	bis	
	31.12.2007	31.12.2008
Bruttokreditaufnahme L+S (SAP-Istbeträge)	1.916.812	2.822.660
davon variabel verzinslich	644.000	2.250.000
durchschnittliche Restlaufzeit	5,11 Jahre	2,3 Jahre
durchschnittliche Zinsbindung Kredite und Derivate	6,9 Jahre	4,45%
durchschnittliche Verzinsung Kredite und Derivate p.a.	4,06%	3,86%

Im Berichtszeitraum wurden Kredite brutto in Höhe von 2.822 Mio. € durch Land und Stadtgemeinde Bremen aufgenommen, wobei hierin auch Anschlussfinanzierungen enthalten sind, die auslaufende Darlehensverträge ablösen. Gleichzeitig wurden Tilgungen in Höhe von 2.433 Mio. € geleistet. Zur Schuldenstruktur wird auch auf die Kommentierung und Tabelle auf Seite 45 hingewiesen.

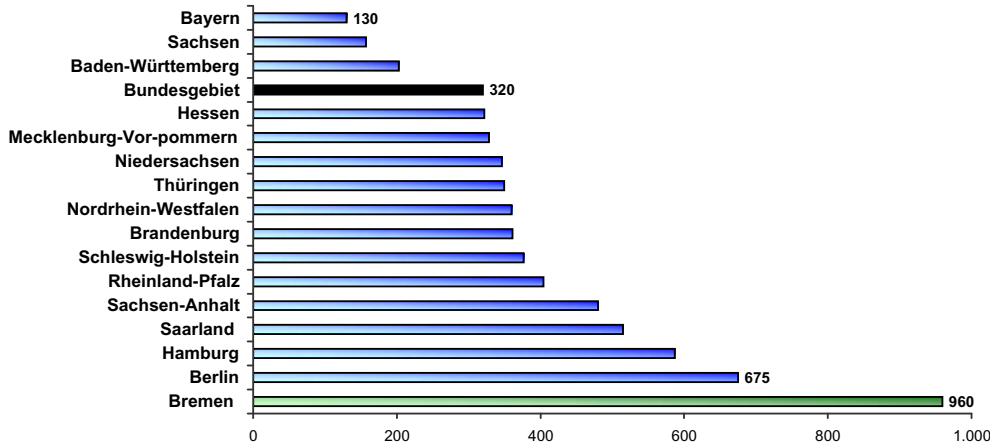
Abbildung 5 zeigt die Zinsausgaben der Länder und Gemeinden 2008 nach Bundes-

ländern. Mit 960 Euro pro Einwohner liegen die Zinsausgaben im Stadtstaat Bremen dreimal so hoch wie im Bundesgebiet insgesamt. Ursächlich hierfür ist vorallem die große Altschuldenlast, für die auch im Rahmen der Föderalismusreform II keine Lösung gefunden worden ist. Das am niedrigsten verschuldete Land Bayern hat in 2008 sogar nur 130 Euro pro Einwohner an Zinsausgaben zu zahlen.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



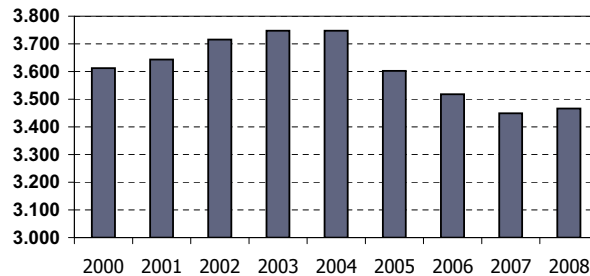
Abb. 5: Zinsausgaben der Länder und Gemeinden 2008
(in Euro je EW)



Primärausgaben

Die Primärausgaben sind die Bereinigten Ausgaben abzüglich der Zinsausgaben. Deren absolutes Niveau und Entwicklung sowie deren einwohnerbezogene Relation zu Vergleichswerten des übrigen Bundesgebietes ist die zentrale Steuerungsgröße des eigenverantworteten bremischen Sanierungsbeitrages. Zugleich stellen die Primärausgaben die entscheidenden Maßstäbe der hierauf gerichteten Erfolgskontrollen dar. Nach zuletzt drei Jahren mit rückläufigen Primärausgaben stiegen diese 2008 erstmals wieder moderat um rd. 17 Mio. € (+ 0,5 %) (Land und Stadtgemeinde: + 28 Mio. € bzw. + 0,8 %) an. Während die Investitionsausgaben auch 2008 noch leicht rückläufig waren, stiegen vor allem die Personal- (+ 1,6 %) und die Sozialleistungsausgaben (+ 2,3 %), aber auch die sonstigen konsumtiven Ausgaben (ohne Sozialleistungsausgaben: + 0,4 %), beim Land und der Stadtgemeinde Bremen an.

Entwicklung der Primärausgaben
2000 - 2008 (Stadtstaat)



Moderater Anstieg
der Primärausgaben

Die Primärausgaben stiegen 2008 auch einwohnerbezogen im Stadtstaat um 0,6 % (auf 5.236 € pro Einwohner) an. Damit setzte sich der Abwärtstrend der Vorjahre nicht fort.

Für 2009 wird mit einem deutlichen Anstieg gerechnet, wobei die Mehrbedarfe sich aus gesetzlich verpflichteten Mehrausgaben (Sozialleistungen, Auslagen in Rechtsachen, u. a.) sowie den Tarifsteigerungen ergeben.

Im Stadtstaatenvergleich hat Bremen im Jahr 2008 mit 5.240 Euro pro Einwohner die niedrigsten Primärausgaben der drei Stadtstaaten (vgl. Abb. 6). Für das gesamte Bundesgebiet betragen die Primärausgaben 4.264 Euro pro Einwohner.

Die Primärausgaben stiegen 2008 auch einwohnerbezogen im Stadtstaat um 0,6 % (auf 5.236 € pro Einwohner) an. Damit setzte sich der Abwärtstrend der Vorjahre nicht fort.

Für 2009 wird mit einem deutlichen Anstieg gerechnet, wobei die Mehrbedarfe sich aus

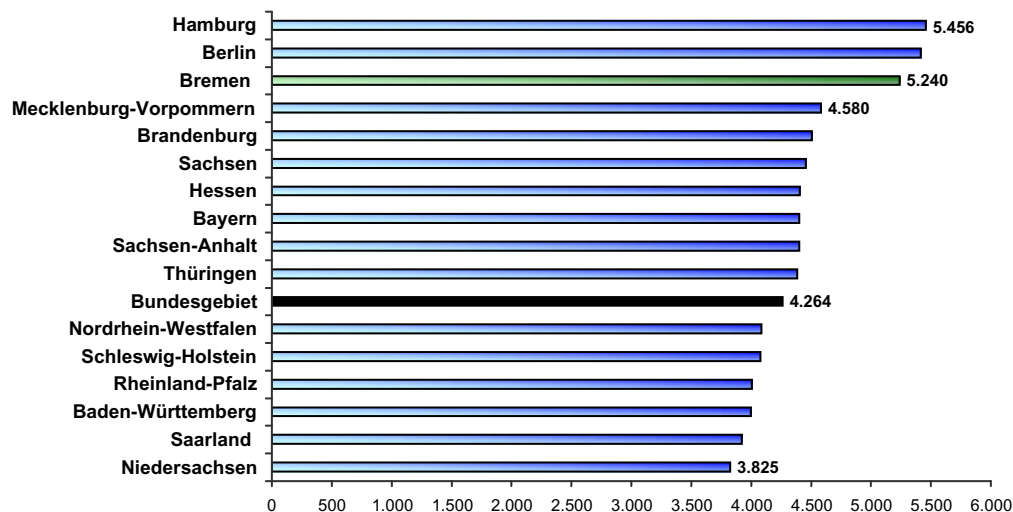


gesetzlich verpflichteten Mehrausgaben (Sozialleistungen, Auslagen in Rechtsachen, u. a.) sowie Tarifsteigerungen ergeben.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 6: Primärausgaben* der Länder und Gemeinden 2008
(in Euro je EW)



* abzügl. Geberanteil im LFA
Quelle: FS 14 R 2

Bremens Primärausgabenniveau hat sich weiter deutlich dem Länderdurchschnitt angenähert und beträgt nur noch rd. 123 % des Länderdurchschnitts (2007: rd. 126 %).

Investitionsausgaben

Bei den Investitionsausgaben wurde auch 2008 der Rückgang plangemäß fortgesetzt. Die tatsächlich getätigten Investitionsausgaben des Stadtstaates betragen 509 Mio. € und lagen damit 1 Mio. € über dem Anschlagswert (508 Mio. €).

Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen lagen beim Ist 2008 die Investitionen mit 455 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vergleichswert 2007 (- 1,5 %). Das Jahresergebnis lag damit - trotz Sollveränderungen (Rücklagenentnahme; Drittmittel) - gleichzeitig um nur 1 Mio. € über dem Anschlag.

Tab. 7: Investitionsausgaben

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt	739,0	734,6	688,3	568,1	461,7	454,7
		- 0,6 %	- 6,3 %	- 17,5 %	- 18,7 %	- 1,5 %
Bildung	15,8	22,0	25,6	25,0	21,7	23,0
Hochschulen (ohne HGP)	59,7	95,2	80,5	64,7	45,8	48,1
nachrichtlich ISP/AIP-Anteile Hochschulen:	10,6	19,1	30,9	8,3	9,6	-
Umsetzung Hochschulgesamtplan 1)	36,1	36,1	33,4	-	-	-
Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	62,9	73,6	88,2	63,0	56,2	89,3
nachrichtlich ISP/AIP-Anteile SUBVE:	76,1	62,3	18,6	42,7	47,6	-
Wirtschaft	76,9	54,4	57,0	84,1	59,1	142,3
nachrichtlich AIP-Anteile Wirtschaft:	174,7	166,0	136,4	89,8	56,5	-
nachrichtlich Kreditaufnahme SV Überseestadt:	56,0				-14,0	
Häfen	55,7	49,7	54,7	52,3	48,7	38,0
nachrichtlich AIP-Anteile Häfen:	0,0	0,0	0,0	9,6	0,0	-
nachrichtlich Kreditaufnahme SV Hafen 2):			110,0	256,7	255,1	140,5
Allgemeine Finanzen	67,6	75,3	77,3	41,5	38,9	43,4
nachrichtlich Kreditaufnahme SV Immobilien u. Technik:			1,9	21,7	25,7	20,3
Investitionssonderprogramm (ab 2005 AIP)	261,4	247,4	186,3	150,6	115,4	0,0
Sonstige	102,7	80,9	85,3	87,0	75,9	70,6

1) Mittel zur Umsetzung des Hochschulgesamtplans werden ab 2006 konsumtiv gebucht (Personalkostenzuschüsse).

2) 2007 wurden 116 Mio. € für die Finanzierung Baggergut und Finanzierung CT III von der Bremen Ports Finance an das Sondervermögen Hafen übertragen.

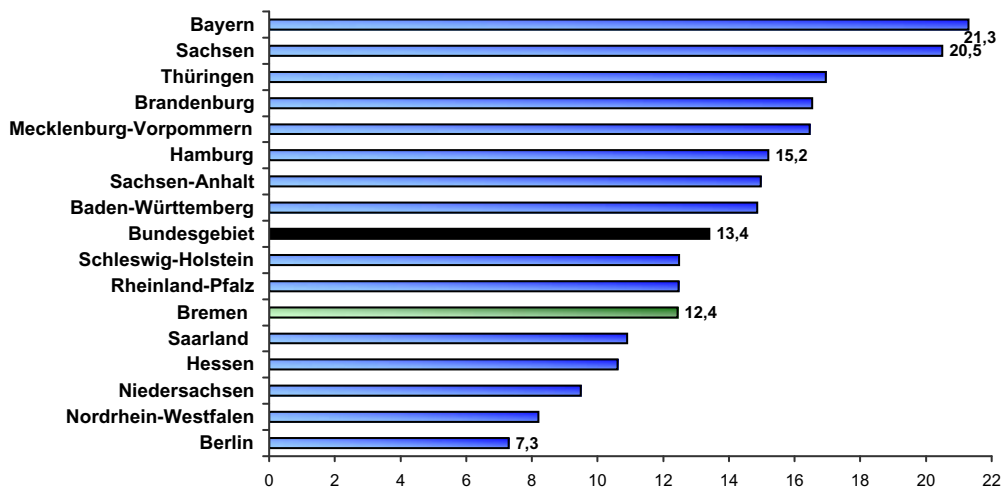
Seit 2003 gingen die Investitionen um absolut 284 Mio. € auf 455 Mio. € zurück (- 38,5 %). 2008 wurden die Mittel des Anschlussinvestitionsprogramms auf die Ressorts Wirtschaft und Häfen, Umwelt, Bau, Verkehr und Europa und Hochschulen verteilt. Nur der Bildungsbereich weist - auf deutlich niedrigerem absoluten Niveau als die zuvor genannten Bereiche (2003 rd. 1/4 der Investitionsausgaben des Hochschulbereichs) - im Zeitraum 2003 bis 2008 als einziger Produktplan investive Zuwachsraten aus. Während der Bereich Wirtschaft und Häfen hier ausgehend von einem hohen Niveau die größten Abwächse seit 2003 aufweist, sind die Produktpläne Hochschulen und Umwelt, Bau, Verkehr und Europa eher unterdurchschnittlich von den Kürzungen im investiven Bereich betroffen. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass aufgrund von Großprojekten im Hafenbereich (CT 4; Kaiserschleuse) im Sondervermögen Häfen in erheblichem Umfang seit 2005 zusätzliche außerhaushaltmäßige Kredite aufgenommen worden sind. Überdies wurden seit 2005 weitere Kredite für Gebäudesanierung (einschließlich Schulsanierung) im Sondervermögen Immobilien und Technik aufgenommen. Diese sind in zukünftigen Haushalten durch Schuldendiensthilfen oder durch Veräußerungserlöse in den Sondervermögen zu tilgen.

Betrachtet man die Investitionsquoten der Länder und Gemeinden 2008 (Abbildung 7), stellt man fest, dass Bremen als Stadtstaat mit 12,4 % einen Prozentpunkt unter der Investitionsquote für das gesamte Bundesgebiet und sogar fast drei Prozentpunkte unter der von Hamburg liegt. Die höchsten Prozentanteile der Investitionsausgaben an den Bereinigten Gesamtausgaben weisen die Flächenländer Bayern (21,3 %) und Sachsen (20,5 %) aus. Berlin ist mit einer Investitionsquote von 7,3 % das Schlusslicht der Bundesländer.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 7: Investitionsquoten der Länder und Gemeinden 2008
(in %)



Quelle: FS 14 R 2

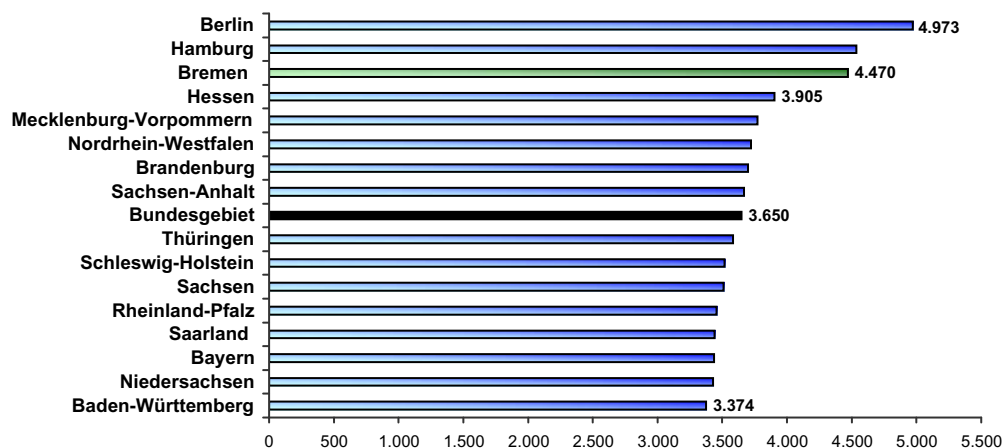
Konsumtive Primärausgaben

Die konsumtiven Primärausgaben (Primärausgaben abzüglich Investitionsausgaben) Bremens haben sich ebenfalls dem Länderdurchschnitt auf rd. 122 % weiter angenähert (2007: rd. 125 %). Im Stadtstaatenbenchmark weist Bremen auch bei den kons. Primärausgaben das niedrigste Ausgabenniveau aus. Der direkte Vergleich mit Berlin offenbart, dass Bremen sogar rd. 500 € je Einwohner weniger verausgabt als Berlin. Gegenüber Hamburg sind es immerhin noch rund 70€ je Einwohner, die Bremen weniger ausgibt.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



Abb. 8: Konsumtive Primärausgaben* der Länder und Gemeinden 2008
(in Euro je EW)



* abzügl. Geberanteil im LFA
Quelle: FS 14 R 2

Personalausgaben

Die Personalausgaben in der Kernverwaltung insgesamt betragen für das Jahr 2008 rd. 1.071 Mio. €. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 in Höhe von 1.054 Mio. € sind sie um rd. 17,0 Mio. € bzw. um rd. 1,6 % leicht gestiegen. Darin enthalten ist ein Anstieg der Ausgaben für Versorgung (einschl. Beihilfe) in Höhe von 12,3 Mio. € (einschl. 1,4 Mio. € für die Versorgungsanpassung ab 11/2008) sowie rd. 9,7 Mio. € für lineare Kostensteigerungen in 2008. Ein weiterer Anstieg der Personalausgaben wurde durch die weitere Begrenzung des Beschäftigungsumfangs kompensiert.

Tab. 8: Personalausgaben

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt 1)	1129,6	1083,1	1065,7	1052,4	1053,8	1070,9
		- 4,1 %	- 1,6 %	- 1,2 %	+ 0,1 %	+ 1,6 %
,davon						
Dienstbezüge	770,4	754,7	723,5	709,3	701,7	707,3
Versorgungsbezüge	298,1	275,5	282,5	281,7	290,2	300,7
Beihilfen / Freie Heilfürsorge	42,8	41,9	44,9	45,5	45,9	47,9
Versorgungsrücklage	7,7	0,5	5,3	6,0	6,4	5,5
Sonstige Personalausgaben	10,6	10,5	9,6	9,9	9,7	9,4
nachrichtlich:						
Personalkostenzuschüsse (HG 6) 2)	.	.	.	325,0	325,7	393,5

1) Ausgliederungen 2005: KiTa Bremen; Eingliederung 2006: Kasse Performa-Nord und Judit

2) Ab 2008 aufgestockt um gezahlte Personalkostenzuschüsse für die Umsetzung des Hochschulgesamtplans in Höhe von 59,3 Mio. € (vorher ISP/AIP)

Der Anschlag 2008 von 1.082 Mio. € bei den Personalausgaben wurde damit um 11 Mio. € bzw. rd. 1,0 % unterschritten. Diese Unterschreitung wird durch die Verlagerungen in den Sachhaushalt für die Ausbildungsgesellschaft bzw. für das Programm „Geld statt Stellen“ (rd. 8 Mio. €) sowie die Sperre bei den zentral veranschlagten Personalausgaben in Höhe von rd. 3 Mio. € zur Deckung der Ausgaben für die Besoldungs- und

Versorgungsanpassung im Jahr 2009 nahezu aufgelöst.

Gegenüber dem Mittelrahmen bzw. Controllingsoll in Höhe von 1.081 Mio. € bedeutet dies Minderausgaben von 10 Mio. € bzw. 0,9 %. Von diesen Minderausgaben entfallen 5 Mio. € auf die einzelnen Ressorts, 2 Mio. € auf die global veranschlagten Personalausgaben sowie rd. 3 Mio. € auf sonstigen Personalausgaben im Produktplan 92.

Die Beschäftigungszielzahlen von durchschnittlich 13.965 Vollkräften wurden im Kernbereich um durchschnittlich 60 Vollkräfte bzw. um 0,4 % leicht unterschritten. Bei einem Bestand von 13.896 Vollkräften zum 1. Dezember 2008 ist das Beschäftigungsvolumen gegenüber Dezember 2007 um rd. 117 Vollzeitäquivalente gesunken. Bereinigt um die Zunahme bei der Polizei aufgrund der Verstetigung der Personalverstärkungsmittel in zielzahlfinanziertes Personal liegt die Abnahme bei rd. 201 Vollkräften.

Sozialleistungsausgaben

Die Sozialleistungsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde lagen 2008 um rd. 13 Mio. € (+ 2,3 %) über dem Vorjahresniveau. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen durch Mehrausgaben bei den Jugendhilfen verursacht worden.

Das Ist lag um rd. 32 Mio. € über dem Anschlag (ohne zweckgebundene Risikoversorgerbudgets). Die Überschreitung konnte durch ein entsprechendes Lösungskonzept des Senats grundsätzlich aufgefangen werden. Im Rahmen seiner Berichterstattung berichtet die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ausführlich zu den Sozialleistungen und ihren Steuerungsmaßnahmen fortlaufend dem Haushalts- und Finanzausschuss.

Parallel wurden Sozialleistungsmindereinnahmen zum Jahresende i. H. v. rd. 11 Mio. € gegenüber Anschlag erzielt. Die Mindereinnahmen entstanden im Wesentlichen durch die gegenüber 2007 (31,2 %) abgesenkte Bundesbeteiligung an den „Kosten der Unterkunft“ (2008: 28,6 %).

Sonstige konsumtive Ausgaben

Die sonstigen konsumtiven Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen unterschritten den Anschlag um 9 Mio. €.

Gleichzeitig sind die sonstigen konsumtiven Ausgaben insgesamt auf 1.199 Mio. € (+ 0,4 %) gestiegen und damit im Vorjahresvergleich um knapp 5 Mio. € höher ausgefallen. Ursächlich hierfür waren neben gestiegenen Zuweisungen und Zuschüssen an Bremerhaven (+ 12 Mio. €) in Folge der Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs

Tab. 9: Sonstige konsumtive Ausgaben

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Insgesamt 1)	1172,5	1189,1	1109,9	1178,5	1194,5	1198,8
		+ 1,4 %	- 6,7 %	+ 6,2 %	+ 1,4 %	+ 0,4 %
,davon						
Sächl. Verwaltungsausgaben	267,0	211,9	198,4	211,2	210,7	222,8
Zuweisungen an Sondervermögen	16,7	61,1	59,3	67,6	68,6	66,0
Zusch. Universität/Hochsch. 2)	126,3	146,9	141,3	131,3	133,1	194,0
Umsetzung Hochschulgesamtplan 3)	(36,1)	(36,1)	(33,4)	57,7	59,4	0,0
Zuschuss Kita Bremen	0,0	0,0	43,6	42,4	41,6	42,4
Zuw./Zusch. an Bremerhaven	205,9	203,8	214,0	221,0	223,8	235,8
Zuw./Zusch. an Unternehmen	160,1	183,0	157,2	137,3	130,7	126,3
Renten, Unterstützungen	141,2	115,8	47,2	45,4	41,5	38,9
Sonstige	255,2	266,7	248,9	264,5	285,2	272,7

1) Ausgliederungen 2005: KiTa Bremen; Eingliederung 2006: Kasse Performa-Nord und Judit

2) Ab 2008 aufgestockt um gezahlte Personalkostenzuschüsse für die Umsetzung des Hochschulgesamtplans in Höhe von 59,3 Mio€ (vorher ISP/AIP)

3) 2003 bis 2005 wurden die in Klammern stehenden Mittel investiv veranschlagt und gebucht. (vgl. Investitionsausgaben)

aufgrund der positiven Steuerentwicklung beim Land der Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben (+ 12 Mio. €). Demgegenüber rückläufig waren die Zuweisungen



an sonstige öffentliche Einrichtungen und Zahlungen an die Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH.

Die Zuwachsrate der sonstigen konsumtiven Ausgaben im Zeitraum 2003 bis 2008 liegt insgesamt bei 2,3 %. Die Entwicklung in diesem Zeitraum zeigt, dass konsumtive Zuschüsse an den Eigenbetrieb KiTa leicht rückläufig waren, von 2007 auf 2008 aber wieder gestiegen sind. Mit + 19,4 % weist der Zuschuss an Universität und Hochschulen (2008 insgesamt: 194 Mio. €) die höchste Zuwachsrate für diesen Zeitraum bei dieser Ausgabeart aus. Die konsumtiven Zuschüsse an Bremerhaven (2008 insgesamt: 236 Mio. €) weisen mit + 14,7 % im Zeitraum 2003 bis 2008 die zweithöchste Zuwachsrate aus.

STÄDTEVERGLEICH BREMEN / BREMERHAVEN

Der Vergleich der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zeigt, dass die originären Steuereinnahmen Bremens mit 1.300 € pro Einwohner um 524 € über dem Vergleichswert Bremerhavens (776 €) liegen. Die überaus positive Entwicklung Bremens bei der Gewerbesteuer führt zu einer Verbesserung der stadtbremischen Steuereinnahmen um 160 € pro Einwohner oder einem Zuwachs von 14 %. Demgegenüber verbessern sich die Steuern Bremerhavens im Jahr 2008 um nur 1 % oder 7 € pro Einwohner. Nach Wegfall der Ausgleichszuweisungen an Bremerhaven im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2008 findet an dieser Stelle zwar kein Ausgleich mehr statt. Trotzdem werden die Mindereinnahmen Bremerhavens gegenüber der Stadt Bremen über Zahlungen des Landes (Ergänzungszuweisungen, 100% Personalkostenerstattung für Polizei und Lehrer; Sach- und Investitionskosten bei der Polizei, u.a.) allerdings deutlich überkompensiert (s. a. Tabelle 10). Aufgrund der Umstellung des Kommuna-

Tab. 10: KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF DER STADTGEMEINDEN BREMEN UND BREMERHAVEN
(in Euro pro Einwohner *)

(in Euro pro Einwohner) *	Bremen			Bremerhaven		
	Januar - Dezember	Abweichung zum		Januar - Dezember	Abweichung zum	
	2008	Vorjahr		2008	Vorjahr	
Position	Euro		%	Euro		%
1. Steuerabhängige Einnahmen	1.813	+ 197	+ 12,2	1.470	- 163	- 10,0
1.1 Steuern	1.300	+ 160	+ 14,0	776	+ 7	+ 1,0
1.2 Schlüsselzuweisungen	512	+ 38	+ 7,9	694	+ 218	+ 45,9
1.3 Ausgleichszuweisungen	0	+ 0	.	0	- 389	- 100,0
2. Sonstige Einnahmen	1.465	+ 3	+ 0,2	2.353	+ 184	+ 8,5
2.1 Sonstige konsumtive Einnahmen	1.377	+ 37	+ 2,8	2.237	+ 123	+ 5,8
2.2 Investive Einnahmen	87	- 34	- 28,3	116	+ 61	+ 110,0
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.277	+ 200	+ 6,5	3.823	+ 21	+ 0,6
3. Personalausgaben	1.009	+ 24	+ 2,4	1.879	+ 45	+ 2,5
4. Zinsausgaben	411	+ 29	+ 7,6	403	+ 92	+ 29,7
5. Sozialleistungsausgaben	939	+ 20	+ 2,2	1.143	+ 19	+ 1,7
6. Sonstige konsumtive Ausgaben	901	- 15	- 1,7	426	- 40	- 8,7
7. Investitionsausgaben	305	- 8	- 2,5	619	- 61	- 9,0
II. BEREINIGTE AUSGABEN	3.564	+ 50	+ 1,4	4.470	+ 55	+ 1,2
III. FINANZIERUNGSSALDO	-287	+ 150	- 34,3	-646	- 34	+ 5,5
Konsumtiver Finanzierungssaldoc	-69	+ 176	- 71,7	-144	- 155	.
IV. SCHULDEN INSGESAMT 1)	8.632	+ 568	+ 7,0	6.836	+ 1.428	+ 26,4
V. KENNZAHLEN (in %)						
Konsumtive Ausgabenzuwachsrate	1,8	-	-	3,1	-	-
Deckungsquote (I / II)	91,9	-	-	85,5	-	-
Zinslastquote (4 / II)	11,5	-	-	9,0	-	-
Investitionsquote (7 / II)	8,6	-	-	13,8	-	-

1) Fundierte Schulden Kernhaushalt zum 31.12. d. jew. J. + aktueller bzw. Vorjahresfinanzierungssaldo

*) Einwohner zum 30.06. d. jew. J.

len Finanzausgleichs auf eine Bedarfsorientierung stiegen die Schlüsselzuweisungen aufgrund der anerkannten höheren Bedarfe Bremerhavens gegenüber dem Vorjahr um 218 € pro Einwohner oder 45,6 % (Bremen: + 38 € pro Einwohner oder 7,9 %).

Bei Ausklammerung der verzerrenden Personalkostenerstattungen für die Ortspolizei

Bremerhavens (281 € pro Einwohner) erhielt die Stadt im Berichtsjahr einwohnerbezogen aus Landesmitteln einen um 675 € höheren Zuweisungsbetrag als die Stadt Bremen. Bei Nichtberücksichtigung der investiven Einnahmen vom Land, die durch unterschiedliche Volumina der sie durchlaufenden Landesinvestitionen verzerrt sein können, sowie unter Einbeziehung der sonstigen konsumtiven Einnahmen (bereinigt um die Personal- und Sachkostenerstattungen für Polizei) wiesen die Haushalte der beiden Städte damit

Tab. 11: Kommunalen Finanzausgleich

in Mio. €

	Ist					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schlüsselzuweisungen	201,3	203,4	221,0	239,7	259,8	280,2
Ergänzungszuweisungen	-	-	-	-	-	27,1
Zahlungen an Stadt Bremen	201,3	203,4	221,0	239,7	259,8	307,3
Schlüsselzuweisungen	40,0	40,8	47,5	51,1	55,0	79,7
Ausgleichszuweisungen	42,6	41,3	38,9	45,8	45,0	-
Ergänzungszuweisungen	-	-	-	-	-	29,1
Zahlungen an Bremerhaven	82,6	82,1	86,4	96,9	100,0	108,8

eine Einnahmedifferenz zu Gunsten Bremerhavens von 662 € pro Einwohner auf. Die einwohnerbezogene Differenz bei den Bereinigten Einnahmen zwischen Bremerhaven und Bremen (ohne Ortspolizei) beträgt 265 € pro Einwohner.

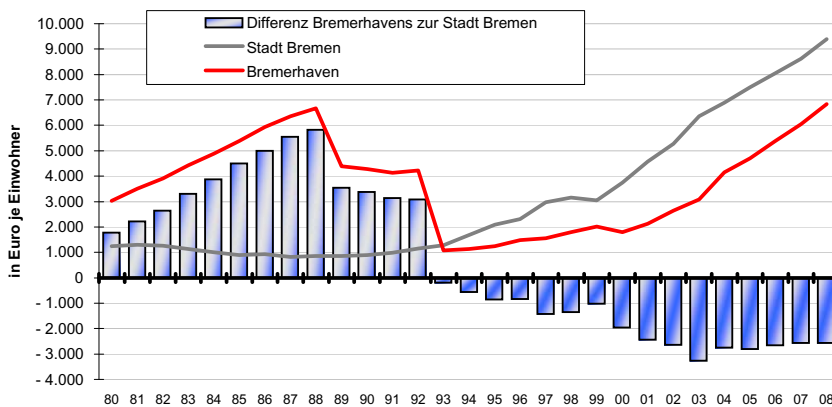
Auf der Ausgabenseite ergibt sich nach Ausklammerung der Investitionsausgaben, deren einwohnerbezogenes Niveau aufgrund der Landesinvestitionen den stadtbremischen Vergleichswert um fast 106 % überstieg, und der über Landesmittel erstatteten Ausgaben für die Ortspolizei Bremerhavens im innerbremischen Städtevergleich ein höheres Niveau einwohnerbezogen für die Stadt Bremerhaven (Mehrausgaben Stadt Bremerhaven: 327 €). Differenzen in der Relation der Personalausgaben zu den sonstigen konsumtiven Ausgaben sind dabei nicht unwesentlich durch unterschiedliche Ausgliederungsstände geprägt.

Die Sozialleistungsausgaben lagen 2008 in Bremerhaven mit 1.143 € pro Einwohner um 204 € über dem stadtbremischen Vergleichswert, was insbesondere auf die höhere Quote bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II (Sozialleistungsempfänger/Einwohner) der Stadt zurückzuführen ist. Die Zinsausgaben wiesen trotz des deutlich höheren Schuldenstandes mit 411 € pro Einwohner in der Stadt Bremen ein um 8 Euro pro Einwohner höheres Niveau als in Bremerhaven (403 € pro Einwohner) auf. Allerdings fiel der Anstieg der Zinsausgaben in Bremerhaven mit 28,7 % im Berichtsjahr wesentlich stärker aus, weil

Senatorin für Finanzen, Referat 2f



Abb. 9: Schulden



Quellen: Senator für Finanzen; Kämmererei Bremerhaven

© SIF, 0146

*) Stand: Jahresende

auch 2008 der zu finanzierende Saldo höher lag als in der Stadt Bremen. Überdies waren in Bremerhaven verstärkt Zinserstattungen für außerhaushaltsmäßige Kreditaufnahmen



(Projekt „Havenwelten“, u. a.) zu leisten, die als Zinsausgaben behandelt wurden.

Die Stadt Bremen wies Ende 2008 mit einem Pro-Kopf-Betrag von 9.403 € Schulden auf, die den Vergleichswert der Stadt Bremerhaven (6.846 € pro Einwohner) deutlich überstiegen. Die bei der Schuldenentwicklung seit 1993 (Zeitpunkt der zweiten Entschuldung Bremerhavens) zu verzeichnende Entkoppelung der beiden Städte zu Lasten Bremens hat sich allerdings seit 2006 bedingt durch die Steuereinnahme- und Primärausgaben-Entwicklung zunächst nicht fortgesetzt. Die Pro-Kopf-Neuverschuldung betrug dennoch im zurückliegenden Jahr in der Stadt Bremen 778 €, in Bremerhaven hingegen 760 €.

Die wesentlich problematischere Verschuldungssituation der Stadt Bremen im innerbremischen Städtevergleich stellt in erster Linie ein Einnahmeproblem der Stadtgemeinde Bremen dar, das im wesentlichen durch die geringere Finanzausstattung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausgelöst wird.

Tab. 12: Quoten der Stadt Bremen

	Ist				
	2004	2005	2006	2007	2008
Zins-Steuer-Quote (%) 1)	21,6	23,2	22,3	23,6	22,0
Deckungsquote (%) 2)	77,5	79,4	88,1	87,6	91,9
Schulden pro Einwohner in € 3)	6.897	7.497	8.055	8.620	9.392

Tab. 13: Quoten der Stadt Bremerhaven

	Ist				
	2004	2005	2006	2007	2008
Zins-Steuer-Quote (%) 1)	12,2	14,2	18,4	19,0	23,4
Deckungsquote (%) 2)	81,8	81,2	84,7	86,1	85,5
Schulden pro Einwohner in € 3)	4.155	4.695	5.389	6.049	6.851

1) Zinsausgaben / (Steuern + Schlüsselzuweisungen + Ausgleichszuweisungen) * 100 (bis 2007)
Zinsausgaben / (Steuern + Schlüsselzuweisungen + Ergänzungszuweisungen) * 100 (ab 2008)

2) (Bereinigte Einnahmen / Bereinigte Ausgaben) * 100

3) Schulden zum 31.12. d. jew. Jahres / Einwohner zum 31.12. d. jew. Jahres

Die Finanzsituation der beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven für den Zeitraum 2004 bis 2008 ergibt sich aus den oben dargestellten Kennzahlen:

- Die ausgesprochen positive Steuerentwicklung 2008 in der Stadtgemeinde Bremen führt zu einer deutlich rückläufigen Zins-Steuer-Quote und einer weit überdurchschnittlichen Deckungsquote, die voraussichtlich so 2009 nicht zu halten sein wird.
- Während die Deckungsquote 2004 und 2005 in Bremen unter der Bremerhavens liegt, entwickelt sich diese ab 2006 in Bremen positiver als in Bremerhaven.

Die Zins-Steuer-Quote wurde abweichend von der Finanzplanung Bremerhaven und den Darstellungen in den Berichten der überörtlichen Gemeindeprüfung analog der Definition beim Land einschließlich der steuerabhängigen Zuweisungen des Landes im Nenner gebildet. Nur bei dieser Abgrenzung ergibt ein Vergleich der beiden Kommunen Sinn.



Bürgschaften 2008

Der Senator für Finanzen hat das Bürgschaftsgeschäft mit Geschäftsbesorgungsvertrag vom 15.12.1999 auf die Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) übertragen, die die Bürgschaften treuhänderisch für die FHB im eigenen Namen übernimmt. Die Bürgschaftsbedarfe bis zu 0,75 Mio € für kleine und mittlere Unternehmen werden in der Regel von der Bürgschaftsbank Bremen GmbH abgedeckt. Für diese Bürgschaften haben der Bund und das Land Bremen insgesamt 65%ige Rückbürgschaften übernommen. Aus Inanspruchnahmen der Rückbürgschaft hat Bremen 431 T€ geleistet.

Wie auch schon in den Vorjahren ist der größte Teil des gesamten Volumens der von der BAB verwalteten Bürgschaften für landes- bzw. stadteigene Gesellschaften herausgelegt worden. Dies ist bei der Einschätzung der Bürgschaftsrisiken zu berücksichtigen.

Die Ausfallzahlungen in 2008 betragen 748 T€ und ergeben im Vergleich zum Gesamtbligio der Bürgschaften per 31.12.2008 in Höhe von rd. 1,273 Mrd. € eine Ausfallquote von 0,06%. Trotz der Wirtschaftskrise ab 2008 kam es nicht zu erhöhten Ausfällen, jedoch muss in den Folgejahren damit gerechnet werden.

Bei den in 1997 generell beschlossenen Kultur-Bürgschaften für Ausstellungen bre-mischer Museen sind bis heute keine nennenswerten Schadensfälle zu verzeichnen. Der Versicherungswert der Leihgaben, für die Bremen in dem Zeitraum 1997 bis 31.12.2008 ohne Prämienbelastung für die Museen die Haftung übernommen hat, beträgt rd. 807 Mio. €.

BÜRGSCHAFTEN LAND UND STADTGEMEINDE BREMEN 2008

Gegenstand der Nachweisung	a) Neu erteilte Bürgschaften				b) Erteilte Bürgschaften insgesamt			
	Januar - Dezember				zum 31. Dezember (einschl. Tilgung)			
	2007	2008	Veränd. 2007/08		2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%	Mio Euro			%
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-
Wirtschaftsbürgschaften	0,9	0,1	-0,8	-90,1	14,0	8,9	-5,1	-36,6
Landes- u. stadteigene Gesellsch	216,4	109,0	-107,4	-49,6	1097,6	1088,1	-9,4	-0,9
Vereine/Sonstiges	1,0	2,3	1,3	123,3	70,8	69,8	-1,1	-1,5
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	151,1	31,0	-120,1	-79,5	168,8	40,9	-127,8	-75,7
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	74,5	65,6	-8,9	-12,0
Bürgschaften insgesamt	369,5	142,3	-227,1	-61,5	1425,7	1273,3	-152,4	-10,7
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges.	-	-			0,0	0,0	0,0	0,0

Gegenstand der Nachweisung	c) Inanspruchn. aus Bürgschaften abzügl. Rückflüsse zum 31. Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Landes- u. stadteigene Gesellsch	0,5	0,0	-0,5	-
Vereine/Sonstiges	-0,2	0,8	1,0	-
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,0	0,0	0,0	-
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Bürgschaften insgesamt	0,3	0,8	0,5	203,8
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges.	-	-		

ENTWICKLUNG DES HAUSHALTS NACH BEREICHEN DER ÖFFENTLICHEN AUFGABENWAHRNEHMUNG („KONZERNBEREICHE“)

Auch für das Haushaltsjahr 2008 informiert die Senatorin für Finanzen über die Entwicklung der bremischen Haushalte nach Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung (Kernbereich, Sonderhaushalte, Sondervermögen nach § 26 LHO, Beteiligungen und Zuwendungen).

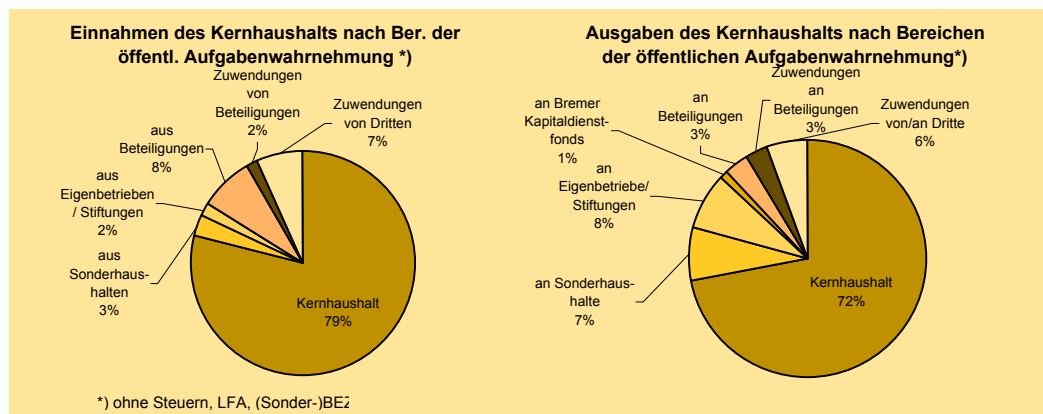
Die nachfolgenden Auswertungen stellen die Verflechtungen zwischen dem Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde mit den anderen Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung dar. Aufgrund der kameralen Bewirtschaftung des Kernhaushaltes und der kaufmännischen Buchführung in den übrigen Konzernbereichen ist eine konsolidierte Sichtweise (noch) nicht möglich. Deshalb werden die Finanzbeziehungen aus Sicht der Zahlungsströme zum und vom Kernhaushalt dargestellt.

Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushalts nach Bereichen

Neben den Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ (3,028 Mrd. €) entfielen auch von den übrigen, nicht steuerabhängigen Einnahmen, die den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zuflossen (511 Mio. €), im Berichtsjahr allein 403 Mio. € (79 %) auf den Kernhaushalt selbst. Neben originären Verwaltungseinnahmen zählten hierzu insbesondere auch konsumtive und investive Drittmiteileinnahmen sowie sonstige Transferzahlungen (z. B. für Seehäfen nach Art. 104 a 4 GG (11 Mio. €)). Die übrigen 108 Mio. € wurden aus den übrigen „Konzernbereichen“ vereinnahmt, wobei allein 34 Mio. € (konsumtiv zugeordnete) Gewinnausschüttungen aus Hafengesellschaften betrafen.

Weitere nennenswerte Einnahmen flossen über die Sonderhaushalte in den Kernbereich und betrafen dabei insbesondere Investitionszuschüsse für Hochschulbauförderung nach Artikel 143 c GG (16 Mio. €). Zu den Einnahmen aus Zuwendungen zählen u. a. konsumtive und investive EU-Zahlungen (45 Mio. €).

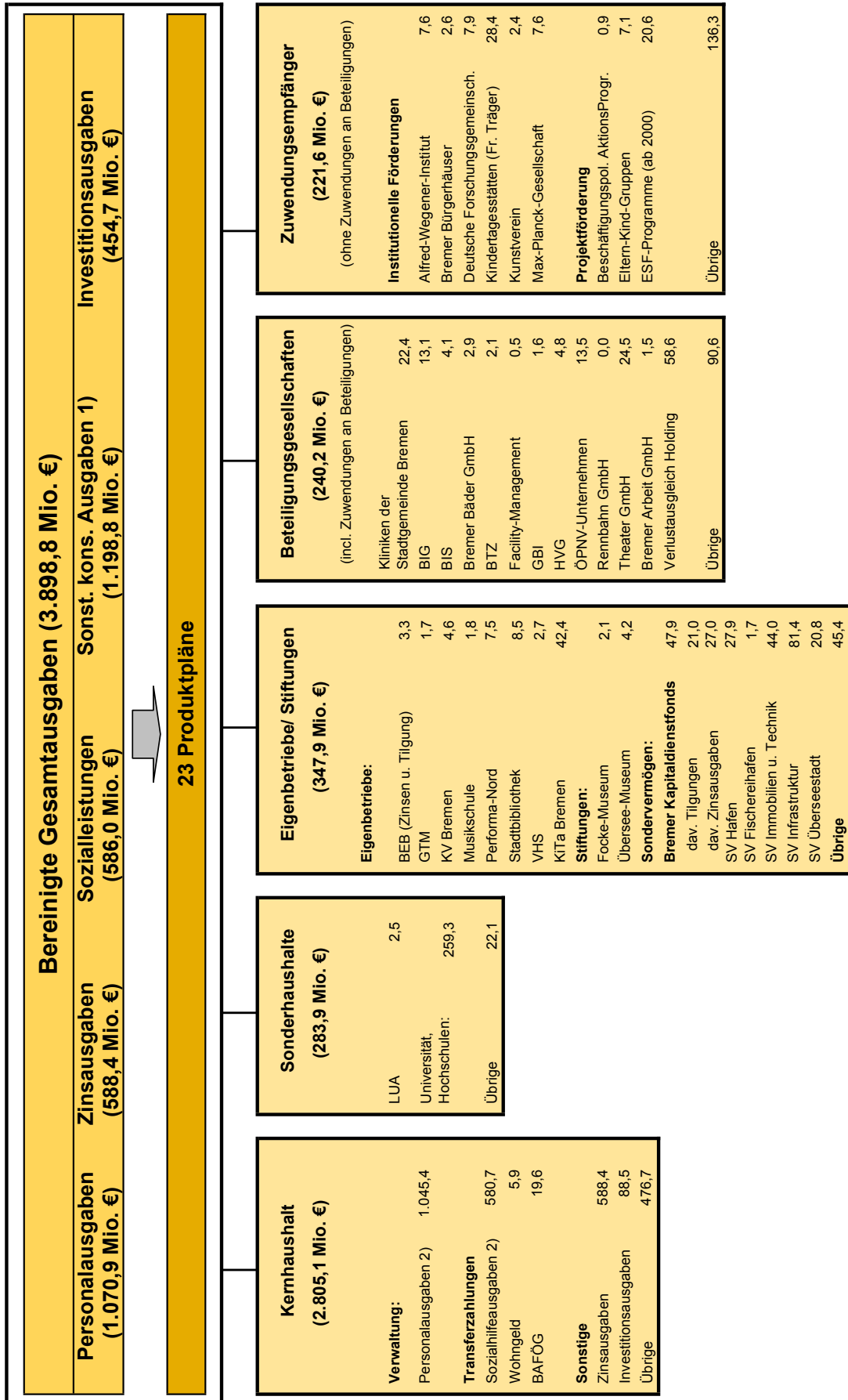
Von den 3,899 Mrd. €, die im Jahre 2008 über die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde verausgabt wurden, betrafen 72 % (2,805 Mrd. €) den unmittelbaren Kernbereich (vgl. Abbildung), während ca. 7 % (284 Mio. €) in Sonderhaushalte flossen.



Die Zuschüsse an Eigenbetriebe, Stiftungen und Sondervermögen aus dem Kernhaushalt betragen 348 Mio. € (9 %), die Zuschüsse und Zuwendungen an Beteiligungen 240 Mio. € (6 %). 222 Mio. € (6 %) wurden 2008 für Zuwendungen an Dritte verausgabt. Die Aufteilung der Zuschüsse und Zuwendungen an einzelne Betriebe, Stiftungen, Sondervermögen, Beteiligungen und an Dritte kann der nebenstehenden Tabelle sowie den anschließenden Detaildarstellungen entnommen werden.

Bereinigte Ausgaben 2008 nach Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung

(Land und Stadtgemeinde Bremen; Jan. - Dezember; in Mio. €)



1) Incl. Tilgungsausgaben an Verwaltungen 2) Ausgewiesen sind nur Personal- und Sozialhilfeeausgaben des Kernhaushalts; Restbeträge sind den übrigen Konzernbereichen (insbes. Versorgungsbezüge) zugeordnet.

BEREICHE DER ÖFFENTLICHEN AUFGABENWAHRNEHMUNG

Sonderhaushalte

Mit 284 Mio. € flossen im Jahr 2008 rd. 7 % der Gesamtausgaben des Kernhaushalts in Sonderhaushalte. Zu den Sonderhaushalten zählen insbesondere die Universität und die Hochschulen, auf die allein 259 Mio. € der Zahlungen aus dem Haushalt entfielen.

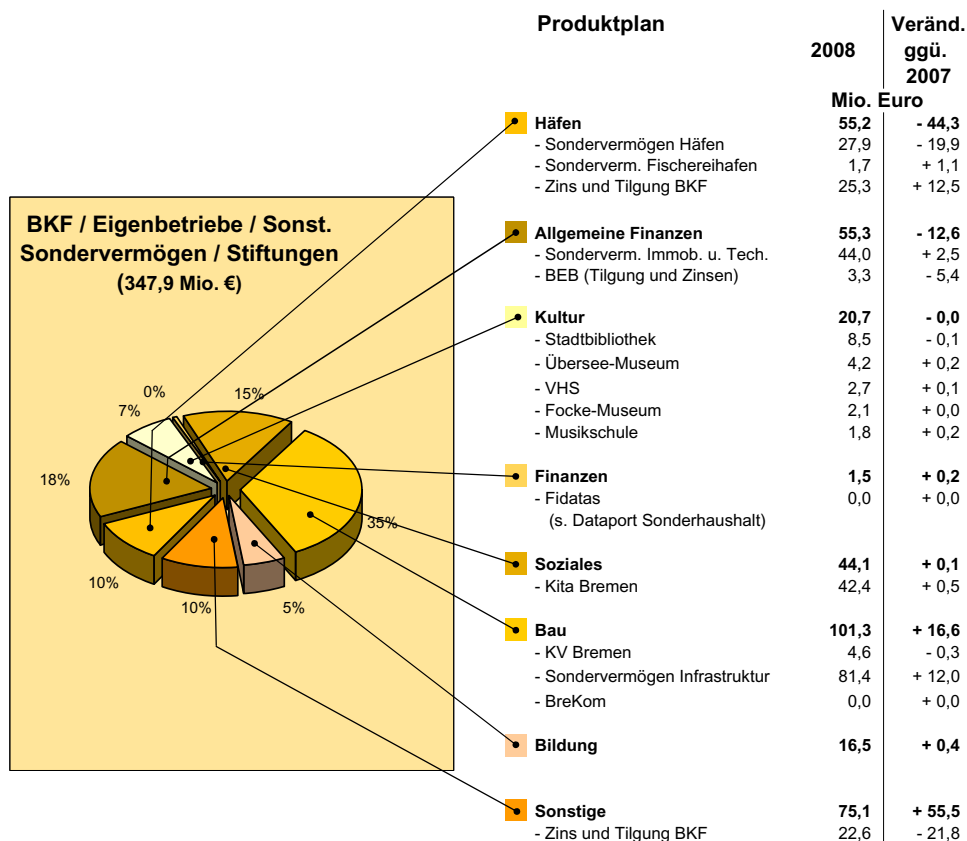
Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die aus dem Haushalt geleisteten Ausgaben an die Sonderhaushalte im Jahre 2008 um 62 Mio. €. Bei rückläufigen Personal- und Investitionsausgaben wurden 2008 erstmalig bisherige konsumtive Zahlungen aus dem Anschlussinvestitionsbereich (HGP, u. a.) dem Sonderhaushalt Hochschulen (+ 61 Mio. €) zugerechnet. Überdies wurde aus dem Produktplan Finanzen und Personal ein Zuschuss bzw. Dienstleistungsentgelt an die Anstalt des öffentlichen Rechts Dataport, die DV-Dienstleistungen für die Steuerverwaltung erbringt, in Höhe von 12 Mio. € geleistet.

Den Sonderhaushalten zugeordnet wurden die Personalkosten der Bundesagentur für Arbeit (Produktplan Soziales, Mitfinanzierung ARGE) mit einem Volumen von 5 Mio. € (- 5 Mio. € gegenüber Vorjahr).

Eigenbetriebe, Sondervermögen und Stiftungen

An Eigenbetriebe und Sonstige Sondervermögen nach § 26 LHO (ab 2007: einschließlich der Zahlungen an den Bremer Kapitaldienstfonds (BKF)) sowie an Stiftungen wurden im abgeschlossenen Haushaltsjahr aus dem Kernhaushalt rd. 348 Mio. € (9 % der Gesamtausgaben) gezahlt. Dieser Bereich der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung verzeichnet damit gegenüber dem Vorjahr Zuwächse aus dem Kernhaushalt, die vor allem durch die

Sondervermögen (L+G Bremen; Stand: 14. Monat; in Mio. Euro)



bisher dem Kernbereich zugeordneten Anschlussinvestitionsprogrammazahlungen (AIP) einschließlich der Zahlungen an den BKF und die Neuordnung der Hausmeisterdienste (Zahlungen an den Eigenbetrieb GebäudeTechnikManagement) verursacht wurden. Dem Bereich der Eigenbetriebe sind neben der Performa-Nord auch die Katastervermessung Bremen, die Musikschule und die Stadtbibliothek zugeordnet. Weitere 6 Mio. € flossen über den Kulturretat (Museen) in Stiftungen.

Die Sondervermögen Immobilien und Technik, Häfen, Fischereihäfen sowie Infrastruktur verzeichneten 2008 einen Mittelzufluss aus den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde von insgesamt 205 Mio. € (- 12 Mio. €), die in erheblichem Umfang auch der Abdeckung von Tilgungsverpflichtungen dienten. Gleichzeitig wurden 2008 im Saldo 119 Mio. € (- 30 Mio. €) in den Sondervermögen durch neu aufgenommene Kredite finanziert (überwiegend Großprojekt Kaiserschleuse im SV Häfen). Die Struktur der Sondervermögen und die Zuordnung der Zahlungen aus dem Kernhaushalt ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht (in Klammern: Zuschüsse aus dem Landes- und Stadthaushalt Bremen in Mio. €):

Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2008 (in Mio. Euro) *)



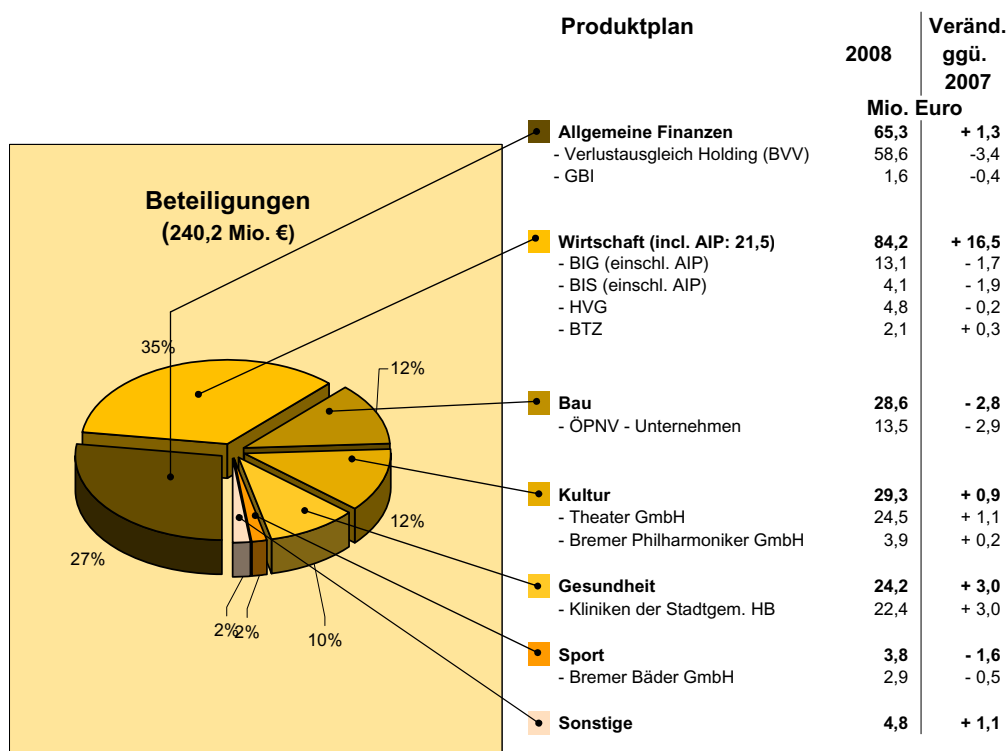
1) Kapitaldienst der Ressorts
2) Gründung zum 01.01.2003
3) (Beschluss bisher nur für die Stadt Bremen)
4) Gründung zum 01.01.2002

*) Kreditaufnahme/- tilgung einschl. Innerer Neuverschuldung mit L + G Bremen

Beteiligungen (incl. Zuwendungen an Beteiligungen)

Zahlungen in Höhe von insgesamt 240 Mio. € (6 % der Gesamtausgaben) gingen 2008 aus den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde an Gesellschaften mit direkter und indirekter bremischer Beteiligung. Die als Zuwendungen, Verlustausgleich, Kapitalerhöhungen, Kostenersatz, Geschäftsbesorgungsentgelte oder Zuweisungen für die Wahrnehmung von Treuhandaufgaben geleisteten Ausgaben an Beteiligungen konzentrieren sich dabei fast ausschließlich auf die sechs Produktpläne Allgemeine Finanzen (27 %; Verlustausgleich Holding (BVV) und GBI), Wirtschaft (35 %; insbesondere BIG/BIS, HVG), Bau (12 %; ÖPNV-Unternehmen, etc.), Kultur (12 %; Theater), Gesundheit (10%; Investitionszuschüsse nach Krankenhausfinanzierungsgesetz) und Sport (2 %; Bremer Bäder). Der gegenüber Vorjahr sinkende Verlustausgleich BVV steht im Zusammenhang mit dem mit dem Bauressort abgeschlossenen Kontrakt, in dem bis 2010 jährlich sinkende Zuschussbeträge vereinbart wurden.

Beteiligungen (L+G Bremen; Stand: 14. Monat; in Mio. Euro)



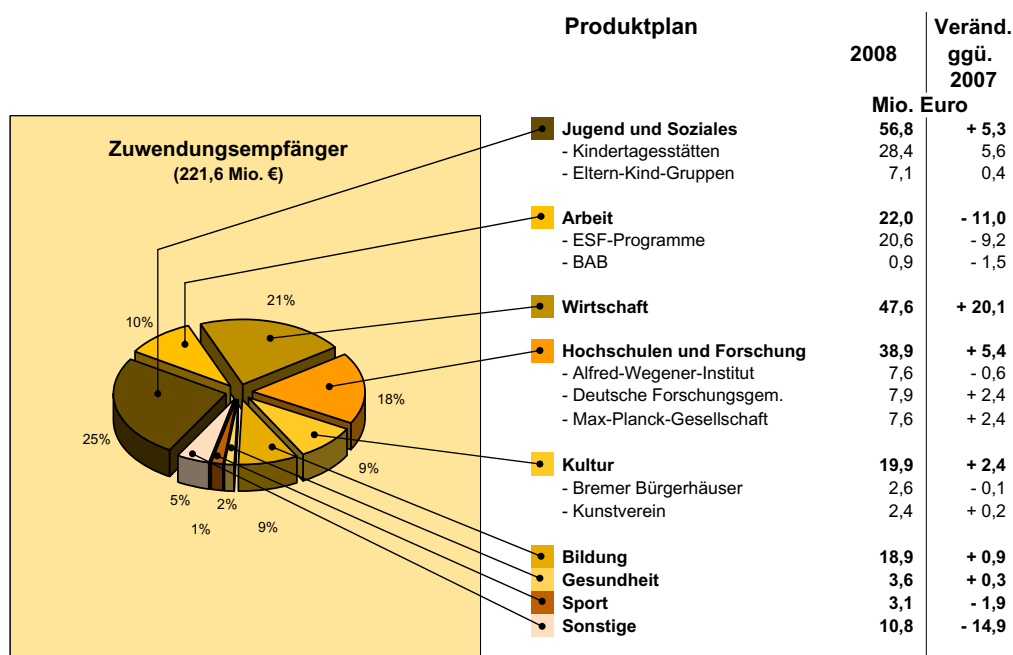
Die restlichen 2 % der für Beteiligungsgesellschaften aufgewendeten Beträge verteilen sich auf sieben weitere Produktpläne. Die acht größten Zahlungsbeträge an Beteiligungsgesellschaften bilden rund drei Viertel der in diesen Bereich der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung fließenden Ausgaben ab.

Im Vorjahresvergleich fielen die Zahlungen an Beteiligungsgesellschaften im Jahre 2008 um 18 Mio. € (+ 8 %) höher aus, was u. a. mit der Neuuzuordnung der AIP-Mittel zusammenhängt. Ursächlich hierfür sind vor allem diesbezügliche Mehrausgaben der Ressorts Wirtschaft sowie Umwelt, Bau, Verkehr und Europa.

Zuwendungsempfänger

Neben den Zuwendungen an Beteiligungsgesellschaften wurden im Haushaltsjahr 2008 – vornehmlich in den Bereichen Soziales, Arbeit, Wirtschaft und Kultur - weitere 222 Mio. € (6 % der Gesamtausgaben des Landes und der Stadtgemeinde) an eine Vielzahl sonstiger Zuwendungsempfänger ausgezahlt. Gegenüber dem Vorjahr wurden hier 6 Mio. € mehr verausgabt.

Zuwendungen an Dritte (L+G Bremen; Stand: 14. Monat; in Mio. Euro)



Zu den betragsmäßig bedeutendsten Empfängern institutioneller Förderung zählen dabei die Kindertagesstätten (Freie Träger; 28 Mio. €), Forschungsinstitute und -einrichtungen (Alfred-Wegener-Institut, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Institut, etc.) sowie Bürgerhäuser und Kultureinrichtungen (Kunstverein, Museum Weserburg, etc.).

Die Projektförderung betrifft insbesondere die gegenüber 2007 um 9 Mio. € rückläufigen ESF-Programme (zusammen 21 Mio. €; überwiegend Durchleitung von Drittmitteln) und das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) der Senatorin für Arbeit (1 Mio. €) sowie Eltern-Kind-Gruppen (7 Mio. €).

Aufgrund der Neuordnung von AIP-Zahlungen zum Konzernbereich „Zuwendungen an Dritte“ (Volumen: 16 Mio. €) erklären sich die Zuwächse bei den sonstigen Produktplänen. Die Mittel werden sowohl im Rahmen der institutionellen Förderung als auch im Rahmen der Projektförderung ausgezahlt.

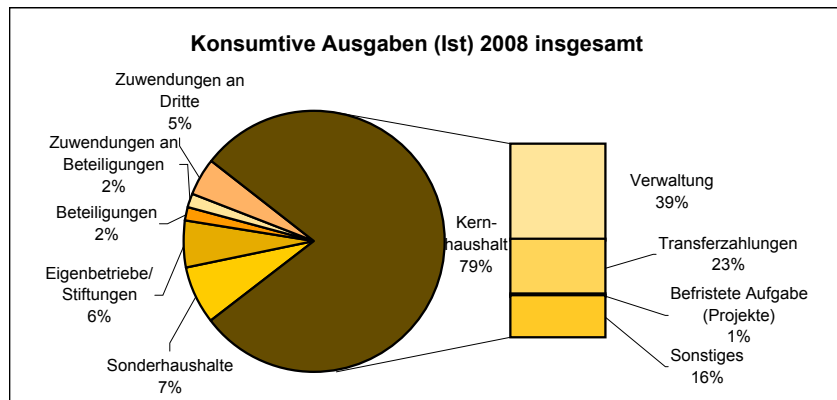
Konsumtive und investive Ausgaben nach Bereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung

Verwaltung:
 Einnahmen und Ausgaben des Kernbereichs (insb. zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes)

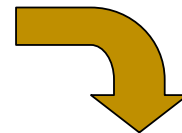
Transferzahlungen:
 Sämtliche Einnahmen und Ausgaben, denen kein direkter Leistungsaustausch gegenüber steht (z.B. Sozialleistungen, Wohngeld, Wohnungsbaudarlehen, BAFÖG, u.a. (nachrichtl. Einnahmen: Steuern LFA, BEZ))

Befristete Aufgabe (Projekte):
 Projekte (z. B. CHIPSMOBIL; in sich abgeschlossene Investitionsvorhaben)

Sonstige:
 Zinsen, u.a.



INSGESAMT	Ist '07	Ist '08	Veränderung '07/'08	
		Mio. €		%
Bereinigte Ausgaben	3.849,0	3.898,8	49,9	1,3
Konsumtive Ausgaben	3.387,3	3.444,1	56,8	1,7
Investitionsausgaben	461,7	454,7	-6,9	-1,5



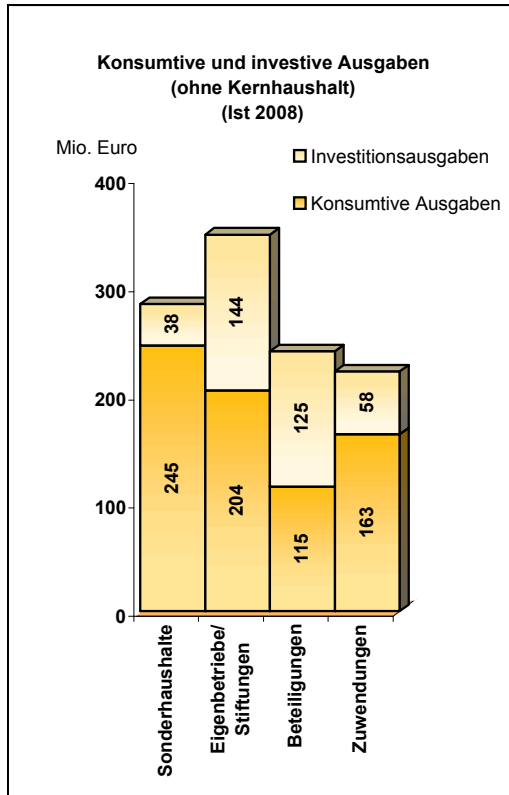
KERNHAUSHALT	Ist '07	Ist '08	Veränd.
		Mio. €	
Bereinigte Ausgaben	2.804,8	2.805,1	0,3
Konsumtive Ausgaben	2.714,1	2.716,6	2,5
Investitionsausgaben	90,7	88,5	-2,2

SONDERHAUSHALT	Ist '07	Ist '08	Veränd.
		Mio. €	
Bereinigte Ausgaben	221,5	283,9	62,4
Konsumtive Ausgaben	176,3	245,5	69,2
Investitionsausgaben	45,3	38,5	-6,8

BKF, BETRIEBE UND STIFTUNGEN	Ist '07	Ist '08	Veränd.
		Mio. €	
Bereinigte Ausgaben	385,7	347,9	-37,7
Konsumtive Ausgaben	216,8	204,2	-12,6
Investitionsausgaben	168,9	143,8	-25,1

BETEILIGUNGEN	Ist '07	Ist '08	Veränd.
		Mio. €	
Bereinigte Ausgaben	221,8	240,2	18,5
Konsumtive Ausgaben	118,4	115,1	-3,3
Investitionsausgaben	103,3	125,1	21,7

ZUWENDUNGEN (AN DRITTE)	Ist '07	Ist '08	Veränd.
		Mio. €	
Bereinigte Ausgaben	215,2	221,6	6,4
Konsumtive Ausgaben	177,8	163,5	-14,4
Investitionsausgaben	37,3	58,1	20,8



Schulden des Landes, der Stadtgemeinde und der Sondervermögen Bremens

Um bei Banken und Kreditinstituten möglichst zinsgünstige Darlehn zu erhalten, werden im Rahmen der gemeinsamen Kreditaufnahme (GKA) Kredite vom Land aufgenommen und über konzerninterne Darlehensverträge an die Stadtgemeinde Bremen und diverse Sondervermögen mit entsprechender Verzinsung zur dortigen Finanzierung weitergereicht. Vor Abzug der Inneren Verschuldung ergaben sich für die bremischen Körperschaften folgende Schuldenstände zum 31.12.2008:

Schulden des Landes und der Stadtgemeinde einschließlich der Sondervermögen

	Schuldenstand			
	01.01.08	31.12.08	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgem. Bremen 1)	17.761,9	19.139,9	1.377,9	7,8
./ Innere Verschuldung	-5.114,0	-5.725,4	-611,5	12,0
Land und Stadtgem. Bremen 1)	12.648,0	13.414,4	766,4	6,1
ohne Innere Verschuldung				
Wohnungsbau Land Bremen	132,7	126,2	-6,6	-4,9
Wohnungsbau Stadt Bremen	0,0	0,0	0,0	.
Bremer Kapitaldienstfonds	137,1	116,6	-20,5	-14,9
Sondervermögen Hafen	621,8	762,3	140,5	.
Sondervermögen Überseestadt	42,0	21,0	-21,0	-50,0
Sondervermögen Immobilien und Technik	158,4	178,6	20,3	12,8
Teilvermögen Immobilien Land	0,1	0,1	0,0	.
Teilvermögen Immobilien Stadt	152,0	173,8	21,9	14,4
Teilvermögen Technik Land	1,7	1,2	-0,4	.
Teilvermögen Technik Stadt	4,6	3,5	-1,2	.
Schulden insgesamt	13.739,9	14.619,1	879,2	6,4

Weitere Neuverschuldung im Kernbereich und in den Sondervermögen

Die Schulden nach Abzug der Inneren Verschuldung betragen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einschließlich Sondervermögen zum Jahresende 2008 14.619 Mio. €. Die Neuverschuldung erreichte dabei im Berichtsjahr ein Niveau von 879 Mio. € (+ 6,4 %). Im gleichen Zeitraum wurden schwebende Schulden in Höhe von 334 Mio. € getilgt bzw. Guthaben aufgebaut. Darin enthalten sind 221,6 Mio. € schwebende Buchungen / Kassenverstärkungskredite, die das Vorjahr 2007 betrafen und 2008 umgeschuldet wurden. Zum 31.12.2008 führte die positive Einnahmeentwicklung zu Kassenverstärkungsguthaben in Höhe von 113 Mio. € (Termineinlagen). Überdies erklärt sich die Differenz zwischen Neuverschuldung und Nettokreditaufnahme (vgl. Übersicht Kasse, Haushalt, Verschuldung im Anlagenteil A S. VII) durch die Kreditaufnahme in den Sondervermögen in Höhe von netto 119 Mio. € und Tilgungen bei Wohnungsbaudarlehn in Höhe von 7 Mio. €. Bei den dann noch bestehenden Differenzen handelt es sich um haushaltstechnische Bereinigungen.

Der Schuldenstand des Bremer Kapitaldienstfonds (BKF) betrug Ende 2008 117 Mio. €. Parallel machte der BKF Forderungen gegenüber dem Senator für Wirtschaft und Häfen in Höhe von 88 Mio. € (75 % der Gesamtforderungen) geltend, die in Form von Tilgungszahlungen schrittweise als Investitionsausgaben aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Zu den weiteren Schuldner des BKF zählen die Bereiche Bau (10 Mio. €), Bildung und Wissenschaft (12 Mio. €) sowie Gesundheit (6 Mio. €). Hervorzuheben ist, dass im Saldo 2008 im Bremer Kapitaldienstfonds 21 Mio. € getilgt wurden.

Das Sondervermögen Immobilien und Technik (Land) wies zum Jahresende 2008 einen Schuldenstand in Höhe von 1 Mio. € aus, das Sondervermögen Immobilien und Technik

(Stadt) einen Schuldenstand von 177 Mio. € (darunter 21 Mio. € Nettoneuverschuldung). Dem Sondervermögen Überseestadt sind Schulden in Höhe von 21 Mio. € zuzurechnen. Die Summe der Wohnungsbaudarlehen des Landes Bremen betrug zum Jahresende 126 Mio. €, wobei diesen Schulden in gewissem Umfang Forderungen gegenüber Dritten gegen zurechnen sind. Im Jahr 2008 wurden Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 7 Mio. € getilgt.

Die Schulden der Eigenbetriebe, die nicht im Rahmen der Schuldenmeldung an das Statistische Bundesamt gemeldet werden und nicht in der obigen Tabelle aufgeführt sind, betragen zum 31.12.2008 rd. 1 Mio. € (16 Mio. € Nettotilgung im Jahr 2008).

Darüber hinaus bestehen Verbindlichkeiten, die sich aus Kreditaufnahmen bremischer Beteiligungsgesellschaften ergeben haben. Bei wirtschaftlicher Betrachtung sind sie den Schulden des Landes und der Stadt zuzurechnen. Die erst mit Verzögerung vorliegenden Vermögensnachweise des Landes und der Stadtgemeinde Bremen weisen zum Jahresende 2007 Verbindlichkeiten der Beteiligungen in Höhe von 1.480 Mio. € aus. Allerdings sind in diesem Betrag auch sonstige Verbindlichkeiten (z. B. für Treuhandvermögen) in Höhe von 28 Mio. € enthalten, die bei bremischen Gesellschaften geführt werden und für die Bremen ggfs. einzustehen hat.

Bremerhaven wies zum 31.12.2008 einen Schuldenstand in Höhe von 785 Mio. € aus. Die Neuverschuldung der Stadt betrug im Berichtsjahr dabei 87 Mio. €.

Es bestehen noch nicht die entsprechenden Voraussetzungen, den Schuldenständen der Gebietskörperschaften und ihrer ausgegliederten Bereiche die korrespondierenden Vermögenswerte flächendeckend gegenüber zu stellen.

**Zentrales Finanzcontrolling
Jahresbericht 2008
- Anlagen -**

Zentrales Finanzcontrolling >>> Anlagen

Gliederungsübersicht

Teil A >>> Entwicklung des Gesamthaushalts 2008

Steuereinnahmen	I
Länderfinanzausgleich.....	I
Bundesergänzungszuweisungen	II
Sonstige Einnahmen	II
Personalausgaben.....	III
Zinsausgaben	IV
Sozialleistungsausgaben.....	IV
Sonstige konsumtive Ausgaben	V
Investitionsausgaben.....	V
Finanzierungssaldo	VI
Quoten	VI
Übersicht: Kasse, Haushalt und Verschuldung.....	VII
Kassenmäßiger Haushaltsablauf der Stadtgemeinde Bremerhaven	VIII
Steuereinnahmen Bremerhaven	IX
Steuerabhängige Zuweisungen Bremerhaven.....	IX
Sonstige Einnahmen Bremerhaven.....	IX
Personalausgaben Bremerhaven.....	X
Zinsausgaben Bremerhaven	X
Sozialleistungsausgaben Bremerhaven.....	X
Sonstige Konsumtive Ausgaben Bremerhaven.....	XI
Investitionsausgaben Bremerhaven.....	XI
Finanzierungssaldo Bremerhaven.....	XII
Jahresergebnisse der Stadtgemeinden Bremen / Bremerhaven	
- absolute Werte	XIII
- einwohnerbezogen.....	XIV
Bürgschaften Land Bremen 2007.....	XV
Bürgschaften Stadt Bremen 2007	XV
Bürgschaften Stadt Bremerhaven 2007	XVI
Bürgschaften Stadtstaat Bremen 2007	XVI

Zentrales Finanzcontrolling >>> Anlagenband

Gliederungsübersicht

Teil B (1) >>> Längerfristige Haushaltsentwicklung Stadtstaat Bremen

Bereinigte Einnahmen nach Einnahmearten.....	I
Steueraufkommen und -verteilung	II
Steueraufkommen und -verteilung 2008 (Schaubild).....	III
Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs	IV
Bundesergänzungszuweisungen	IV
Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ (Grafik)	V
Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen (Grafik).....	V
Bereinigte Ausgaben nach Ausgabearten.....	VI
Zinsausgaben und Schuldenstand (Grafik).....	VII
Investitionen und Zinsausgaben (Grafik).....	VIII
Finanzierungssalden	IX
Finanzierungsdefizit – konsumtiv und investiv (Grafik)	X
Kennzahlen und Quoten	XI
Quoten (Grafik).....	XII
Defizit- und Kreditfinanzierungsquote	XIII
Kreditaufnahme und Schuldenstand am Kapitalmarkt	XIV
Aus- /Eingliederungen und Nettostellungen im Stadtstaat Bremen 1990 bis 2008	XV

Teil B (2) >>> Längerfristige Haushaltsentwicklung L + G Bremen

Bereinigte Einnahmen nach Einnahmearten.....	I
Bereinigte Ausgaben nach Ausgabearten.....	II
Personalausgaben.....	III
Sozialleistungsausgaben.....	IV
Finanzierungssalden	V
Kennzahlen und Quoten.....	VI
Quoten (Grafik).....	VII
Kreditaufnahme und Schuldenstand am Kapitalmarkt.....	VIII

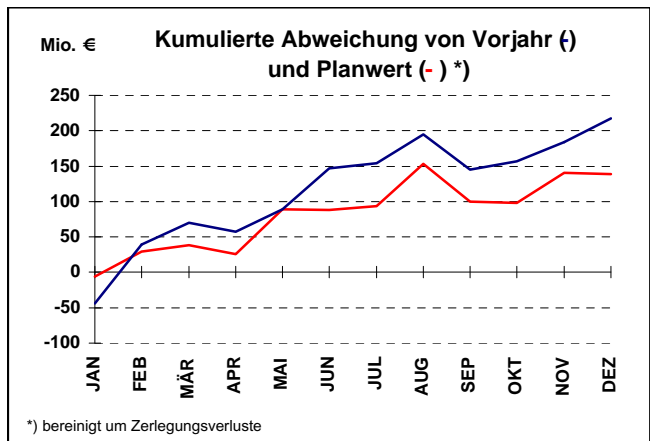
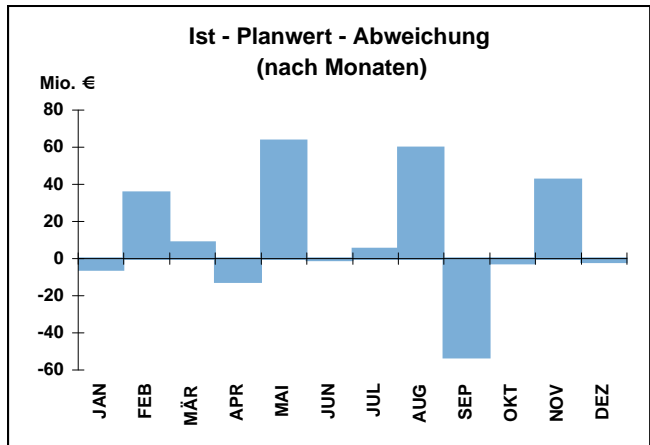
Teil B (3) >>> Längerfristige Haushaltsentwicklung Stadtgemeinde Bremerhaven

Bereinigte Einnahmen nach Einnahmearten.....	I
Bereinigte Ausgaben nach Ausgabearten.....	II

Zentrales Finanzcontrolling Jahresbericht 2008 Anlagen

Teil A
Entwicklung des Gesamthaushalts

1.1 STEUEREINNAHMEN



*) bereinigt um Zerlegungsverluste

IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember

Mio. Euro

2236,8

Abweichung vom PLANWERT (Anschlag):

+ 138,7

in %

+ 6,6

nach Steuerarten:		
Gewerbsteuer (netto + Uml.)		+ 89,1
(Einfuhr-) Umsatzsteuer		+ 47,1
Körperschaftsteuer (n.Z.)		+ 22,6
Veranlagte Einkommensteuer		- 12,2
Landessteuern		- 29,4
Sonstige		+ 21,5

Abweichung vom VORJAHRES-WERT:

+ 217,1

in %

+ 10,8

nach Steuerarten:		
Gewerbsteuer (netto + Uml.)		+ 93,0
(Einfuhr-) Umsatzsteuer		+ 44,9
Lohnsteuer (n.Z.+FLA.)		+ 38,4
Veranlagte Einkommensteuer		+ 33,5
Übrige Gemeindesteuern		- 27,2
Sonstige		+ 34,5

Anschlag

2098,0

STEUERSCHÄTZUNG Mai

2103,7

STEUERSCHÄTZUNG November

2152,0

- Veränderung gegenüber Anschlag

+ 54,0

Abweichung vom PLANWERT:

+ 84,8

(orientiert an der aktuellen Steuerschätzung)

1.2 LÄNDERFINANZAUSGLEICH

ZAHLUNGS-GRUNDLAGE	IST	PLANWERT	IST-PLANWERT-ABWEICHUNG	VORJAHR	IST-VORJAHR-ABWEICHUNG
Vorabträge im Berichtszeitraum	353,9	347,7	+ 6,3	203,3	+ 150,7
Abrechnung Vorjahr (März)	69,8	20,8	49,0	15,4	+ 54,4
Abrechnung 1. Quartal (Juni)	22,2	20,8	1,3	49,4	- 27,2
Abrechnung 1.+ 2. Quarta (Sept.)	50,5	20,8	29,6	82,0	- 31,5
Abrechnung 1. - 3. Quarta (Dez.)	62,9	20,8	42,1	66,1	- 3,1
Abrechnung Jahr t - 2 (Mai)	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,0
Insgesamt	559,3	431,0	128,3	416,1	143,2

() = (Absehbare) Zahlungen und Planwerte außerhalb des Berichtszeitraumes

Anschlag

431,0

STEUERSCHÄTZUNG Mai

431,0

STEUERSCHÄTZUNG November

510,0

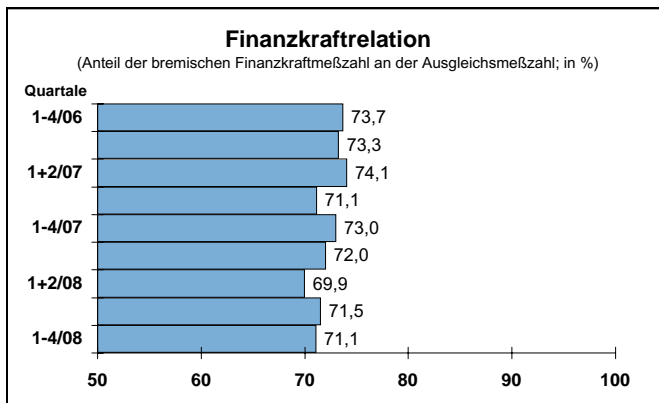
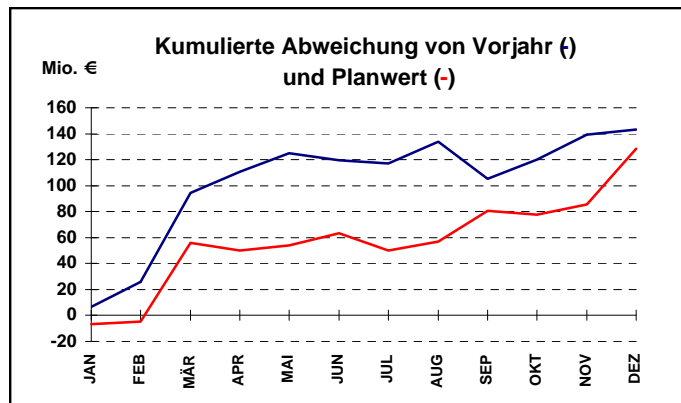
- Veränderung gegenüber Anschlag

+ 79,0

Abweichung vom PLANWERT:

+ 49,3

(orientiert an der aktuellen Steuerschätzung)



1.3 BUNDESERGÄNZUNGSZUWEISUNGEN

ANSCHLAG	217,3
STEUERSCHÄTZUNG Mai	221,3
STEUERSCHÄTZUNG November	229,3
- Veränderung gegenüber Anschlag	+ 12,0

Abweichung vom VORJAHRES-WERT: + 18,3

in % + 8,6

Abweichung vom ANSCHLAG: + 14,6

(ausschließlich verursacht durch Fehlbetrags-BEZ)

in % + 6,7

IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember 231,9

davon: Vorabträge für Kosten politischer Führung 60,3
(100 % des feststehenden Jahresbetrages)

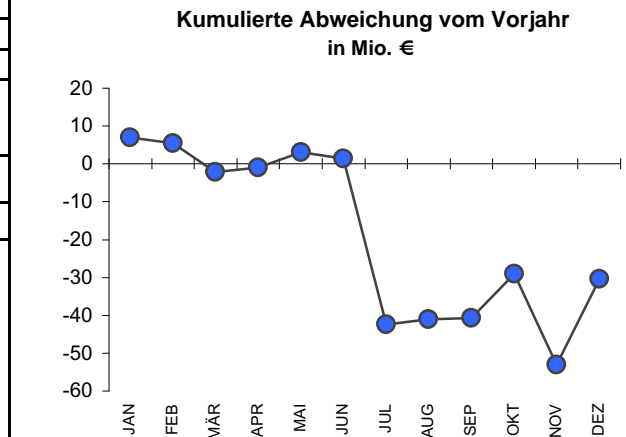
Fehlbetrags-BEZ 171,6
(Verteilung nach Finanzkraft-Relation)

Abweichung vom PLANWERT: + 2,6

(orientiert an der aktuellen Steuerschätzung)

1.4 SONSTIGE KONSUMTIVE EINNAHMEN

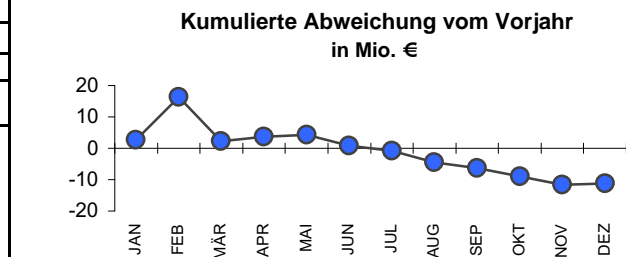
Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. Euro			%
Steuerähnliche Abgaben	9,2	5,7	-3,5	-38,3
- Abgaben von Spielbanken	6,4	3,0	-3,5	-53,9
Zinseinnahmen	3,9	2,5	-1,5	-36,9
Sozialhilfeeinnahmen	98,8	93,3	-5,6	-5,6
sonst. Zuweisungen und Zuschüsse	161,9	157,8	-4,1	-2,5
vom Bund	34,8	33,9	-0,9	-2,7
- für Wohngeld	3,4	2,8	-0,6	-17,4
- für Bafög	12,4	12,5	0,1	0,7
von der EU	27,8	24,4	-3,3	-12,0
von der Agentur für Arbeit	12,1	14,4	2,3	19,0
Geldstrafen und Geldbußen	40,2	40,6	0,5	1,2
Sonstige	47,0	44,4	-2,6	-5,5
sonst. Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Finanzen	180,9	165,1	-15,8	-8,7
- Gebühren, sonstige Entgelte	60,4	61,9	1,6	2,6
- Konzessionsabgabe	39,7	36,9	-2,8	-7,0
- Darlehensrückflüsse	9,6	1,2	-8,5	-87,7
- Mieten und Pachten	7,8	8,8	0,9	11,6
- Wettmittel	8,6	9,9	1,3	15,3
- Gewinne aus Beteiligungen an Hafenges.	36,5	34,0	-2,5	-6,8
- Sonstige	18,3	12,5	-5,8	-31,8
Insgesamt	454,7	424,3	-30,4	-6,7



Abweichung vom			
Anschlag		Planwert (Soll)	
Mio. €	%	Mio. €	%
-16,3	-3,7	-16,3	-3,7

1.5 INVESTIVE EINNAHMEN

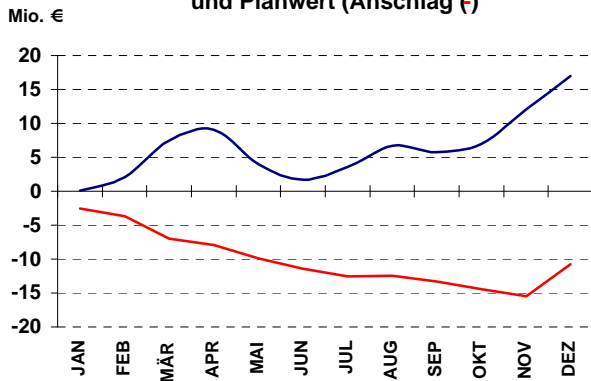
Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. Euro			%
Veräußerung von Beteiligungen u.a.	2,7	0,5	-2,2	-82,3
Zuweisungen und Zuschüsse	90,5	81,7	-8,8	-9,8
- vom Bund n. Art. 143c GG (Hochschulen)	12,8	12,8	+ 0,0	.
- Gemeindeverkehrsfinanz.gesetz	11,1	11,1	+ 0,0	+ 0,0
- für Personennahverkehr	14,0	11,5	-2,5	-17,9
- für Seehäfen nach Art. 104a IV GG	10,7	10,7	+ 0,0	.
- vom Bund "Zukunft Bildung und Betreuung"	4,7	0,2	-4,5	-96,1
- von der EU	22,3	20,7	-1,5	-6,9
- Sonstige	15,0	14,7	-0,3	-2,0
Einnahmen von Bremerhaven	4,8	4,6	-0,2	-4,2
Insgesamt	98,0	86,8	-11,3	-11,5



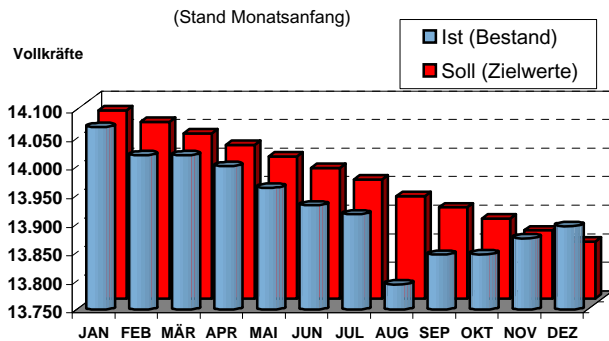
Abweichung vom			
Anschlag		Planwert (Soll)	
Mio. €	%	Mio. €	%
-5,3	-5,8	-5,3	-5,8

2.1 PERSONALAUSGABEN

kumulierte Abweichung von Vorjahr (-) und Planwert (Anschlag (-))



Entwicklung des Beschäftigungsvolumens *)



*) Ohne ausgegliederte Bereiche, Innenreinigung, ABM, § 19 BSHG, Refinanzierungen, Auszubildende, Referendare, Praktikanten, Abwesende und Nebenberufliche

IST im Berichtszeitraum	Mio. Euro
IST Januar - Dezember	1.070,9
Abweichung vom VORJAHRES-WERT:	+ 17,0
in %	+ 1,6
Abweichung vom ANSCHLAG:	- 10,8
in %	- 1,0
Abweichung vom PLANWERT (Soll):	- 5,6
in %	- 0,5
darunter - Dienstbezüge und dgl.	- 3,8
- Versorgungsbezüge	- 0,2
- übrige Personalausgaben	- 6,0

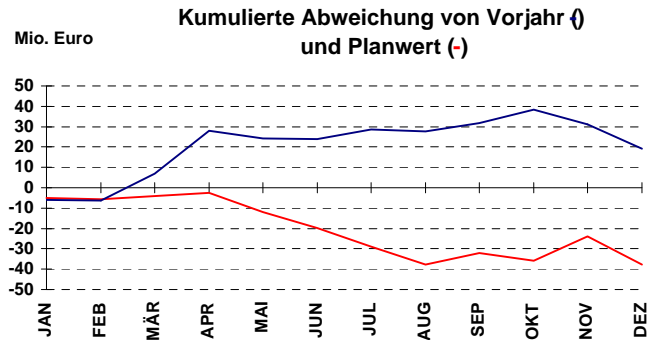
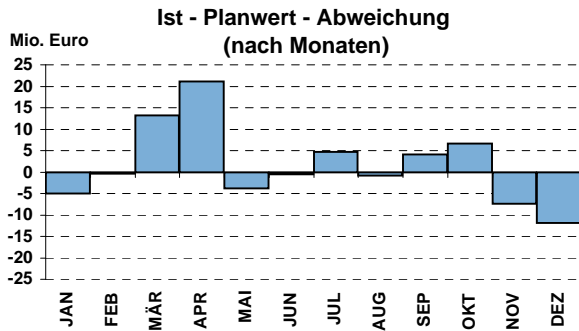
Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember				Anschlag 2008
	2007	2008	Veränd. 07/08	%	
	Mio. Euro			%	Mio. Euro
Aufwend. für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	7,8	7,7	- 0,1	- 0,8	7,5
Dienstbezüge und dergleichen	701,6	707,3	+ 5,7	+ 0,8	694,8
- Bürgermeister / Senatoren	0,9	0,8	- 0,1	- 13,9	0,9
- Beamte und Richter	450,9	448,8	- 2,1	- 0,5	451,2
- Entgelt ArbeitnehmerInnen	0,0	253,9	+ 253,9	.	240,6
- Angestellte	230,7	0,0	- 230,7	- 100,0	1,8
- Arbeiter	15,3	0,0	- 15,3	- 100,0	0,0
- Zivildienstleistende (Sold)	0,2	0,2	+ 0,0	+ 18,5	0,3
- nebenamtlich/-beruflich Tätige	3,5	3,6	+ 0,1	+ 1,7	3,6
Versorgung	290,2	300,7	+ 10,5	+ 3,6	296,7
Versorgungsrücklage	6,4	5,5	- 0,9	- 14,0	6,0
Beihilfen, Unterstützungen	45,9	47,9	+ 2,1	+ 4,5	48,9
Personalbez. Sachausgaben	1,9	1,7	- 0,2	- 11,8	2,7
Globale Mehrausgaben	0,0	0,0			0,0
Personalausgaben insgesamt 1)	1.053,8	1.070,9	+ 17,0	+ 1,6	1.081,6
darunter					
- ABM	0,0	0,0	+ 0,0	-	0,0
- ISP	2,0	0,0	- 2,0	- 100,0	0,0

1) Ohne Sonderhaushalte, Eigen-, Wirtschafts- und Krankenhausbetriebe

Personaldaten	13. Monat 2008 (Vol.: 01.12.08)			Kum. Jan. bis 13. Monat 2008			Voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Mio. €								
Kernbereich	-0,1	9,1	-9,1	635,0	636,1	-1,1	635,0	636,1	-1,1
Ausbildung	0,0	-1,8	1,8	14,3	14,6	-0,3	14,3	14,6	-0,3
Zwischensumme	-0,1	7,3	-7,3	649,3	650,7	-1,4	649,3	650,7	-1,4
Refinanzierte	-0,2	0,7	-0,9	50,2	52,6	-2,4	50,2	52,6	-2,4
Nebentitel	0,0	-5,4	5,4	371,3	377,5	-6,2	371,3	377,5	-6,2
Insgesamt	-0,3	2,5	-2,8	1.070,9	1.080,8	-9,9	1.070,9	1.080,8	-9,9
- dar.: 58er	0,0	---	---	0,1	---	---	0,1	---	---
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	13.896	13.849	47	13.905	13.965	-60	13.905	13.965	-60
Ausbildung	1.093	1.151	-58	1.082	1.160	-78	1.082	1.160	-78
Zusammen	14.989	15.000	-11	14.986	15.125	-139	14.986	15.125	-139
Refinanzierte	1.151	---	---	1.146	---	---	1.146	---	---
Abwesende	735	---	---	766	---	---	766	---	---
Abgänge 58er	1	---	---	2	---	---	2	---	---

2.2 ZINSAUSGABEN

alle Angaben in Mio. Euro

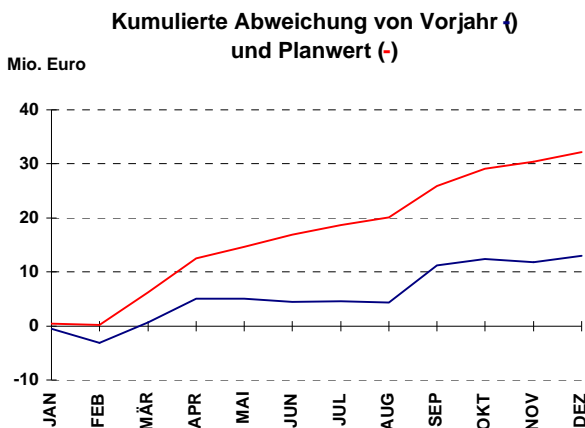


IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember	588,4
Abweichung vom VORJAHRES-WERT:	+ 22,5
in %	+ 4,0
Abweichung vom ANSCHLAG:	- 37,6
in %	- 6,0
Abweichung vom PLANWERT (HH-Soll):	- 37,5
in %	- 6,0
ANSCHLAG	625,9

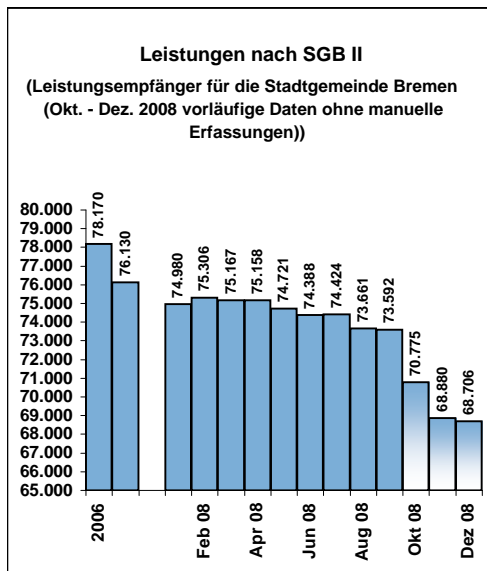
Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember				Anschlag
	2007	2008	Veränd. 2007/08		
	Mio. €		%		Mio. €
an öffentlichen Bereich	27,9	32,8	+4,9	+17,7	33,3
an Kreditmarkt	538,0	555,6	+17,6	+3,3	592,7
Zinsausgaben	565,9	588,4	+22,5	+4,0	625,9

2.3 SOZIALLEISTUNGS-AUSGABEN

Mio. Euro

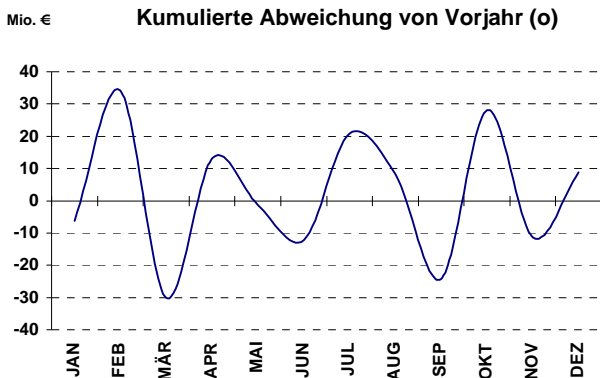


IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember	586,0
Abweichung vom VORJAHRES-WERT:	+ 12,9
in %	+ 2,3
Abweichung vom ANSCHLAG:	+ 32,2
in %	+ 5,8
Abweichung vom PLANWERT (HH-Soll):	+ 32,2
in %	+ 5,8
ANSCHLAG	553,8



Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember				Anschlag 2008	
	2007	2008	Veränd. 2007/08		insg.	ggü. Ist '07
	Mio. €		%		Mio. €	%
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	20,9	19,5	-1,4	-6,7	19,4	-7,1
Sozialhilfe	386,4	391,6	+5,1	+1,3	375,0	-3,0
- Hilfe zum Lebensunterhalt	2,6	2,6	-0,0	-0,4	2,8	+4,5
- H. z. Lebensunterh. n. SGB XII	51,2	54,6	+3,4	+6,7	51,7	+0,9
- Komm. Leistungen n. SGB II	168,1	176,5	+8,4	+5,0	162,2	-3,5
- Hilfe in besonderen Lebenslagen	164,5	157,8	-6,7	-4,1	158,3	-3,8
Landespflegegeldgesetz	2,0	2,0	-0,0	-0,6	1,9	-2,1
Erziehungshilfe	81,2	91,5	+10,3	+12,7	77,4	-4,6
Sonstige Aufwendungen	26,2	25,2	-1,0	-3,7	26,2	-0,2
- nach Unterhaltsvorschußgesetz	8,8	9,0	+0,2	+1,9	8,5	-3,4
- Sonderfahrdienst	0,3	0,0	-0,3	-100,0	0,0	-100,0
- Grundsicherungsgesetz (alt)	1,4	0,0	-1,4	-97,7	0,0	+0,0
Zuweisungen an Bremerhaven	56,4	56,2	-0,3	-0,5	53,8	-4,7
INSGESAMT	573,1	586,0	+12,9	+2,2	553,7	-3,4

2.4 SONSTIGE KONSUMTIVE AUSGABEN

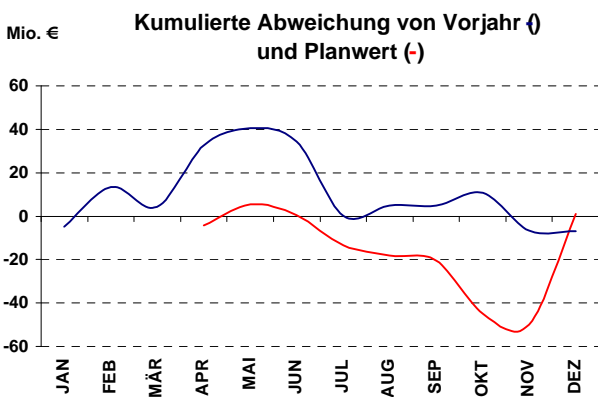


IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember	1192,2
Abweichung vom VORJAHRES-WERT:	7,7
Abweichung vom ANSCHLAG:	in % 0,7
Abweichung vom PLANWERT (HH-Soll):	in % -10,5
	in % 0,9

Anschlag **1.202,7**

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio. €			%
Sächl. Verwaltungsausgaben	210,7	222,8	+12,1	+5,7
Zuweisungen an Sondervermögen	68,6	66,0	-2,7	-3,9
Zuw. an öffentliche Einrichtungen	268,6	256,4	-12,2	-4,6
- Zusch. Universität/Hochsch.	133,1	194,0	+60,9	+45,8
- Umsetzung Hochschulgesamtplan	59,4	0,0	-59,4	.
- Zuschuss Kita Bremen	41,6	42,4	+0,8	+1,9
- Sonstige	34,5	20,0	-14,5	-42,1
Zuw./Zusch. an Bremerhaven	223,8	235,8	+12,1	+5,4
- Schlüsselzuweisungen / Vorabausgleich	100,0	79,7	-20,3	-20,3
- Erstattungen für Polizei / Schulen	110,2	116,1	+6,0	+5,4
- Sonstige	13,6	40,0	+26,4	+193,8
Zuw./Zusch. an Unternehmen	130,7	126,3	-4,4	-3,4
- Theater GmbH	18,1	19,2	+1,1	+5,8
- Wohnraumförderung (BAB)	11,1	10,8	-0,3	-2,7
- Verlustausgleich Holding	45,2	37,5	-7,7	-17,0
- Bremer Philharmoniker GmbH	3,6	3,8	+0,2	+5,0
- Sonstige	52,6	54,9	+2,4	+4,5
Renten, Unterstützungen	41,5	38,8	-2,7	-6,5
- Leistungen nach dem Wohngeld-Gesetz	6,7	5,9	-0,8	-12,3
- Sonstige	34,8	32,9	-1,9	-5,4
Zuw./Zusch. soziale Einricht.	59,6	58,8	-0,9	-1,4
Sonstige	181,0	187,4	+6,4	+3,6
Sonst. kons. Ausgaben insg.	1184,5	1192,2	+7,7	+0,7

2.5 INVESTITIONSAUSGABEN



Gegenstand der Nachweisung	(Grund-) Invest.
	Mio. €
Anschlag	453,7
+ Nachbewilligungen	47,1
+ Einnahmeverfügbarmittel	22,2
- Einsparungen	- 24,6
- Sperrungen	0,0
AKTUELLE LIQUIDITÄT	498,4
IST - AUSGABEN	454,7
Liquiditätsausschöpfungsgrad	91,2 %

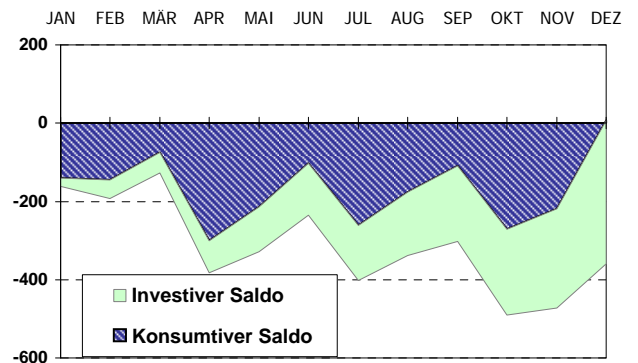
Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio. €			%
Baumaßnahmen	61,8	61,0	-0,8	-1,3
- Straßen	39,7	20,8	-18,9	-47,7
- Schulen	6,1	3,7	-2,5	-40,1
- Sonstige Hochbauten	0,1	0,2	+0,1	+63,7
- Hafen- und Wasserbauten	0,5	21,3	+20,8	+4.124,9
- Programm Innenstadt / Stadtteilzentren			+0,0	-
- Sonstige	15,3	15,1	-0,2	-1,5
Zuweisungen für Investitionen	362,9	359,6	-3,3	-0,9
- Hochschulen (inkl. Universität)	45,1	34,8	-10,3	-22,8
- regionale Fördermaßnahmen	80,9	61,6	-19,3	-23,8
- Häfen	47,4	33,1	-14,3	-30,2
- Grundvermögen / Immobilien	23,6	23,6	-0,0	-0,2
- Krankenhäuser	25,7	27,3	+1,6	+6,2
- öffentl. Personennahverkehr	22,3	19,6	-2,7	-12,3
- Verlustausgleich Holding	16,8	21,0	+4,3	+25,3
- Straßen / Infrastruktur	13,9	18,8	+4,9	+35,4
- Deichverbände / Hochwasserschutz	0,0	0,0	+0,0	-
- Einführung Pflegeversicherung	3,6	1,9	-1,7	-46,7
- Sport / Bäder	5,5	1,6	-3,9	-71,6
- sonstige	78,1	116,3	+38,1	+48,8
Sonstige Ausgaben für Invest.	16,3	22,4	+6,2	+37,9
- Erwerb von beweglichen Sachen	15,2	21,4	+6,1	+40,4
- Erwerb von unbeweglichen Sachen	0,5	0,5	-0,0	-4,7
- Sonstige	0,5	0,5	+0,0	+7,8
Invest. Zahlungen an Bremerhaven	20,7	11,7	-9,0	-43,3
Investitionsausgaben insgesamt	461,7	454,7	-6,9	-1,5

Abweichung vom ANSCHLAG:	+ 1,0
in %	+ 0,2
Abweichung vom PLANWERT (HH-Soll):	+ 0,4
in %	+ 0,1

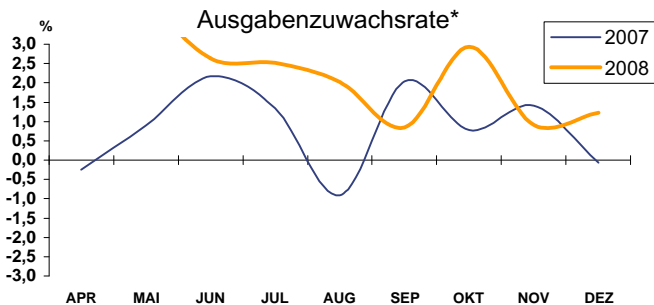
3.1 Finanzierungssaldo

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember				Anschlag Mio Euro
	2007	2008	Veränd. 07/08		
	Mio. Euro			%	
Investive Einnahmen	98,0	86,8	- 11,3	- 11,5	92,1
Investive Ausgaben	461,7	454,7	- 6,9	- 1,5	453,7
Investiver Saldo	- 363,6	- 368,0	- 4,3	- 1,2	- 361,7
Konsumtive Einnahmen	3.104,2	3.452,2	+348,1	+11,2	3.187,0
Konsumtive Ausgaben	3.387,3	3.444,1	+56,8	+1,7	3.469,1
Konsumtiver Saldo	- 283,1	+8,1	+291,3	+102,9	- 282,1
Finanzierungssaldo	- 646,8	- 359,8	+287,0	+44,4	- 643,8

Mio Euro

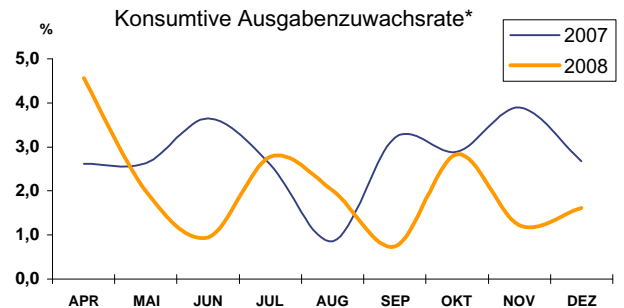


3.2 Quoten / Zuwachsraten



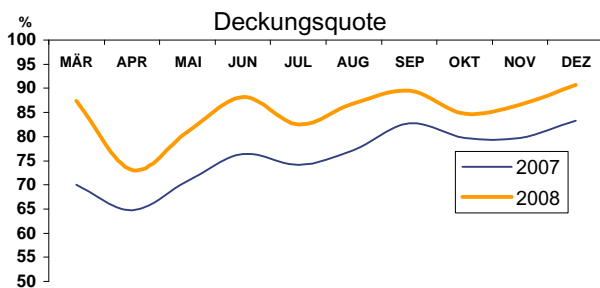
Ausgabenwuchsrate Jan.- Dez. *:

Quote 2008:	1,3
Quote 2007:	0,0



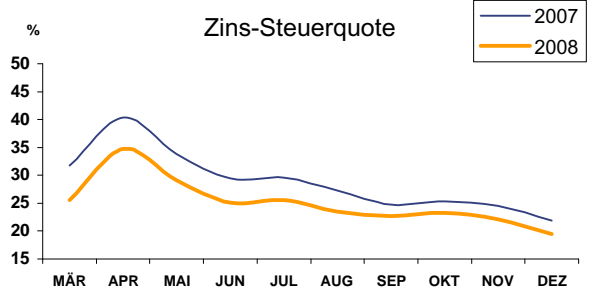
Konsumtive Ausgabenwuchsrate Jan.- Dez. *:

Quote 2008:	1,7
Quote 2007:	2,6



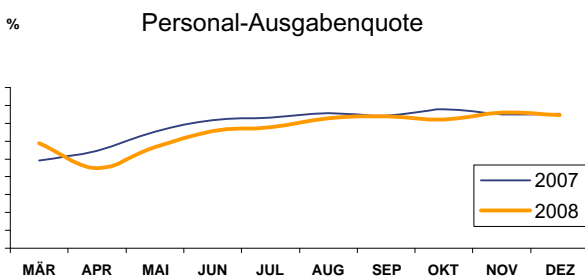
Deckungsquote Jan.- Dez.:

Quote 2008:	90,8	Anschlag:	83,6
Quote 2007:	83,2		



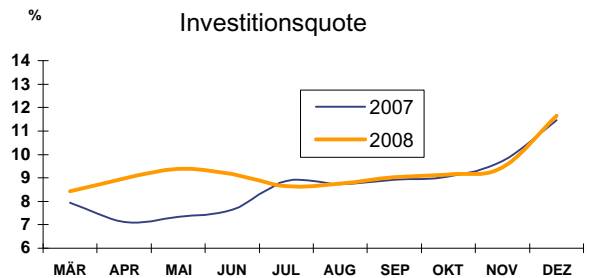
Zins-Steuerquote Jan.- Dez.:

Quote 2008:	19,4	Anschlag:	22,8
Quote 2007:	21,4		



Personal-Ausgabenquote Jan.- Dez.:

Quote 2008:	27,5	Anschlag:	27,6
Quote 2007:	27,4		



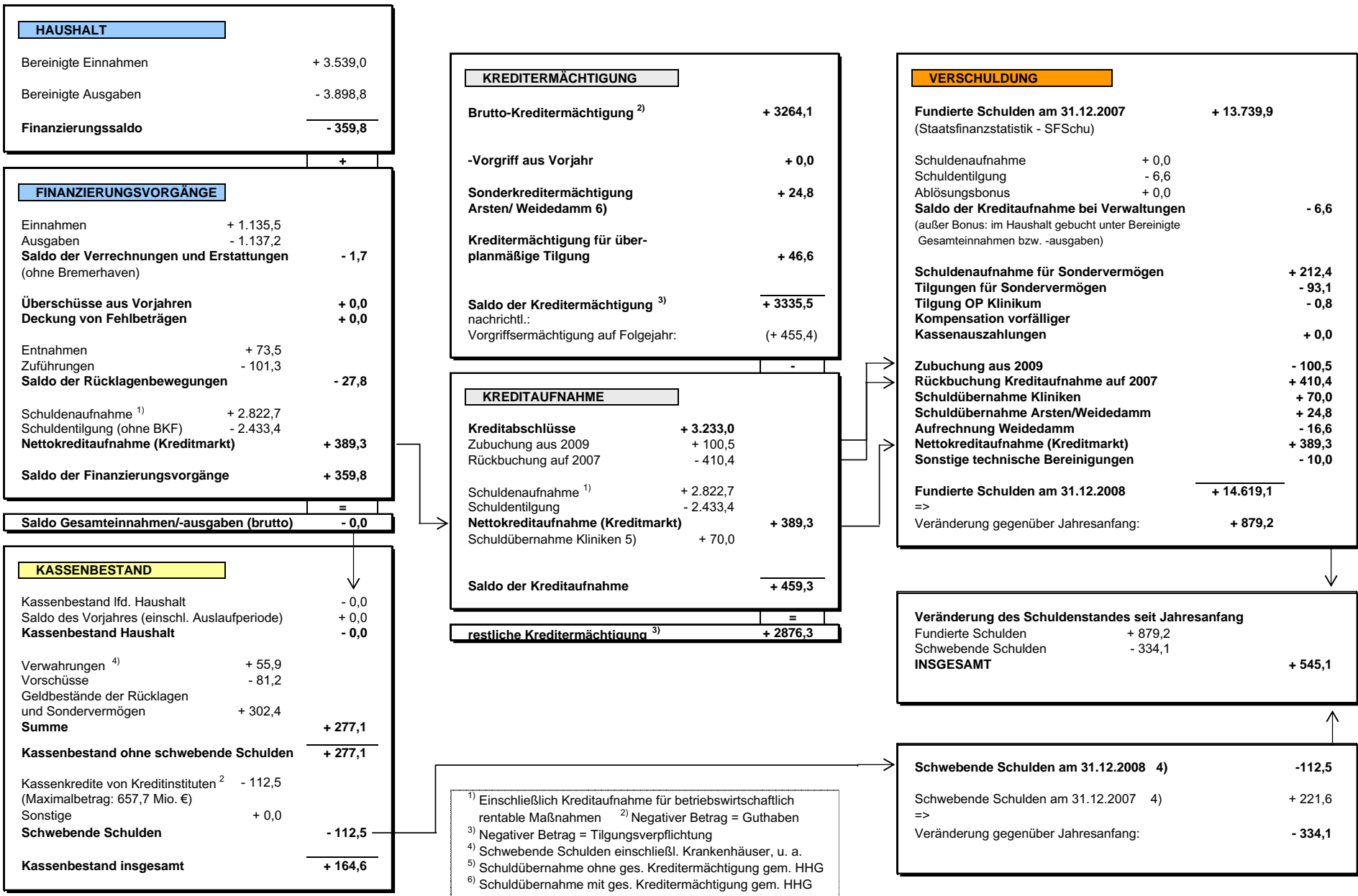
Investitionsquote Jan.- Dez.:

Quote 2008:	11,7	Anschlag:	11,6
Quote 2007:	12,0		

*) bis April: bereinigt um den unterschiedlichen Termin der Kassenwirksamkeit beim Verlustausgleich Holding

Senatorin für Finanzen, Referat 20

Übers.: HAUSHALT, KASSE und VERSCHULDUNG im Zeitraum Januar - Dezember 2008 (Land und Stadtgemeinde BREMEN) *)

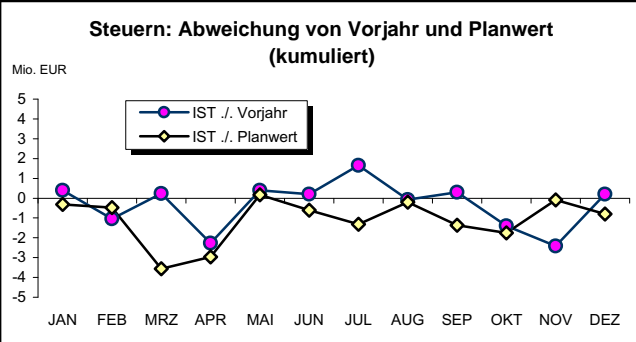
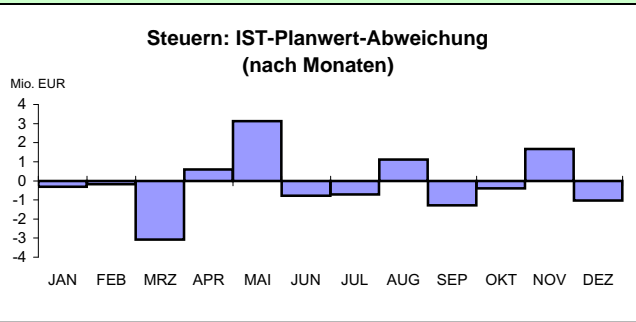


*) incl. Bremer Kapitaldienstfonds (BKF)

HAUSHALTSABLAUF DER STADT BREMERHAVEN 2008	01 - 14	Stadtkämmerei	VIII
DER GESAMTHAUSHALT ZUM ENDE DES HAUSHALTSJAHRES 20	2008	20/1-Finanzcontrolling	

KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF								
Kennzahl	IST Januar - Dezember		Veränderung		Rechner. Planwert	IST - Planwert-		Anschlag 2008
	2007	2008	2007/2008			Abweichung		
	Mio. EUR			%		Mio. EUR		
1. Steuern	88,9	89,1	0,2	0,2	89,8	-0,8	-0,8	85,8
2. Finanzaufweisungen des Landes	210,2	224,3	14,1	6,7	220,3	4,0	1,8	217,3
3. Sonstige konsumtive Einnahmen	113,9	112,1	-1,8	-1,6	104,5	7,6	7,3	104,5
4. Investive Einnahmen	23,8	13,3	-10,5	-56,3	13,6	-0,3	-2,1	13,6
4a. Erlöse aus Veräußerung v. Vermögen	2,9	0,0	-2,9	-99,4	0,0	0,0	238,6	0,0
I. BEREINIGTE GESAMTEINNAHMEN	439,6	438,8	-0,9	-0,2	428,2	10,6	2,5	421,2
5. Personalausgaben	212,0	215,6	3,6	1,7	215,3	0,3	0,2	215,3
davon								
5.1 Übrige Verwaltung	93,6	95,2	1,6	1,8	98,1	-2,9	-2,9	98,1
5.2 Polizei und Schulen	118,4	120,4	2,0	1,7	117,2	3,2	2,7	117,2
5.3 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0,0	0,0	-0,0	-90,9	0,0	0,0	#DIV/0!	0,0
6. Zinsausgaben	29,5	32,6	3,1	10,7	35,4	-2,8	-7,8	35,4
6a. Zinsen (Schuldendiensthilfen-Dritte)	6,4	13,6	7,2	112,0	14,7	-1,2	-7,8	14,7
7. Sozialleistungsausgaben	130,0	131,2	1,2	1,0	129,0	2,2	1,7	129,0
davon								
7.1 Sozialhilfe Örtlicher Träger	14,6	13,1	-1,6	-10,7	13,9	-0,8	-5,8	13,9
7.2 Grundsicherung Örtlicher Träger	9,5	9,8	0,3	2,9	9,7	0,1	1,3	9,7
7.3 Überörtl. SH-Träger; Unterhaltsv.	43,9	45,4	1,5	3,5	42,1	3,3	7,8	42,1
7.4 Grundsicherung Überörtl. Träger	0,0	0,0	0,0	#DIV/0!	0,0	0,0	#DIV/0!	0,0
7.5 Jugendhilfe	16,2	19,8	3,6	21,9	16,4	3,3	20,2	16,4
7.6 Kosten der Unterkunft	44,4	42,0	-2,4	-5,4	45,0	-3,1	-6,8	45,0
7.7 Übrige	1,4	1,2	-0,1	-10,2	1,9	-0,7	-35,8	1,9
8. Sonstige Ausgaben der lfd. Rechnung	49,2	48,9	-0,2	-0,5	47,6	1,3	2,8	47,6
9. Ausgaben der Kapitalrechnung	83,4	71,0	-12,4	-14,9	73,2	-2,3	-3,1	73,2
davon								
9.1 aus städt. Mitteln (ohne "WAP")	82,5	70,1	-12,5	-15,1	70,5	-0,4	-0,6	70,5
9.2 aus "WAP"-Mitteln	0,9	0,9	0,0	3,8	2,8	-1,9	-66,7	2,8
II. BEREINIGTE GESAMTAUSGABEN	510,5	512,9	2,4	0,5	515,3	-2,4	-0,5	515,3
III. FINANZIERUNGSSALDO (I-II)	-70,8	-74,1	-3,3	4,7	-87,1	13,0	-14,9	-94,1
III.1 Konsumtiver Finanzierungssaldo	-14,1	-16,5	-2,4	16,7	-27,5	11,0	-40,0	-34,5
III.2 Investiver Finanzierungssaldo	-56,7	-57,7	-1,0	1,7	-59,7	2,0	-3,3	-59,7
III.3 Primärsaldo	-37,9	-28,0	9,9	-26,1	-37,0	9,0	-24,4	-44,0
III.4 Konsumtiver Primärsaldo	21,8	29,7	8,0	262,8	22,7	7,1	-252,4	15,7
III.5 Primärausgaben	474,6	466,7	-7,9	-1,7	465,2	1,6	0,3	465,2
IV. NETTOKREDITAUFNAHME	89,7	83,4	-6,3	-7,0				92,6
davon								
Kreditaufnahme	107,9	104,5	-3,4	-3,2				114,8
Kredittilgung	18,2	21,1	2,9	15,7				22,2
V. Sonstige Finanzierungsvorgänge	-18,9	-9,3						1,5
VI. QUOTEN								
Deckungsquote (I/II)	86,1 %	85,5 %						81,7 %
Personalausgabenquote (5/II)	41,5 %	42,0 %						41,8 %
Pers.-Ausg.-Quote Übr. Verw. (5.1/II)	18,3 %	18,6 %						19,0 %
Zinslastquote (6/II)	5,8 %	6,4 %						6,9 %
Investitionsquote (9/II)	16,3 %	13,8 %						14,2 %

1.1 STEUEREINNAHMEN



IST im Berichtszeitraum Januar bis Dezember =	89,1
Abweichung vom Planwert (Basis: Schätzung Nov '08)	-0,8
nach Steuerarten:	
Gewerbesteuer	-1,8
Lohnsteuer	+0,6
Grundsteuer B	+0,2
Sonstige	+0,3

Abweichung vom VORJAHRESWERT	+0,2
nach Steuerarten:	
Gewerbesteuer	+1,6
Lohnsteuer	+1,4
Einkommenssteuer	+1,2
Sonstige	-4,1

Ab dem Haushaltsjahr 2008 entfallen die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer im Rahmen der Neuregelung kom. Finanzausgleich.

ZIELWERTE für Jahresergebnis:	
ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan	85,8
Steuerschätzung Mai 2008	87,3
Steuerschätzung November 2008	89,8
aktuelle EINSCHÄTZUNG	89,1
=> Abweichung zum Anschlag	+ 3,3



1.2 STEUERABHÄNGIGE ZUWEISUNGEN

Kennzahl	IST	Planwert	Vorjahr	IST ./. Vorjahr
	Mio. EUR			
Schlüsselzuweisungen	79,7	76,1	55,0	+ 24,7
Ergänzungszuweisungen ¹⁾	29,1	29,1	45,0	- 15,9
Summe	108,8	105,2	100,0	+ 8,8

ZIELWERTE für Jahresergebnis:	
ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan	102,3
Steuerschätzung Mai 2008	102,3
Steuerschätzung November 2008	105,2
aktuelle EINSCHÄTZUNG	108,8
=> Abweichung zum Anschlag	+ 6,5



1) Bis Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs noch Ausgleichszuweisungen geleistet.

1.3 SONSTIGE EINNAHMEN

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. EUR			%
Sonstige Finanzzuweisungen	110,2	115,5	5,3	4,9
Einnahmen der lfd. Rechnung	113,9	112,1	-1,8	-1,6
davon				
- Kons. Zuweisungen Bremens	70,6	67,7	-2,9	-4,1
- Lfd. Zuweisungen/Zuschüsse	12,7	12,7	0,1	0,6
- Aus wirtschaftl. Tätigkeit	12,3	13,0	0,7	5,7
- Gebühren und Beiträge	15,4	15,8	0,4	2,8
- Darlehensrückflüsse	0,4	0,3	0,0	-4,8
- Sonstige	2,6	2,5	-0,1	-5,3
Einn. der Kapitalrechnung	26,7	13,3	-13,4	-50,2
davon				
- Inv. Zuweisungen Bremens	20,4	11,1	-9,3	-45,5
- Veräußerung Sachvermögen	0,0	0,0	0,0	0,0
- Sonstige	6,3	2,2	-4,1	-65,2
Summe	250,8	240,9	-9,9	-46,9

Berichtszeitraum Januar bis Dezember:

	IST		Veränderung 07/08	
	Mio. EUR			%
Sonstige Finanzzuweisungen	115,5	+ 5,3	+ 4,9	
- Personalkostenzuw. Polizei	31,6	+ 1,6	+ 5,4	
- Personalkostenzuw. Schulen	83,9	+ 3,7	+ 4,6	
- Bes. Zuweisung § 3 (1) FZG	0,0	+ 0,0	+ 0,0	
Kons. Zuweisungen Bremens	67,7	- 2,9	- 4,1	
- für Überörtl. Sozialhilfeträger	42,7	+ 1,6	+ 3,8	
- für AB-Maßnahmen	0,0	0,0	- 90,9	
- f. Feuerschutz Überseeahafeng.	0,4	- 0,4	+ 0,0	
- für Unterhaltsvorschußleistg.	2,7	- 0,0	- 1,1	
Veräußerung Sachvermögen	0,0	+ 0,0	+ 0,0	
- Bau-/Wohngrundstücke	0,0	+ 0,0	+ 0,0	
- Gewerbegrundstücke	0,0	+ 0,0	+ 0,0	

IST im Berichtszeitraum Januar bis Dezember =	240,9
Abweichung vom VORJAHRESWERT:	- 9,9

ZIELWERTE für Jahresergebnis:	
ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan	233,2
aktuelles SOLL	233,4
aktuelle EINSCHÄTZUNG	240,9
=> Abweichung zum Anschlag	7,7



2.1 PERSONALAUSGABEN

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. EUR		%	
Übrige Verwaltung	93,6	95,2	1,6	1,8
davon				
- Dienstbezüge	81,7	83,0	1,3	1,6
- Versorgungsbezüge	9,6	9,9	0,3	3,2
- Beihilfen, Unterstützungen	1,9	1,9	0,0	1,7
- Sonstige	0,5	0,4	0,0	-7,6
Polizei	31,8	31,9	0,0	0,1
Schulen	86,6	88,5	1,9	2,2
- Lehrkräfte	86,6	88,5	1,9	2,2
Arbeitsbesch.-Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	-90,9
Summe	212,0	215,6	3,6	1,7

	IST	Veränderung 07/08	
	Mio. EUR		%
Dienstbezüge*	83,0	+ 1,3	+ 1,6
- Beamte	14,8	+ 0,2	+ 1,2
- Angestellte/TVÖD	65,9	+ 1,2	+ 1,9
- Arbeiter	0,0	+ 0,0	+ 0,0
- Übrige	2,4	- 0,0	- 2,1

Mio. EUR

IST im Berichtszeitraum Januar bis Dezember = **215,6**

Abweichung vom VORJAHRESWERT: **+ 3,6**

ZIELWERTE für Jahresergebnis:

ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan **215,3**

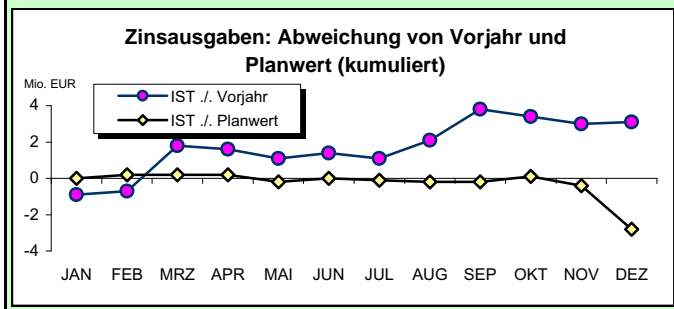
aktuelles SOLL 215,6

aktuelle EINSCHÄTZUNG **215,6**

=> Abweichung zum Anschlag **+0,3**



2.2 ZINSAUSGABEN (o. Schuldendienstzinsen an Dritte)



Mio. EUR

IST im Berichtszeitraum Januar bis Dezember = **32,6**

Abweichung vom VORJAHRESWERT: **+ 3,1**

ZIELWERTE für Jahresergebnis:

ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan **35,4**

aktuelles SOLL 35,4

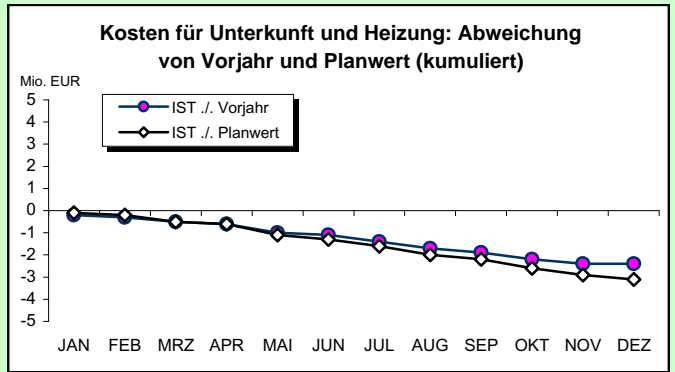
aktuelle EINSCHÄTZUNG **32,6**

=> Abweichung zum Anschlag **-2,8**



2.3 SOZIALLEISTUNGS-AUSGABEN

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. EUR		%	
Sozialhilfe Örtlicher Träger	14,6	13,1	-1,6	-10,7
davon				
- Allgemeine Sozialhilfe	10,5	10,3	-0,2	-1,8
für Hilfe zum Lebensunterh.	1,2	1,6	0,4	36,7
für Hilfen in bes. Lebensl.	8,4	8,7	0,3	3,9
für Hilfe zur Arbeit	0,0	0,0	0,0	#DIV/0!
- Leistungen für Asylbewerber	4,1	2,7	-1,4	-33,9
- Übrige	0,0	0,0	0,0	296,8
Grundsicherung Örtl. Träger	9,5	9,8	0,3	2,9
Sozialhilfe Überörtl. Träger	41,1	42,7	1,6	3,8
Grundsicherung Überörtl. Tr.	0,0	0,0	0,0	#DIV/0!
Jugendhilfe	16,2	19,8	3,6	21,9
Unterhaltsvorschuß	2,7	2,7	0,0	-1,1
Kosten der Unterkunft	44,4	42,0	-2,4	-5,4
Sonstige	1,4	1,2	-0,1	0,0
Summe	130,0	131,2	1,2	1,0



Mio. EUR

IST im Berichtszeitraum Januar bis Dezember = **131,2**

Abweichung vom VORJAHRESWERT: **+ 1,2**

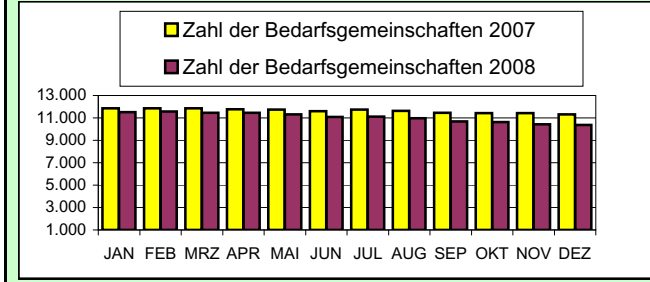
ZIELWERTE für Jahresergebnis:

ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan **129,0**

aktuelles SOLL 129,0

aktuelle EINSCHÄTZUNG **131,2**

=> Abweichung zum Anschlag **+2,2**



2.4 SONSTIGE KONSUMTIVE AUSGABEN

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. EUR			%
Sächl. Verwaltungsausgaben	29,6	28,8	-0,7	-2,4
Übriger lfd. Sachaufwand	1,9	1,7	-0,2	-8,4
Zuweisungen, Zuschüsse	10,9	12,7	1,8	16,7
Lfd. Zuweisungen an Bremen	2,6	2,9	0,3	11,0
Schuldendiensthilfen (o. Zinsen)	0,4	0,2	-0,2	0,0
Übrige konsumtive Ausgaben	3,8	2,6	-1,3	-32,9
Summe	49,2	48,9	-0,2	-0,5

IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember = 48,9 Mio. EUR

Abweichung vom VORJAHRESWERT: - 0,2

ZIELWERTE für Jahresergebnis:

ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan 47,6

aktuelles SOLL 47,3

aktuelle EINSCHÄTZUNG 48,9

=> Abweichung zum Anschlag + 1,3



2.5 INVESTITIONSAUSGABEN

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember			
	2007	2008	Veränd. 07/08	
	Mio. EUR			%
Bauinvestitionen	14,5	9,3	-5,3	-36,2
"WAP"-Investitionen	0,9	0,9	0,0	3,8
Sachinvest., Beschaffungen	3,4	1,7	-1,6	-48,7
Zuweis./Zuschüsse für Invest.	21,9	11,6	-10,3	-47,1
Lfd. Zuweisungen an Bremen	4,8	4,6	-0,2	0,0
Übrige investive Ausgaben	38,0	42,9	4,9	0,0
Summe	83,4	71,0	-12,4	-14,9

Gegenstand der Nachweisung	Bau-	"WAP"-	Übrige	INVEST.-
	invest.	Invest.	Invest.	SUMME
Mio. EUR				
ANSCHLAG	8,7	2,8	61,8	73,2
+ Drittmittel aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0
+ Nachbewilligungen	0,4	0,0	0,1	0,5
- Einsparungen	0,1	0,0	0,1	0,2
Aktuelle Liquidität	9,0	2,8	61,8	73,5
IST-Ausgaben (kumul.)	9,3	0,9	60,8	71,0
=> Grad der Liquiditäts-				
ausschöpfung (in %)	103,6	33,3	98,4	96,5

IST im Berichtszeitraum
Januar bis Dezember =

71,0

Abweichung vom VORJAHRESWERT:

- 12,4

ZIELWERTE für Jahresergebnis:

ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan 73,2 Mio. EUR

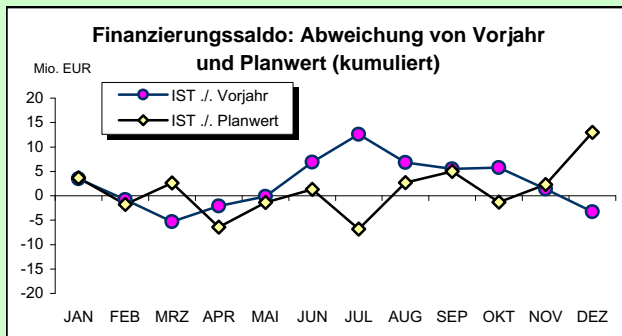
aktuelles SOLL 73,5

aktuelle EINSCHÄTZUNG 71,0

=> Abweichung zum Anschlag - 2,2



3.1. FINANZIERUNGSSALDO



Mio. EUR

IST im Berichtszeitraum Januar - Dezember = **-74,1**

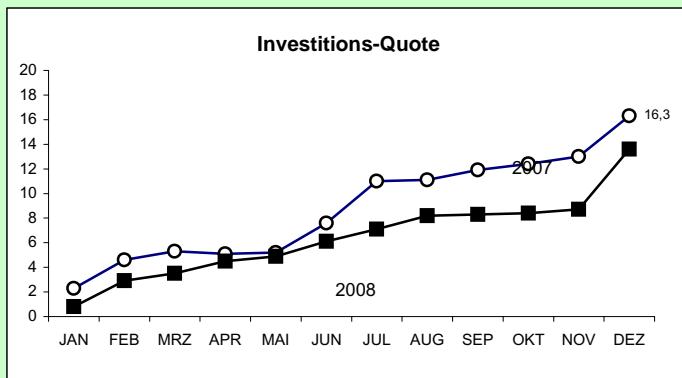
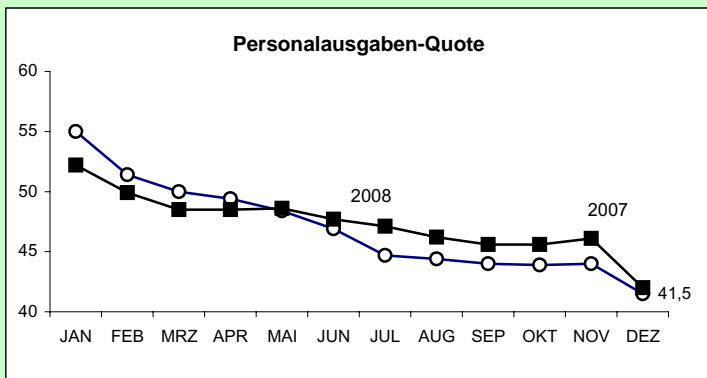
Abweichung vom VORJAHRESWERT: **-3,3**

Gegenstand der Nachweisung	IST Januar - Dezember				Anschlag 2008 Mio. EUR
	2007	2008	Veränd. 07/08		
		Mio. EUR		%	
Berein. Gesamteinnahmen	439,6	438,8	-0,9	-0,2	421,2
Berein. Gesamtausgaben	510,5	512,9	2,4	0,5	515,3
Finanzierungssaldo	-70,8	-74,1	-3,3	4,7	-94,1

aktuelle Einschätzung	Verschlechterung/Verbesserung zum Anschlag
Mio. EUR	
438,8	17,6
512,9	2,4
-74,1	20,0



3.2. QUOTEN



Personalausgaben-Quote Januar - Dezember 2008 = **42,0**
2007 = **41,5**

Investitions-Quote Januar - Dezember 2008 = **13,6**
2007 = **16,3**

Hochrechnung zum Jahresergebnis:
ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan **41,8%**
aktuelle EINSCHÄTZUNG **42,0%**

Hochrechnung zum Jahresergebnis:
ANSCHLAG gemäß Haushaltsplan **14,2%**
aktuelle EINSCHÄTZUNG **13,6%**

GESAMTHAUSHALT Stadtgemeinden Bremen / Bremerhaven

Jahresergebnisse in Mio. €

Kennzahl	Stadt Bremen					Stadt Bremerhaven				
	2005	2006	2007	2008	Veränd. 08/07	2005	2006	2007	2008	Veränd. 08/07
	Mio. Euro									
1. Steuern	533,0	631,6	624,3	711,3	+ 87,0	72,4	78,4	88,9	89,1	+ 0,2
1.1 Lohnsteuer 1)	109,5	113,9	121,6	136,0	+ 14,4	19,0	18,1	19,3	20,8	+ 1,5
1.2 Veranlagte Einkommensteuer	17,1	30,0	34,0	41,8	+ 7,8	3,0	4,8	5,4	6,6	+ 1,2
1.3 Zinsabschlag 2)	6,9	7,4	10,0	12,6	+ 2,6	1,2	1,2	1,6	2,0	+ 0,4
1.4 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	27,1	28,4	31,7	32,7	+ 1,0	3,3	3,5	3,9	4,0	+ 0,1
1.5 Grundsteuer B	122,6	125,5	125,6	129,1	+ 3,6	21,8	22,5	22,0	22,5	+ 0,5
1.6 Gewerbesteuer (netto)	226,0	290,1	269,2	354,1	+ 85,0	20,9	23,7	30,5	32,1	+ 1,6
1.7 Vergnügungssteuer	2,7	2,7	2,9	3,2	+ 0,3	0,7	0,7	0,8	0,8	+ 0,0
1.8 Hundeabgabe	1,4	1,2	1,2	1,3	+ 0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	+ 0,0
1.9 Grunderwerbsteuer	18,7	31,9	27,7	0,0	- 27,7	2,1	3,6	5,1	0,0	- 5,1
2. Einnahmen vom Land	814,8	858,0	855,2	914,0	+ 58,8	290,8	301,2	301,1	303,1	+ 2,0
- konsumtiv	758,7	802,5	796,7	867,8	+ 71,2	266,7	274,4	280,7	292,0	+ 11,3
- investiv	56,1	55,5	58,5	46,1	- 12,4	24,1	26,9	20,4	11,1	- 9,3
2.1 Schlüsselzuweisungen	221,2	239,7	259,8	280,2	+ 20,5	47,5	51,1	55,0	79,7	+ 24,7
2.2 Ausgleichszuweisungen	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,0	38,6	45,8	45,0	0,0	- 45,0
3. Sonstige Einnahmen	259,3	204,8	204,8	167,5	- 37,3	50,7	47,4	49,6	46,6	- 3,1
I. BER. GESAMTEINNAHMEN	1.607,0	1.694,4	1.684,3	1.792,7	+ 108,5	413,9	427,0	439,6	438,8	- 0,9
5. Personalausgaben	547,1	538,1	539,0	551,7	+ 12,7	212,6	208,8	212,0	215,6	+ 3,6
6. Zinsausgaben	175,2	194,4	208,8	224,6	+ 15,8	22,5	32,2	35,9	46,2	+ 10,3
7. Sozialleistungsausgaben	489,3	490,6	503,0	513,9	+ 10,9	128,7	129,7	130,0	130,0	+ 0,0
8. Sonstige konsumtive Ausgaben	575,6	514,9	501,5	506,6	+ 5,1	47,2	55,1	54,0	54,8	+ 0,8
9. Investitionsausgaben	237,7	185,8	171,2	153,1	- 18,1	98,5	78,2	78,6	66,4	- 12,2
II. BER. GESAMTAUSGABEN	2.024,9	1.923,7	1.923,4	1.949,9	+ 26,5	509,5	504,0	510,5	512,9	+ 2,4
III. FINANZIERUNGSSALDO	-417,8	-229,3	-239,1	-157,1	+ 82,0	-95,6	-77,0	-70,8	-74,1	- 3,3



GESAMTHAUSHALT Stadtgemeinden Bremen / Bremerhaven

Jahresergebnisse in € je Einwohner 1)

Kennzahl	2005			2006			2007			2008		
	Stadt Bremen	Stadt Brhv	Differenz Brhv - Bremen	Stadt Bremen	Stadt Brhv	Differenz Brhv - Bremen	Stadt Bremen	Stadt Brhv	Differenz Brhv - Bremen	Stadt Bremen	Stadt Brhv	Differenz Brhv - Bremen
Euro je Einwohner												
1. Steuern	976	670	-305	1.153	673	-480	1.140	768	-372	1.300	776	-524
1.1 Lohnsteuer 2)	201	155	-46	208	155	-53	222	167	-55	249	181	-68
1.2 Veranlagte Einkommensteuer	31	41	9	55	41	-14	62	47	-15	76	58	-19
1.3 Zinsabschlag 3)	13	10	-3	13	10	-3	18	14	-5	23	17	-6
1.4 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	50	30	-20	52	30	-22	58	34	-24	60	35	-25
1.5 Grundsteuer B	225	192	-32	229	193	-36	229	190	-39	236	196	-40
1.6 Gewerbesteuer (netto)	414	203	-211	529	204	-326	491	263	-228	647	279	-368
1.7 Vergnügungssteuer	5	6	1	5	6	1	5	7	1	6	7	1
1.7 Hundeabgabe	2	3	0	2	3	0	2	3	0	2	3	0
1.8 Grunderwerbsteuer	34	31	-3	58	31	-27	51	44	-6	0	0	0
2. Einnahmen vom Land	1.492	2.576	1.084	1.566	2.587	1.021	1.562	2.603	1.041	1.671	2.641	971
- konsumtiv	1.389	2.346	957	1.465	2.357	892	1.455	2.426	972	1.586	2.545	958
- investiv	103	230	127	101	231	129	107	176	69	84	97	12
2.1 Schlüsselzuweisungen	405	437	32	438	439	2	474	475	1	512	694	182
2.2 Ausgleichszuweisungen	0	392	392	0	393	393	0	388	388	0	0	0
3. Sonstige Einnahmen	475	405	-69	374	407	33	374	429	55	306	406	100
I. BER. GESAMTEINNAHMEN	2.942	3.651	709	3.093	3.668	575	3.076	3.800	724	3.277	3.823	546
5. Personalausgaben	1.002	1.785	784	982	1.794	811	984	1.832	848	1.009	1.879	870
6. Zinsausgaben	321	276	-45	355	277	-78	381	310	-71	411	403	-8
7. Sozialleistungsausgaben	896	1.109	213	895	1.114	218	919	1.123	205	939	1.133	193
8. Sonstige konsumtive Ausgaben	1.054	471	-583	940	473	-466	916	466	-449	926	477	-449
9. Investitionsausgaben	435	669	234	339	672	333	313	679	367	280	578	299
II. BER. GESAMTAUSGABEN	3.707	4.310	603	3.511	4.329	818	3.512	4.412	900	3.564	4.470	905
III. FINANZIERUNGSSALDO	-765	-659	106	-419	-662	-243	-437	-612	-175	-287	-646	-359
nachrichtlich (in %) : Deckungsquote (I / II)	79,4	84,7	----	88,1	84,7	----	87,6	86,1	----	74,3	85,5	----
Zinslastquote (6 / II)	8,7	6,4	----	10,1	6,4	----	10,9	7,0	----	9,3	9,0	----
Investitionsquote (9 / II)	11,7	15,5	----	9,7	15,5	----	8,9	15,4	----	6,3	12,9	----

1) Einwohner: 2004-2007: Jahresmittelwert; 2008: 30.06. 2) Nach Zerlegung (n. Z.) und Abzug Familienleistungsausgleich (FLA) 3) Nach Zerlegung

3.1 BÜRGSCHAFTEN LAND BREMEN

Gegenstand der Nachweisung	a) Neu erteilte Bürgschaften				b) Erteilte Bürgschaften insgesamt			
	Januar - Dezember				zum 31. Dezember (einschl. Tilgung)			
	2007	2008	Veränd. 2007/08		2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%	Mio Euro			%
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-
Wirtschaftsbürgschaften	0,9	0,0	-0,9	-100,0	11,9	6,9	-5,0	-42,2
Landes- u. stadteigene Gesellsch	127,3	23,2	-104,1	-81,8	838,0	818,0	-20,0	-2,4
Vereine/Sonstiges	0,0	1,6	1,6	-	51,9	52,5	0,6	1,2
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,2	0,3	0,1	.	1,2	1,4	0,3	22,0
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	74,4	65,5	-8,9	-12,0
Bürgschaften insgesamt	128,4	25,1	-103,3	-80,5	977,4	944,3	-33,1	-3,4
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges	0,0	0,0	.	.

Gegenstand der Nachweisung	c) Inanspruchn. aus Bürgschaften			
	abzügl. Rückflüsse zum 31. Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	.
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-250,0
Landes- u. stadteigene Gesellsch	0,5	0,0	-0,5	.
Vereine/Sonstiges	0,0	0,0	0,0	-
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,0	0,0	0,0	-
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	.
Bürgschaften insgesamt	0,5	0,0	-0,4	.
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges.

	2007	2008
Neu geschaffene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Erhaltene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Neue Wohnungen (lt. Antrag)	0	0

	2009 ff
VE-unterlegte Bürgschaften	.

	2007	2008
Quote der Inanspruchnahme	0,0 %	0,0 %
Inanspruchgenommene Bürgschaften / Erteilte Bürgschaften insgesamt		

	1999 - 2008
Durchschnittl. Ausfallquote	.
Durchschnitt der Ausfälle der letzt. 10 J. / Ert. Bürgschaften insges.jew. zum 31.12	

3.2 BÜRGSCHAFTEN STADT BREMEN

Gegenstand der Nachweisung	a) Neu erteilte Bürgschaften				b) Erteilte Bürgschaften insgesamt			
	Januar - Dezember				zum 31. Dezember (einschl. Tilgung)			
	2007	2008	Veränd. 2007/08		2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%	Mio Euro			%
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,1	0,1	-	2,1	2,0	-0,1	-4,3
Landes- u. stadteigene Gesellsch	89,2	85,8	-3,4	-3,8	259,6	270,2	10,6	4,1
Vereine/Sonstiges	1,0	0,7	-0,3	-30,1	18,9	17,2	-1,7	-8,9
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	150,9	30,7	-120,2	-79,7	167,6	39,5	-128,1	-76,4
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,1	0,1	0,0	-16,7
Bürgschaften insgesamt	241,1	117,3	-123,8	-51,4	448,2	328,9	-119,3	-26,6
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges	0,0	0,0	0,0	-

Gegenstand der Nachweisung	c) Inanspruchn. aus Bürgschaften			
	abzügl. Rückflüsse zum 31. Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro			%
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Landes- u. stadteigene Gesellsch	0,0	0,0	0,0	-
Vereine/Sonstiges	-0,2	0,8	1,0	-515,8
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,0	0,0	0,0	-
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Bürgschaften insgesamt	-0,2	0,8	1,0	-513,2
darunter Bürgschaften für Kapital dienstfinanzierung eigener Ges.

	2007	2008
Neu geschaffene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Erhaltene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Neue Wohnungen (lt. Antrag)	.	.

	2009 ff
VE-unterlegte Bürgschaften	0,0

	2007	2008
Quote der Inanspruchnahme	0,0 %	0,2 %
Inanspruchgenommene Bürgschaften / Erteilte Bürgschaften insgesamt		

	1999 - 2008
Durchschnittl. Ausfallquote	0,1 %
Durchschnitt der Ausfälle der letzt. 10 J. / Ert. Bürgschaften insges.jew. zum 31.12	

3.3 BÜRGSCHAFTEN STADT BREMERHAVEN

Gegenstand der Nachweisung	a) Neu erteilte Bürgschaften				b) Erteilte Bürgschaften insgesamt			
	Januar - Dezember				zum 31. Dezember (einschl. Tilgung)			
	2007	2008	Veränd. 2007/08		2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro		%		Mio Euro		%	
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-
Landes- u. stadt-eigene Gesellsch. Vereine/Sonstiges	22,6	53,8	31,2	138,1	313,6	346,0	32,4	10,3
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,1	0,4	0,3	300,0	7,8	7,3	-0,5	-6,4
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	-
Bürgschaften insgesamt	22,7	54,2	31,5	138,8	321,4	353,4	32,0	10,0
darunter Bürgschaften für Kapitaldienstfinanzierung eigener Ges.	17,5	49,8	32,3	184,6	91,0	128,7	37,7	41,4

Gegenstand der Nachweisung	c) Inanspruchn. aus Bürgschaften abzügl. Rückflüsse zum 31. Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro		%	
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Landes- u. stadt-eigene Gesellsch. Vereine/Sonstiges	0,0	0,0	0,0	-
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	0,0	0,0	0,0	-
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Bürgschaften insgesamt	0,0	0,0	0,0	-
darunter Bürgschaften für Kapitaldienstfinanzierung eigener Ges.	0,0	0,0	0,0	-

	2007	2008
Neu geschaffene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Erhaltene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Neue Wohnungen (lt. Antrag)	.	.

	2009 ff
VE-unterlegte Bürgschaften	.

	2007	2008
Quote der Inanspruchnahme	.	.
Inanspruchgenommene Bürgschaften / Erteilte Bürgschaften insgesamt	.	.

	1999 - 2008
Durchschnittl. Ausfallquote	.
Durchschnitt der Ausfälle der letzt. 10 J. / Ert. Bürgschaften insges.jew. zum 31.12.	.

3.4 BÜRGSCHAFTEN STADTSTAAT BREMEN

Gegenstand der Nachweisung	a) Neu erteilte Bürgschaften				b) Erteilte Bürgschaften insgesamt			
	Januar - Dezember				zum 31. Dezember (einschl. Tilgung)			
	2007	2008	Veränd. 2007/08		2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro		%		Mio Euro		%	
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	#DIV/0!
Wirtschaftsbürgschaften	0,9	0,1	-0,8	-90,1	14,0	8,9	-5,1	-36,6
Landes- u. stadt-eigene Gesellsch. Vereine/Sonstiges	239,0	162,8	-76,2	-31,9	1411,1	1434,1	23,0	1,6
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	1,1	2,7	1,6	138,9	78,6	77,1	-1,6	-2,0
Wohnungsbau-Bürgschaften	151,1	31,0	-120,1	-79,5	168,8	40,9	-127,8	-75,7
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	#DIV/0!	74,5	65,6	-8,9	-12,0
Bürgschaften insgesamt	392,2	196,5	-195,6	-49,9	1747,1	1626,6	-120,5	-6,9
darunter Bürgschaften für Kapitaldienstfinanzierung eigener Ges.	91,0	128,7	37,7	41,4

Gegenstand der Nachweisung	c) Inanspruchn. aus Bürgschaften abzügl. Rückflüsse zum 31. Dezember			
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
	Mio Euro		%	
	2007	2008	Veränd. 2007/08	
Schiffahrtsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Wirtschaftsbürgschaften	0,0	0,0	0,0	-200,0
Landes- u. stadt-eigene Gesellsch. Vereine/Sonstiges	0,5	0,0	-0,5	.
Kultur-Bürgschaften (Ausstellungen)	-0,2	0,8	1,0	-515,8
Wohnungsbau-Bürgschaften	0,0	0,0	0,0	-
Bürgschaften insgesamt	0,3	0,8	0,5	.
darunter Bürgschaften für Kapitaldienstfinanzierung eigener Ges.

	2007	2008
Neu geschaffene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Erhaltene Arbeitsplätze (lt. Antrag)	.	.
Neue Wohnungen (lt. Antrag)	.	.

	2009 ff
VE-unterlegte Bürgschaften	.

	2007	2008
Quote der Inanspruchnahme	0,0 %	0,0 %
Inanspruchgenommene Bürgschaften / Erteilte Bürgschaften insgesamt	0,0 %	0,0 %

	1999 - 2008
Durchschnittl. Ausfallquote	.
Durchschnitt der Ausfälle der letzt. 10 J. / Ert. Bürgschaften insges.jew. zum 31.12.	.

**Zentrales Finanzcontrolling
Jahresbericht 2008
Anlagen**

**Teil B (1)
Längerfristige Haushaltsentwicklung
Stadtstaat Bremen**

Bereinigte Einnahmen und Einnahmearten
Stadtstaat

Jahr	Steuer- einnahmen	LFA	BEZ 1)	Sonstige konsumtive Einnahmen	investive Einnahmen	Primär- einnahmen	Bereinigte Einnahmen
	Mio. Euro						
1980	1.214,8	100,3	-	444,3	84,9	1.827,8	1.844,2
1981	1.212,9	86,0	-	475,7	85,9	1.835,8	1.860,5
1982	1.222,4	123,7	-	524,0	124,4	1.930,9	1.994,4
1983	1.240,8	127,8	-	534,4	108,5	1.957,5	2.011,5
1984	1.242,5	166,0	-	578,9	178,7	2.052,9	2.166,1
1985	1.346,9	165,8	-	588,0	101,8	2.162,9	2.202,5
1986	1.323,0	186,8	44,0	583,2	83,3	2.199,6	2.220,3
1987	1.362,7	274,3	115,1	630,1	107,7	2.458,1	2.489,9
1988	1.405,3	252,8	132,3	644,0	111,2	2.527,5	2.545,7
1989	1.503,4	353,4	116,6	671,1	144,7	2.759,0	2.789,1
1990	1.537,9	350,6	131,1	686,9	145,5	2.827,8	2.852,0
1991	1.707,7	305,3	147,6	739,8	145,8	3.023,2	3.046,1
1992	1.896,4	285,8	356,7	559,0	146,0	3.217,4	3.243,9
1993	1.823,1	278,2	363,8	539,0	116,3	3.103,3	3.120,4
1994	1.884,5	308,8	150,9	645,9	168,4	3.087,6	3.158,5
1995	1.853,1	253,3	170,1	616,4	183,4	2.985,1	3.076,3
1996	1.791,9	367,7	161,8	681,0	105,9	3.080,2	3.108,3
1997	1.905,2	176,3	153,1	650,5	267,8	2.991,4	3.153,0
1998	1.760,5	377,6	173,3	588,9	361,4	2.987,4	3.261,7
1999	1.940,0	443,0	165,1	534,5	393,4	3.155,8	3.476,1
2000	1.849,3	356,5	166,9	607,1	199,6	3.077,7	3.179,4
2001	1.741,1	466,3	155,7	582,8	230,8	3.044,2	3.176,7
2002	1.750,5	420,4	144,3	493,1	198,0	2.951,6	3.006,3
2003	1.846,8	335,0	144,2	447,7	151,6	2.888,8	2.918,0
2004	1.864,0	356,8	117,5	498,8	164,9	2.952,7	3.002,0
2005	1.816,2	358,3	178,5	542,8	208,1	3.017,8	3.104,0
2006	2.022,4	380,5	192,2	503,2	125,1	3.213,9	3.223,5
2007	2.108,5	416,3	213,6	495,5	99,6	3.327,9	3.333,5
2008	2.325,8	559,3	231,9	465,6	84,4	3.666,4	3.667,0
(in %)	(63,4)	(15,3)	(6,3)	(12,7)	(2,3)		
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
1980	15,2	- 23,5	-	35,0	- 22,1		13,6
1981	- 0,2	- 14,2	-	7,1	1,2	0,4	0,9
1982	0,8	43,8	-	10,2	44,8	5,2	7,2
1983	1,5	3,3	-	2,0	- 12,7	1,4	0,9
1984	0,1	29,9	-	8,3	64,6	4,9	7,7
1985	8,6	- 0,1	-	2,1	- 38,7	5,4	1,1
1986	- 1,8	12,6	-	- 0,8	- 18,2	1,7	0,8
1987	3,0	46,8	161,6	8,0	29,3	11,8	12,1
1988	3,1	- 7,8	14,9	2,2	3,3	2,8	2,2
1989	7,0	39,8	- 11,8	4,2	30,0	9,2	9,6
1990	2,3	- 0,8	12,4	2,3	0,6	2,5	2,3
1991	11,0	- 12,9	12,6	7,7	0,2	6,9	6,8
1992	11,0	- 6,4	141,8	- 24,4	0,2	6,4	6,5
1993	- 3,9	- 2,7	2,0	- 3,6	- 20,3	- 3,5	- 3,8
1994	3,4	11,0	- 58,5	19,8	44,8	- 0,5	1,2
1995	- 1,7	- 18,0	12,7	- 4,6	8,9	- 3,3	- 2,6
1996	- 3,3	45,1	- 4,9	10,5	- 42,2	3,2	1,0
1997	6,3	- 52,1	- 5,4	- 4,5	152,8	- 2,9	1,4
1998	- 7,6	114,2	13,2	- 9,5	34,9	- 0,1	3,4
1999	10,2	17,3	- 4,7	- 9,2	8,9	5,6	6,6
2000	- 4,7	- 19,5	1,1	13,6	- 49,3	- 2,5	- 8,5
2001	- 5,9	30,8	- 6,7	- 4,0	15,7	- 1,1	- 0,1
2002	0,5	- 9,9	- 7,3	- 15,4	- 14,2	- 3,0	- 5,4
2003	5,5	- 20,3	- 0,1	- 9,2	- 23,4	- 2,1	- 2,9
2004	0,9	6,5	- 18,5	11,4	8,8	2,2	2,9
2005	- 2,6	0,4	51,9	8,8	26,2	2,2	3,4
2006	11,4	6,2	7,7	- 7,3	- 39,9	6,5	3,8
2007	4,3	9,4	11,1	- 1,5	- 20,4	3,5	3,4
2008	10,3	34,4	8,6	- 6,0	- 15,3	10,2	10,0

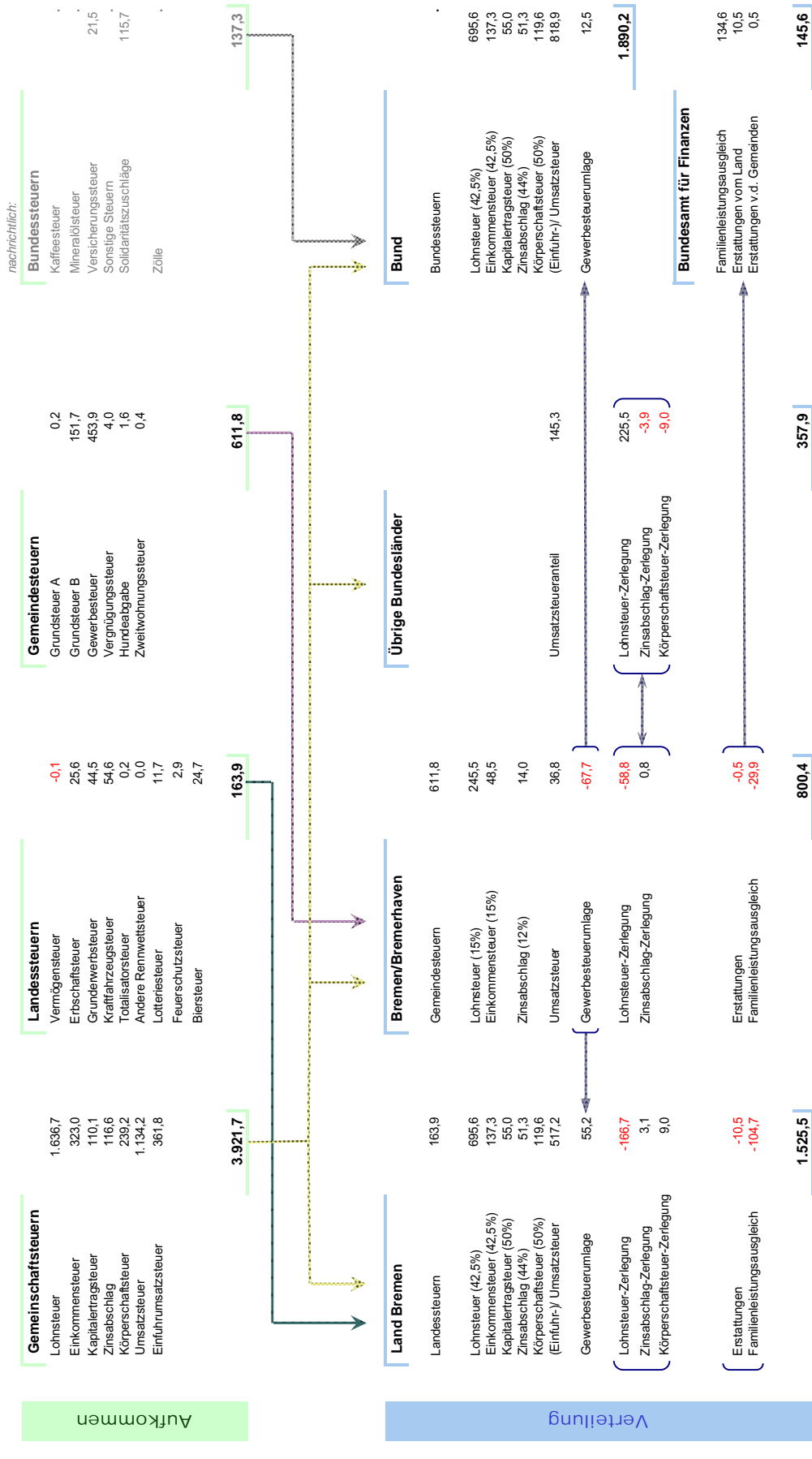
1) 1992/93: einschließlich Nachteilsausgleich; 1994ff: ohne Sanierungsbeträge

Steueraufkommen und -verteilung in Bremen 2005 - 2008 (Stadtstaat; in Mio. €)

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008		
				ins- gesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
Mio. €						
AUFKOMMEN 1)						
Gemeinschaftssteuern	3.043,9	3.423,0	3.584,2	3.921,7	+337,4	+9,4
Landessteuern	149,4	161,6	156,7	163,9	+7,2	+4,6
Gemeindesteuern	474,4	566,9	546,2	611,8	+65,5	+12,0
zusammen	3.667,7	4.151,5	4.287,2	4.697,3	+410,2	+9,6
BUNDESANTEILE						
Bundesanteil Gemeinschaftssteuern	- 1.421,2	- 1.606,7	- 1.695,9	- 1.857,6	-161,7	+9,5
Familienleistungsausgleich	- 138,5	- 140,9	- 139,3	- 134,6	+4,7	-3,4
Bundesanteil Gewerbesteuerumlage	- 13,2	- 13,9	- 13,3	- 12,5	+0,8	-5,7
Erstattungen an das Bundesamt für Finanzen	- 4,1	- 6,5	- 9,4	- 9,0	+0,4	-4,7
zusammen	- 1.577,0	- 1.768,0	- 1.857,8	- 2.013,6	-155,8	+8,4
LÄNDERANTEILE 2)						
Lohnsteuerzerlegung	- 189,7	- 188,6	- 209,1	- 225,5	-16,4	+7,8
Zinsabschlagzerlegung	2,5	- 2,4	1,2	3,9	+2,7	+214,9
Körperschaftsteuerzerlegung	- 0,2	17,9	19,9	9,0	-10,9	.
Länderanteil Umsatzsteuern	- 86,5	- 187,9	- 132,8	- 145,3	-12,5	+9,4
zusammen	- 273,9	- 361,1	- 320,9	- 357,9	-37,0	+11,5
EINNAHMEN						
Lohnsteuer 3)	364,5	374,1	398,5	422,8	+24,2	+6,1
Veranlagte Einkommensteuer	56,8	98,4	111,6	137,3	+25,7	+23,0
Kapitalertragsteuer	27,9	37,1	37,6	46,1	+8,5	+22,7
Zinsabschlag 4)	29,8	31,4	43,0	54,4	+11,4	+26,5
Körperschaftsteuer 4)	92,1	108,5	127,4	128,6	+1,2	+1,0
Umsatzsteuer 5)	334,5	323,7	323,7	360,7	+37,0	+11,4
Einfuhrumsatzsteuer	113,2	127,3	149,7	156,6	+6,9	+4,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	17,4	19,1	18,2	18,7	+0,5	+2,9
Landesanteil a. d. erhöhten Gew.steuerumlage	25,7	31,2	29,0	36,5	+7,5	+25,8
Vermögensteuer	0,8	0,2	0,1	- 0,1	-0,2	-238,4
Erbschaftsteuer	38,3	32,8	24,4	25,6	+1,1	+4,7
Grunderwerbsteuer	15,6	26,6	24,6	44,5	+19,9	+80,7
Kraftfahrzeugsteuer	54,0	55,5	57,8	54,6	-3,3	-5,7
Lotteriesteuer	14,2	16,1	20,1	11,7	-8,3	-41,5
Biersteuer	24,4	25,9	26,0	24,7	-1,3	-4,9
Sonstige Landessteuern	2,0	4,5	3,7	3,0	-0,7	-18,5
/ Anteil am Fonds "Deutsche Einheit"	- 0,6	0,0	0,0	0,0	+0,0	+0,0
/ Anteil am Fonds "Aufbauhilfe"	-	-	-	-	.	.
LAND BREMEN	1.210,8	1.312,5	1.395,4	1.525,5	+130,1	+9,3
Lohnsteuer 3)	109,5	113,9	121,4	135,5	+14,2	+11,7
Veranlagte Einkommensteuer	17,2	30,0	34,0	41,8	+7,8	+23,0
Zinsabschlag 4)	6,9	7,4	10,1	12,8	+2,7	+26,5
Umsatzsteuer	27,1	28,4	31,7	32,7	+1,0	+3,3
Grundsteuer B	122,6	125,5	125,6	129,1	+3,6	+2,8
Gewerbesteuer (netto)	226,0	290,1	269,2	354,1	+85,0	+31,6
Grunderwerbsteuer	18,7	31,9	27,7	0,0	-27,7	-100,0
Sonstige Gemeindesteuern	4,7	4,5	4,7	5,1	+0,4	+9,4
STADT BREMEN	533,0	631,6	624,3	711,3	+87,0	+13,9
LAND UND STADTGEMEINDE BREMEN	1.743,8	1.944,0	2.019,6	2.236,8	+217,1	+10,8
Lohnsteuer 3)	19,0	18,1	19,3	20,7	+1,4	+7,4
Veranlagte Einkommensteuer	3,0	4,8	5,4	6,6	+1,2	+23,0
Zinsabschlag 4)	1,2	1,2	1,6	2,0	+0,4	+24,6
Umsatzsteuer	3,3	3,5	3,9	4,0	+0,1	+3,3
Grundsteuer B	21,8	22,5	22,0	22,5	+0,5	+2,2
Gewerbesteuer (netto)	20,9	23,7	30,5	32,1	+1,6	+5,2
Grunderwerbsteuer	2,1	3,6	5,1	0,0	-5,1	-100,0
Sonstige Gemeindesteuern	1,0	1,0	1,1	1,1	+0,0	+2,9
STADT BREMERHAVEN	72,4	78,4	88,9	89,0	+0,2	+0,2
zusammen	1.816,2	2.022,4	2.108,5	2.325,8	+217,3	+10,3

1) Ohne Bundessteuern und Zölle 2) Zerlegungs- und Verteilungssaldo mit übrigen Bundesländern 3) Nach Zerlegung und Abzug Familienleistungsausgleich; ab 2003 einschl. einheitl. Pauschsteuer und Altersvorsorgezulage 4) Nach Zerlegung 5) Diff. Aufkommen/ Einnahmen Gemeindeanteile UST i. H. v. 1,417 Mio € 2002 wurde abgesetzt.

Aufkommen und Verteilung der Steuern in Bremen (in Mio. €)



verbliebene Steuern **insgesamt 2.325,8**

Tab. 1.3: Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA) an Bremen
(in Mio. € 1988 - 2008)

Jahr	Ist-Einnahmen	davon				Anspruch 5)	Ist-Einnahmen / Anspruch	nachrichtlich:		
		Vorabträge für das lfd. Haushalts- jahr 1)	Zwischen- abrechnung für das lfd. Haushalts- jahr 2)	Zwischen- abrechnung für Vorjahr 3)	Endab- rechnung für Vorjahre 4)			Zerlegungs- saldo mit übrigen Bundes- ländern 6)	Länder- anteil Umsatz- steuer	LFA - Einnahmen / Zerlegungs- verluste und Länderant. UST
1988	252,8	258,3	- 25,5	20,7	- 0,6	283,8	- 31,0	- 124,9	- 133,5	- 5,6
1989	353,4	308,6	16,5	28,4	-	323,4	30,0	- 159,1	- 138,5	55,7
1990	350,6	490,1	- 166,3	- 3,2	30,0	320,4	30,3	- 155,2	- 62,4	133,1
1991	305,3	385,8	- 80,6	0,0	-	301,0	4,3	- 176,9	- 156,9	- 28,5
1992	285,8	325,9	- 40,1	3,5	- 3,5	271,0	14,8	- 254,0	- 150,6	- 118,8
1993	278,2	207,8	77,5	- 14,9	7,8	308,5	- 30,3	- 304,9	- 136,9	- 163,6
1994	308,8	304,4	- 18,9	32,9	- 9,5	290,6	18,2	- 273,1	- 135,9	- 100,2
1995	253,3	115,0	142,0	6,0	- 9,7	287,5	- 34,2	- 291,2	- 132,6	- 170,5
1996	367,7	285,6	52,6	31,1	- 1,0	324,5	43,2	- 223,5	- 188,0	- 43,9
1997	176,3	234,4	- 44,3	- 13,8	- 0,1	178,8	- 2,5	- 182,2	- 193,9	- 199,8
1998	377,6	125,5	262,8	- 10,8	0,1	466,4	- 88,8	- 191,5	- 169,6	16,5
1999	443,0	350,4	14,9	78,1	- 0,5	340,1	102,9	- 197,5	- 181,9	63,6
2000	356,5	186,3	195,5	- 25,2	- 0,1	442,1	- 85,6	- 195,9	- 137,9	22,7
2001	466,3	266,9	135,4	64,0	0,0	402,0	63,8	- 218,4	- 48,5	199,5
2002	420,4	387,1	38,0	- 0,3	- 4,4	494,9	13,6	- 269,8	- 19,4	131,2
2003	335,0	394,5	- 41,3	- 17,1	- 1,0	347,1	- 12,1	- 180,5	40,9	195,4
2004	356,8	404,6	- 41,1	- 6,1	- 0,5	331,0	25,8	- 158,4	39,2	237,6
2005	358,3	448,2	- 57,4	- 32,5	0,2	366,2	- 7,9	- 187,4	- 86,5	84,4
2006	380,5	362,7	43,3	- 25,6	-	416,9	- 40,9	- 173,2	- 187,9	19,4
2007	416,3	203,4	197,5	15,4	-	470,5	- 54,2	- 188,1	- 132,8	95,4
2008	559,3	353,9	135,6	69,8	-	506,7	52,6	- 212,6	- 145,3	201,4

1) Anteil am Umsatzsteueraufkommen (1988/91: 65%; 1992: 53%; 1993: 27%; 1994: 34,8%; 1995: 14,8%; 1996: 32,0%; 1997: 28,3%; 1998: 14,23124%; 1999: 34,2383993%; 2000: 24,70766465%; 2001: 40,50766465 %; 2002/2003: 51,40775456; 2004: 49,47608609; 2005: 50,49495861; 2006: 33,08271209) sowie ergänzende Festbeträge in den Jahren 1988/91 (einschließlich Abgeltung Hafenerlasten) und 2002 - 2004
2) 1. - 3. Quartal 3) 1. - 4. Quartal 4) 1988: vorläufige Abrechnung 1987; 1990: für 1987/89; übrige Jahre: für Jahr t-2
5) Vorabträge und Zwischenabrechnungen für das lfd. Haushaltsjahr + Zwischenabrechnung im Folgejahr + Endabrechnung (vgl. Fußnote 4) 2007 u. 2008 ohne Endabrechnung (t-2) 6) Lohn- und Körperschaftsteuer; Zinsabschlag (ab 1993) (Stadtstaat)

Quellen: Bundesministerium für Finanzen, End- und Zwischenabrechnungen der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs; Landeshauptkasse Bremen; Kämmerer- und Steueramt der Stadt Bremerhaven; Eigene Berechnungen

Tab. 1.4: Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) an Bremen
(in Mio. € 1986 - 2008)

Jahr	BEZ - Einnahmen insgesamt	davon						nachrichtl.: Sanierungs- BEZ
		Sonderbedarfs - BEZ (Vorabträge) 1)			Übergangs- BEZ	Fehlbedarfs- BEZ (Restverteilung)	Nachteils- ausgleich 2)	
		insgesamt	für Haushalts- notlage	für Kosten politischer Führung				
1985	-	-	-	-	-	-	-	-
1986	44,0	-	-	-	-	44,0	-	-
1987	115,1	25,6	-	25,6	-	38,4	51,1	-
1988	132,3	25,6	-	25,6	-	55,6	51,1	-
1989	116,6	51,1	25,6	25,6	-	65,5	-	-
1990	131,1	51,1	25,6	25,6	-	80,0	-	-
1991	147,6	51,1	25,6	25,6	-	96,4	-	-
1992	356,6	127,8	76,7	51,1	-	92,0	136,8	-
1993	363,8	127,8	76,7	51,1	-	99,2	136,8	-
1994	150,9	51,1	-	51,1	-	99,8	-	920,3
1995	170,1	64,4	-	64,4	40,9	64,7	-	920,3
1996	161,8	64,4	-	64,4	36,8	60,6	-	920,3
1997	153,1	64,4	-	64,4	32,7	56,0	-	920,3
1998	173,3	64,4	-	64,4	28,6	80,3	-	920,3
1999	165,1	64,4	-	64,4	24,5	76,2	-	920,3
2000	166,9	64,4	-	64,4	20,5	82,0	-	818,1
2001	155,7	64,4	-	64,4	16,4	74,9	-	715,8
2002	144,3	64,4	-	64,4	12,3	67,6	-	613,6
2003	144,3	64,4	-	64,4	8,2	71,6	-	511,3
2004	117,5	64,4	-	64,4	4,1	49,0	-	357,9
2005	178,5	60,3	-	60,3	0,0	118,2	-	-
2006	192,2	60,3	-	60,3	0,0	131,9	-	-
2007	213,6	60,3	-	60,3	0,0	153,2	-	-
2008	231,9	60,3	-	60,3	0,0	171,6	-	-

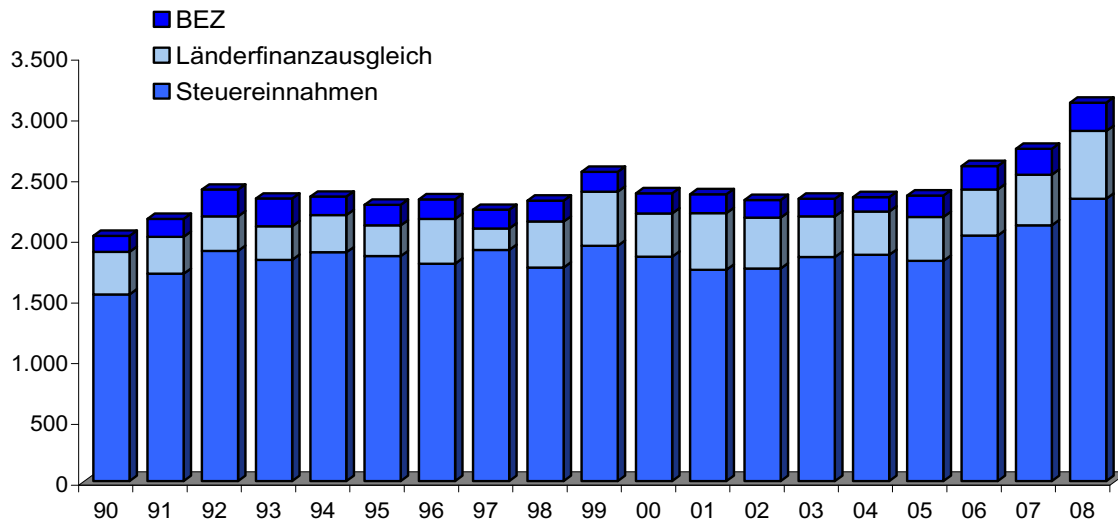
1) 1994 - 2004: ohne Sanierungsbeträge
2) Zahlungen 1992/93: Ausgleich für Haushaltsnotlage 1987/91 (57,520 Mio. €), Kosten politischer Führung 1987/91 (63,911 Mio. €) und Fehlbedarfs -BEZ 1983/86 (15,399 Mio. €); Nettoeffekt aufgrund bremischer Eigenbeteiligung an der Finanzierung: 129,101 Mio. €; ohne Aufstockung für das lfd. Haushaltsjahr (Haushaltsnotlage: 25,565 Mio. €, Kosten politischer Führung: 25,565 Mio. €)

Quellen: Die Senatorin für Finanzen, Eigene Berechnungen

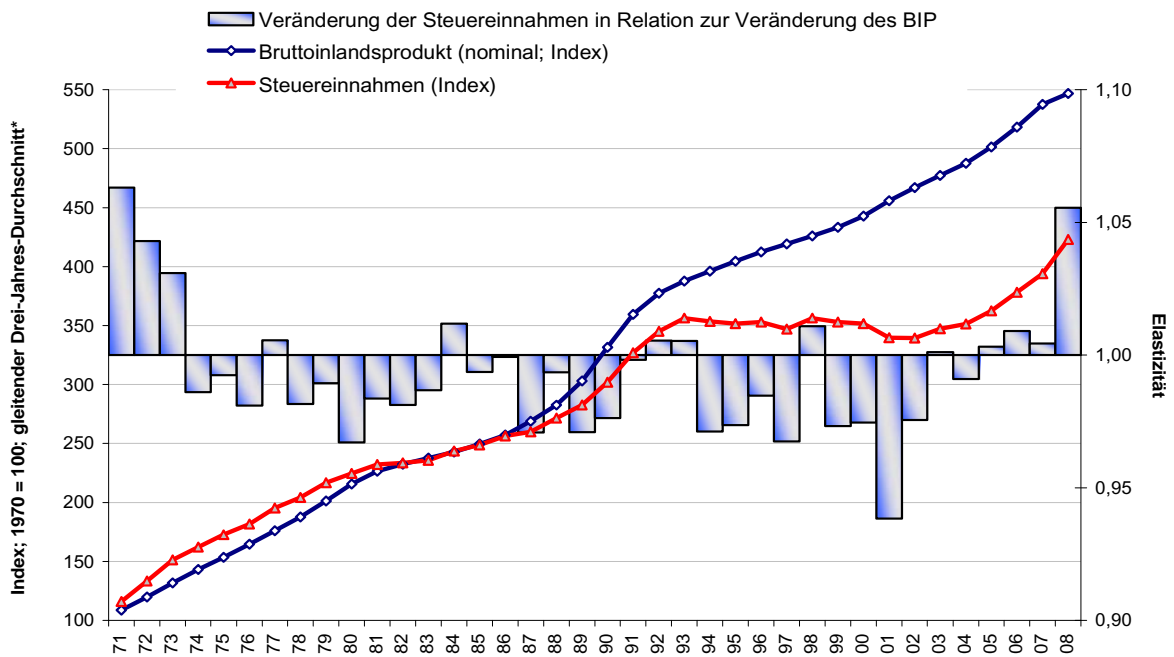
Einnahmen des Stadtstaates Bremen aus Steuern, LFA und BEZ *

Mio. €

(c) SIF, 2000-13



Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Bremen



Quellen: Statistisches Landesamt; Arbeitskreis VGR (08/2008), Eigene Berechnungen

(c) SIF, 9712

*) Werte 2008: Zwei-Jahres-Durchschnitt

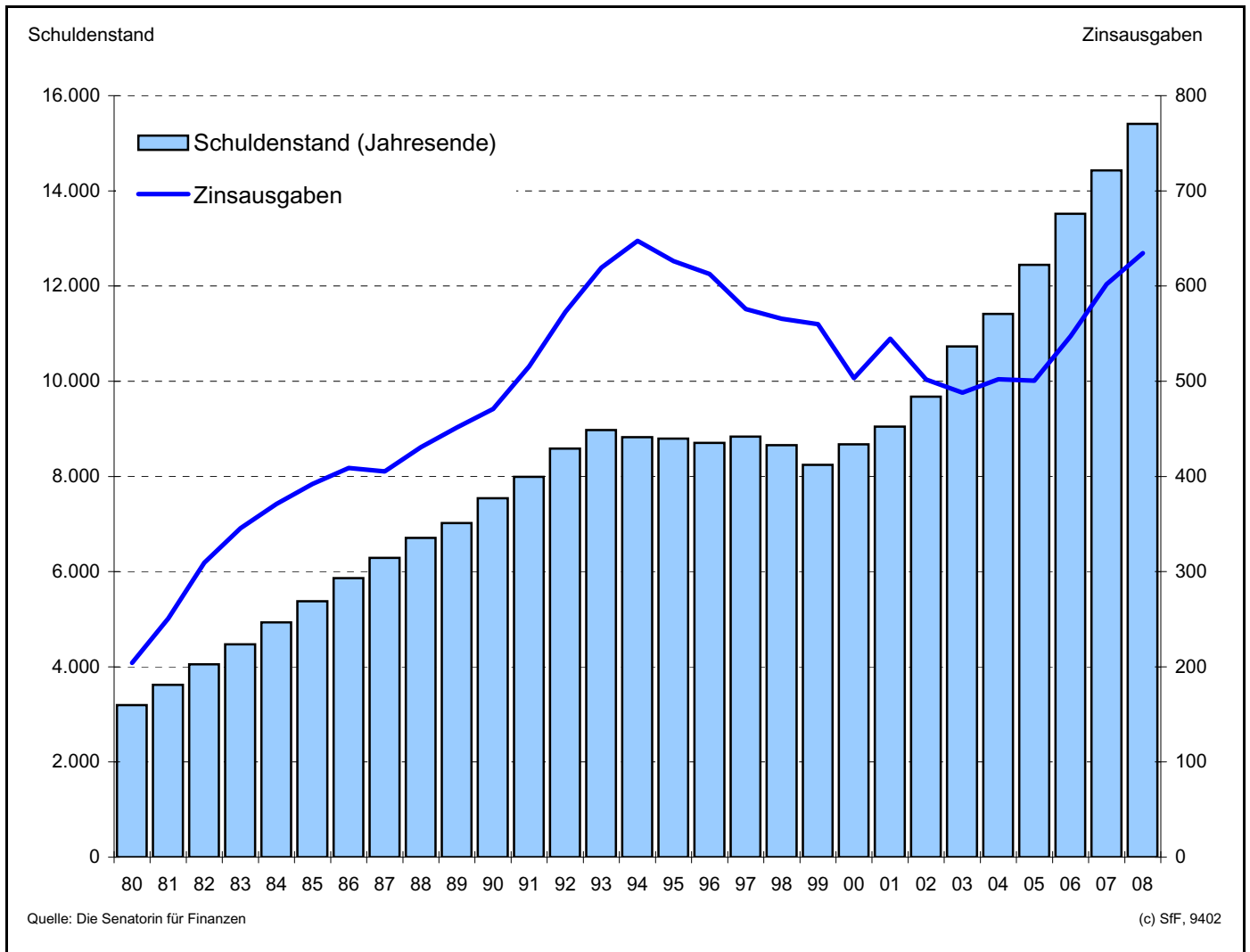
Bereinigte Ausgaben und Ausgabearten

Stadtstaat

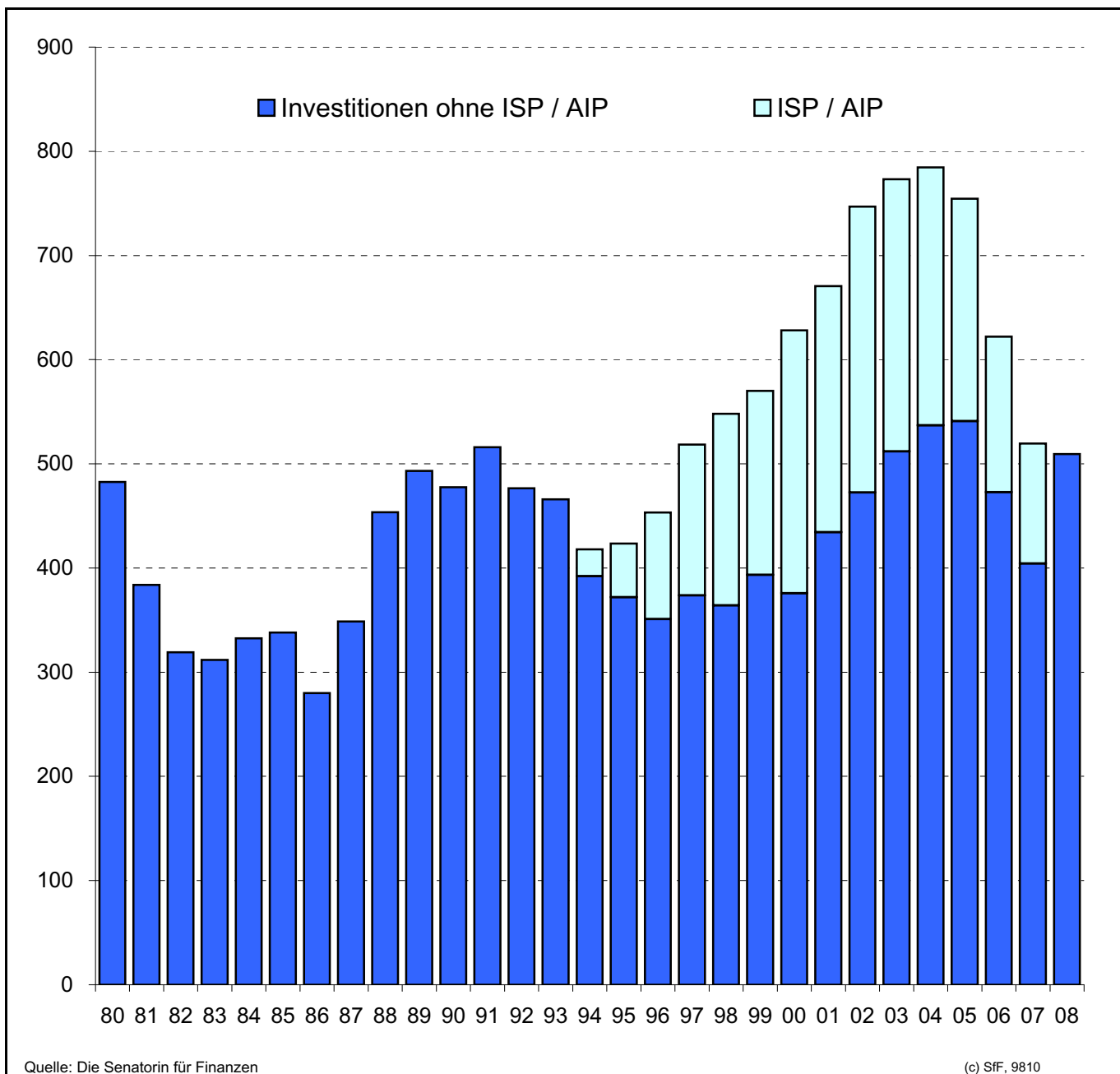
Jahr	Zins- ausgaben	Personal- ausgaben	Sonstige konsumtive Ausgaben	konsumtive Ausgaben	Investitions- ausgaben	Primär- ausgaben	Bereinigte Ausgaben
	Mio. Euro						
1980	204	969	693	1.866	483	2.145	2.349
1981	251	1.026	711	1.989	384	2.121	2.372
1982	309	1.049	731	2.090	319	2.099	2.409
1983	346	1.073	737	2.156	312	2.122	2.467
1984	371	1.073	732	2.176	333	2.138	2.509
1985	392	1.094	868	2.354	338	2.300	2.692
1986	409	1.128	827	2.364	280	2.235	2.644
1987	405	1.165	899	2.469	349	2.413	2.818
1988	431	1.187	873	2.490	454	2.513	2.944
1989	452	1.205	948	2.605	493	2.646	3.098
1990	471	1.276	1.024	2.771	478	2.778	3.249
1991	515	1.387	1.155	3.058	516	3.058	3.574
1992	573	1.432	1.245	3.249	476	3.153	3.726
1993	619	1.462	1.365	3.446	466	3.293	3.912
1994	648	1.338	1.521	3.506	418	3.277	3.924
1995	626	1.348	1.584	3.559	423	3.356	3.982
1996	613	1.335	1.605	3.553	453	3.394	4.006
1997	576	1.328	1.598	3.502	522	3.448	4.024
1998	566	1.328	1.613	3.507	548	3.490	4.055
1999	560	1.334	1.636	3.530	570	3.540	4.100
2000	503	1.315	1.669	3.487	628	3.612	4.115
2001	545	1.329	1.644	3.518	671	3.644	4.188
2002	502	1.322	1.647	3.470	747	3.715	4.217
2003	488	1.343	1.632	3.462	773	3.748	4.236
2004	502	1.295	1.668	3.465	784	3.747	4.249
2005	501	1.278	1.570	3.349	754	3.603	4.103
2006	547	1.261	1.635	3.443	622	3.518	4.065
2007	602	1.266	1.664	3.532	520	3.449	4.051
2008	635	1.287	1.670	3.592	509	3.466	4.101
(in %)	(15,5)	(31,4)	(40,7)	(87,6)	(12,4)	(84,5)	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
1980	19,1	8,1	8,2	9,2	27,5	11,9	12,5
1981	23,0	5,9	2,6	6,6	- 20,5	- 1,1	1,0
1982	23,3	2,2	2,8	5,1	- 16,9	- 1,0	1,5
1983	11,7	2,3	0,8	3,2	- 2,3	1,1	2,4
1984	7,4	0,0	- 0,7	1,0	6,7	0,7	1,7
1985	- 0,1	8,6	18,6	2,1	- 38,7	- 37,7	1,1
1986	4,3	3,1	- 4,7	0,4	- 17,2	- 2,8	- 1,8
1987	- 0,9	3,3	8,6	4,4	24,6	7,9	6,6
1988	6,2	1,9	- 2,9	0,9	30,0	4,2	4,5
1989	4,9	1,5	8,7	4,6	8,8	5,3	5,2
1990	4,3	5,9	8,0	6,4	- 3,2	5,0	4,9
1991	9,5	8,7	12,8	10,4	8,0	10,1	10,0
1992	11,2	3,2	7,7	6,3	- 7,6	3,1	4,3
1993	8,1	2,1	9,6	6,1	- 2,2	4,4	5,0
1994	4,6	- 8,5	11,5	1,7	- 10,3	- 0,5	0,3
1995	- 3,3	0,8	4,2	1,5	1,3	2,4	1,5
1996	- 2,1	- 1,0	1,3	- 0,2	7,0	1,1	0,6
1997	- 6,0	- 0,5	- 0,5	- 1,5	15,3	1,6	0,4
1998	- 1,8	0,0	1,0	0,2	4,9	1,2	0,8
1999	- 1,0	0,4	1,4	0,6	4,0	1,4	1,1
2000	- 10,1	- 1,4	2,0	- 1,2	10,2	2,0	0,4
2001	8,2	1,1	- 1,5	0,9	6,7	0,9	1,8
2002	- 7,8	- 0,5	0,1	- 1,4	11,4	2,0	0,7
2003	- 2,7	1,6	- 0,9	- 0,2	3,6	0,9	0,4
2004	2,9	- 3,6	2,2	0,1	1,4	0,0	0,3
2005	- 0,3	- 1,3	- 5,9	- 3,4	- 3,8	- 3,9	- 3,4
2006	9,3	- 1,3	4,1	2,8	- 17,5	- 2,3	- 0,9
2007	10,0	0,4	1,8	2,6	- 16,5	- 2,0	- 0,4
2008	5,5	1,6	0,4	1,7	- 2,0	0,5	1,2

Senatorin für Finanzen, Referat 20

**Zinsausgaben und Schuldenstand
 (Stadtstaat; in Mio. Euro)**



Investitionen
(Stadtstaat; in Mio. €)



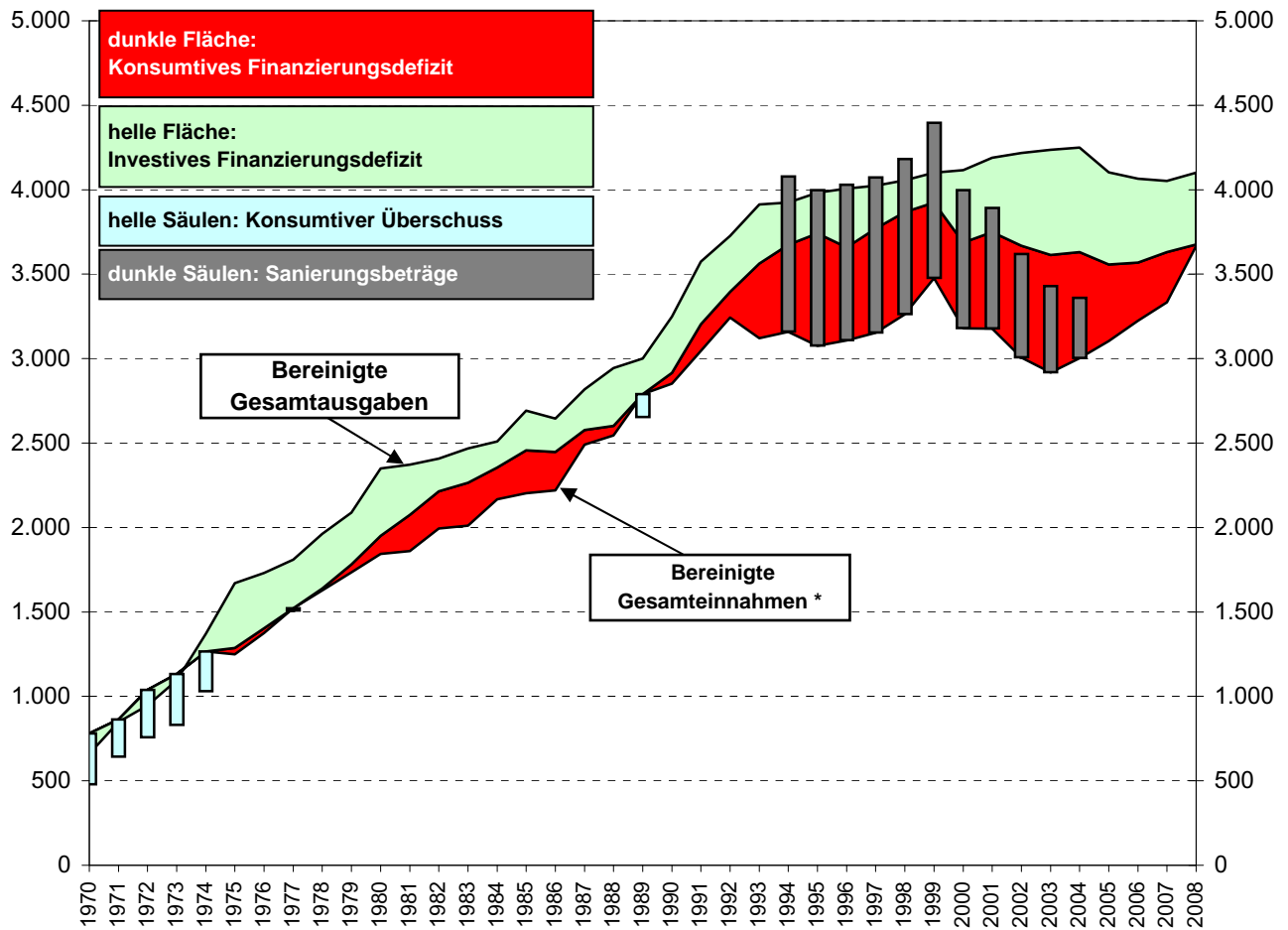
Finanzierungssalden *)
(Stadtstaat; in Mio. €)

Jahr	Finanzierungssaldo		Konsumtiver Finanzierungssaldo		Primärsaldo		Investiver Finanzierungssaldo
	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	
1980	-505		-107		-317		-398
1981	-512		-214		-286		-298
1982	-414		-220		-168		-195
1983	-456		-253		-164		-203
1984	-343		-189		-85		-154
1985	-490		-253		-137		-236
1986	-424		-227		-35		-197
1987	-328		-87		45		-241
1988	-398		-56		14		-342
1989	-309		40		113		-349
1990	-397		-64		50		-332
1991	-528		-157		-35		-370
1992	-482		-151		65		-330
1993	-792		-442		-190		-350
1994	-766	155	-516	404	-189	731	-250
1995	-906	14	-666	254	-371	549	-240
1996	-898	22	-551	370	-314	607	-347
1997	-871	49	-616	304	-457	463	-255
1998	-794	127	-607	314	-502	418	-187
1999	-624	297	-447	473	-384	536	-177
2000	-936	-118	-507	311	-534	284	-429
2001	-1.012	-296	-572	144	-600	116	-440
2002	-1.211	-597	-662	-48	-764	-150	-549
2003	-1.318	-806	-696	-185	-859	-348	-622
2004	-1.247	-889	-628	-270	-795	-437	-619
2005	-999		-453		-585		-546
2006	-842		-345		-304		-497
2007	-718		-298		-121		-420
2008	-434		-9		200		-425
Veränderung gegenüber Vorjahr							
1981	-7		-107		31		100
1982	98		-6		117		103
1983	-42		-33		4		-9
1984	113		64		80		49
1985	-147		-65		-52		-82
1986	66		26		102		40
1987	96		140		81		-45
1988	-70		31		-31		-101
1989	90		96		99		-6
1990	-88		-104		-62		17
1991	-131		-93		-85		-38
1992	46	528	6	157	100	35	40
1993	-310	0	-291	0	-254	0	-19
1994	26	155	-74	404	0	731	100
1995	-140	-140	-150	-150	-182	-182	10
1996	8	8	115	115	58	58	-107
1997	27	27	-66	-66	-143	-143	93
1998	78	78	10	10	-45	-45	68
1999	170	170	160	160	118	118	10
2000	-312	-414	-60	-162	-150	-252	-252
2001	-76	-178	-65	-167	-65	-167	-11
2002	-199	-301	-90	-192	-164	-266	-109
2003	-107	-209	-34	-136	-95	-197	-73
2004	70	-83	68	-85	64	-89	2
2005	248	889	175	270	210	437	73
2006	157		108		280		49
2007	124		47		183		77
2008	284		289		321		-5

*) Konsumtive Einnahmen und Gesamteinnahmen: 1999 inkl. Globale Mindereinnahme, 2000 inkl. Globale Mehreinnahme i. H. v. 56,3 Mio. €
Sanierungs-BEZ: inklusive Nachteilsausgleich (1992 / 1993)

Finanzierungsdefizit (konsumtiv und investiv)

(Stadtstaat; in Mio. €)



Quelle: Die Senatorin für Finanzen

(c) SF, 0103

*) In der Flächendarstellung ab 1992 ohne Nachteilsausgleich und Sanierungsbeträge

**Kennzahlen und Quoten der bremischen Haushalte
(Stadtstaat)**

Jahr	Wachstumsrate		Deckungsquote 2)		Zins- ausgaben- quote 4)	Zins- Steuer- Quote 5)	Investitions- quote 6)	Verletzung § 18 LHO 7)	
	Bereinigte Gesamt- einnahmen 1)	Bereinigte Gesamt- ausgaben	insgesamt	bezogen auf Primäreinnahmen und -ausgaben 3)				brutto	netto
	%							Mio. Euro	
1980	6,3	12,6	78,5	85,2	8,7	15,5	20,5	-61,6	23,3
1981	0,9	1,0	78,4	86,5	10,6	19,3	16,2	45,7	131,6
1982	7,2	1,5	82,8	92,0	12,8	23,0	13,2	96,2	220,6
1983	0,9	2,4	81,5	92,3	14,0	25,2	12,6	136,7	245,2
1984	7,7	1,7	86,3	96,0	14,8	26,3	13,3	65,9	244,6
1985	1,7	7,3	81,8	94,0	14,6	25,9	12,6	135,3	237,1
1986	0,8	-1,8	84,0	98,4	15,5	26,3	10,6	230,0	313,4
1987	12,1	6,6	88,4	101,9	14,4	23,1	12,4	99,8	207,5
1988	2,2	4,5	86,5	100,6	14,6	24,1	15,4	-186,6	-75,3
1989	9,6	5,2	90,0	104,3	14,6	22,9	15,9	-207,5	-62,8
1990	2,3	4,9	87,8	101,8	14,5	23,3	14,7	43,4	188,8
1991	6,8	10,0	85,2	98,9	14,4	23,9	14,4	-62,7	83,0
1992	6,5	4,3	87,1	102,1	15,4	22,6	12,8	-90,2	55,8
1993	-3,8	5,0	79,8	94,2	15,8	25,1	11,9	172,8	289,1
1994	1,2	0,3	80,5	94,2	16,5	27,6	10,7	-578,0	-409,6
1995	-2,6	1,5	77,2	88,9	15,7	27,5	10,6	-442,2	-258,8
1996	1,0	0,6	77,6	90,8	15,3	26,4	11,3	-452,3	-346,3
1997	1,4	0,4	78,4	86,8	14,3	25,8	13,0	-537,0	-269,2
1998	3,4	0,8	80,4	85,6	13,9	24,5	13,5	-661,4	-300,1
1999	6,6	1,1	84,8	89,1	13,7	22,0	13,9	-794,9	-401,5
2000	-8,5	0,4	77,3	85,2	12,2	21,2	15,3	-437,7	-238,1
2001	-0,1	1,8	75,8	83,5	13,0	23,0	16,0	-359,1	-128,3
2002	-5,4	0,7	71,3	79,4	11,9	21,7	17,7	-164,6	33,4
2003	-2,9	0,4	68,9	77,1	11,5	21,0	18,3	-68,0	83,6
2004	2,9	0,3	70,6	78,8	11,8	21,5	18,5	116,2	281,1
2005	3,4	-3,4	75,6	83,8	12,2	21,3	18,4	334,6	542,8
2006	3,8	-0,9	79,3	91,3	13,5	21,1	15,3	207,0	332,2
2007	3,4	-0,4	82,3	96,5	14,9	22,0	12,8	254,0	353,6
2008	10,0	1,2	89,4	105,8	15,5	20,4	12,4	-36,7	47,7

1) 1992/93: Einschließlich Nachteilsausgleich; 1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag

2) Bereinigte Gesamteinnahmen / Bereinigte Gesamtausgaben; 1992/93: ohne Nachteilsausgleich (netto: 129,1 Mio. €); 1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag

3) Primäreinnahmen: ohne Veräußerungserlöse; Primärausgaben: ohne Zinsausgaben

4) Zinsausgaben / Bereinigte Gesamtausgaben

5) Zinsausgaben / (Steuereinnahmen - FDE + LFA + BEZ)

6) Investitionsausgaben / Bereinigte Gesamtausgaben

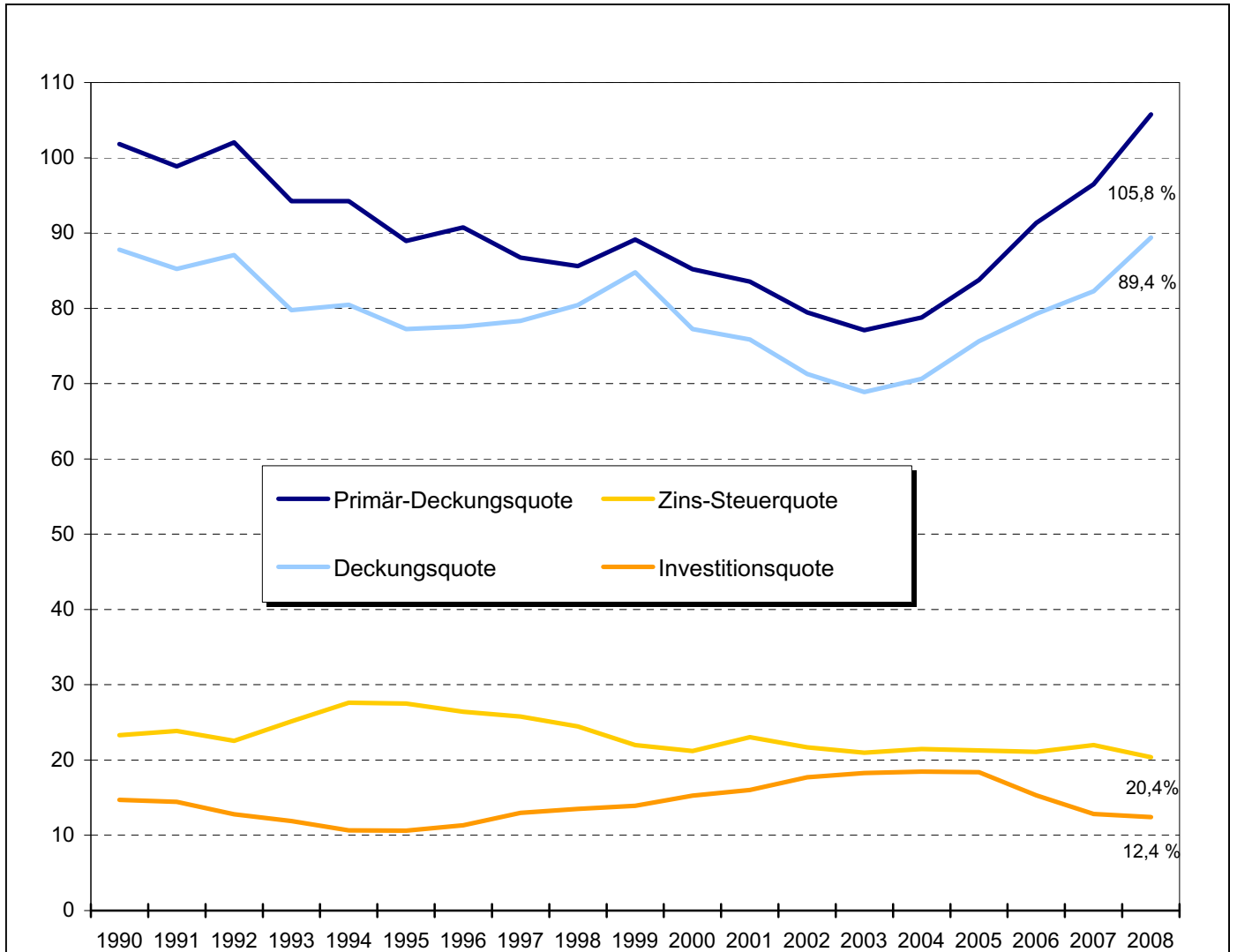
7) Nettokreditaufnahme - Investitionsausgaben (brutto bzw. netto) (Positive Werte = Verletzung von § 18 LHO); 1992/93: Ohne NTA;

1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag; ab 1995: geänderte Definition der "Netto-Investitionen"; Inv. Einnahmen = Gr 133, 134, 33 u. 34

*) Ohne Bereinigung um Ausgliederungseffekte

Senatorin für Finanzen, Referat 20

**Quoten des bremischen Haushalts
(Stadtstaat in %)**



Quelle: Die Senatorin für Finanzen



Senatorin für Finanzen, Referat 20

**Defizit- und Kreditfinanzierungsquote
(Stadtstaat Bremen, in Mio. Euro)**

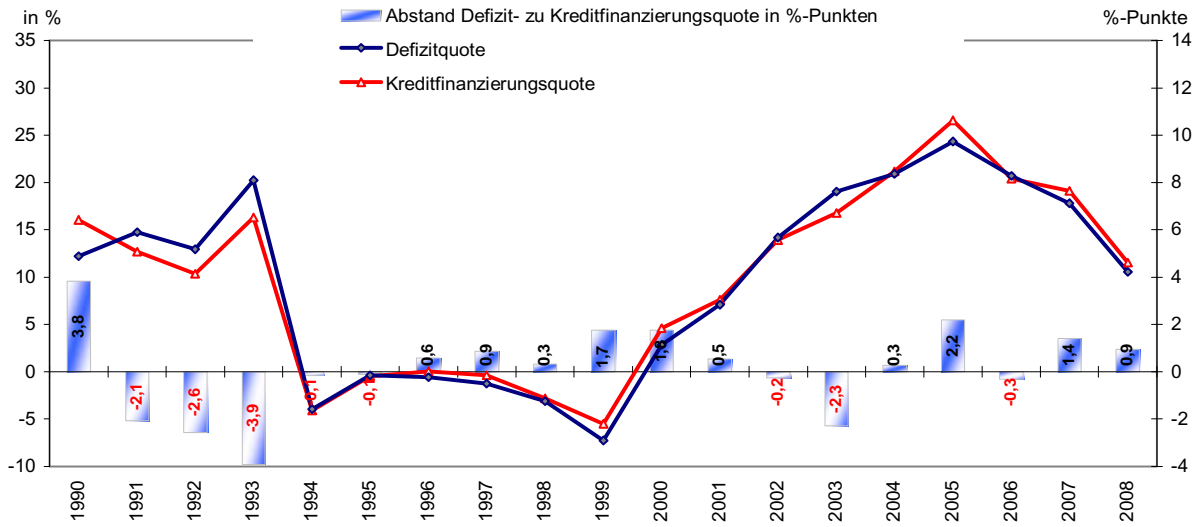


Senatorin für Finanzen, Referat 20

**Nettokreditaufnahme, Finanzierungssaldo, Defizit- und Kreditfinanzierungsquote 1990 - 2008
(Stadtstaat Bremen, in Mio. Euro)**

Jahr	Nettokreditaufnahme 1)		Finanzierungssaldo 1)		Bereinigte Gesamtausgaben	Sanierungs-Bundes-ergänzungszuweisungen	Kreditfinanzierungsquote		Defizitquote	
	(ohne San.-BEZ)	(mit San.-BEZ)	(ohne San.-BEZ)	(mit San.-BEZ)			(ohne San.-BEZ)	(mit San.-BEZ)	(ohne San.-BEZ)	(mit San.-BEZ)
	Mio. Euro						%			
1990	520,9	520,9	- 396,5	- 396,5	3.248,5		16,0	16,0	12,2	12,2
1991	453,2	453,2	- 527,6	- 527,6	3.573,7		12,7	12,7	14,8	14,8
1992	386,3	386,3	- 481,7	- 481,7	3.725,6		10,4	10,4	12,9	12,9
1993	638,8	638,8	- 791,7	- 791,7	3.912,1		16,3	16,3	20,2	20,2
1994	760,3	- 160,0	- 765,8	154,6	3.924,3	920,3	19,4	- 4,1	19,5	- 3,9
1995	901,6	- 18,7	- 906,0	14,3	3.982,3	920,3	22,6	- 0,5	22,8	- 0,4
1996	921,3	1,0	- 898,1	22,2	4.006,4	920,3	23,0	0,0	22,4	- 0,6
1997	906,9	- 14,5	- 871,0	49,3	4.024,0	920,3	22,5	- 0,4	21,6	- 1,2
1998	807,1	- 113,3	- 793,5	126,8	4.055,2	920,3	19,9	- 2,8	19,6	- 3,1
1999	695,5	- 224,8	- 623,8	296,5	4.099,9	920,3	17,0	- 5,5	15,2	- 7,2
2000	1.008,5	190,5	- 935,9	- 117,8	4.115,3	818,1	24,5	4,6	22,7	2,9
2001	1.034,0	318,2	- 1.011,6	- 295,8	4.188,4	715,8	24,7	7,6	24,2	7,1
2002	1.200,5	586,9	- 1.210,8	- 597,2	4.217,1	613,6	28,5	13,9	28,7	14,2
2003	1.221,2	709,9	- 1.317,8	- 806,5	4.235,8	511,3	28,8	16,8	31,1	19,0
2004	1.258,5	900,6	- 1.247,3	- 889,4	4.249,3	357,9	29,6	21,2	29,4	20,9
2005	1.089,0	1.089,0	- 999,2	- 999,2	4.103,2		26,5	26,5	24,4	24,4
2006	829,1	829,1	- 842,0	- 842,0	4.065,5		20,4	20,4	20,7	20,7
2007	773,6	773,6	- 717,6	- 717,6	4.051,1		19,1	19,1	17,7	17,7
2008	472,7	472,7	- 434,0	- 434,0	4.100,9		11,5	11,5	10,6	10,6

Kreditfinanzierungs- und Defizitquote * des Stadtstaates Bremen



© SIF 2006 - 09

*) Anteil des Finanzierungsdefizits bzw. der Nettokreditaufnahme an den Bereinigten Ausgaben in % (einschließlich Sanierungsbeträge)

**Kreditaufnahme und Schuldenstand am Kapitalmarkt
(Stadtstaat Bremen, in Mio. Euro)**

Jahr	Kredit- aufnahme (brutto)	Kredit- tilgung	Kredit- aufnahme (netto) 3)	Schuldenstand zum 31.12. des Jahres 1) 2)	nachrichtlich:		
					Zins- ausgaben	Bereinigte Gesamt- ausgaben	Zinslast- quote
Mio. Euro							
1970	74,2	23,5	50,7	710	27,4	814,5	3,4
1971	111,6	41,3	70,3	819	32,3	956,6	3,4
1972	175,7	35,0	140,7	831	40,6	1.087,5	3,7
1973	83,5	35,1	48,5	879	54,4	1.241,9	4,4
1974	287,0	50,7	236,3	1.121	65,9	1.485,3	4,4
1975	424,7	72,0	352,7	1.484	90,8	1.697,0	5,3
1976	446,5	91,0	355,6	1.854	116,6	1.737,4	6,7
1977	415,6	122,9	292,8	2.140	139,0	1.817,6	7,6
1978	459,8	155,7	304,1	2.439	155,8	1.960,1	7,9
1979	483,1	136,2	346,9	2.785	171,3	2.086,4	8,2
1980	600,2	179,1	421,1	3.194	204,0	2.348,9	8,7
1981	696,0	266,4	429,5	3.622	251,0	2.372,4	10,6
1982	893,2	478,0	415,2	4.053	309,3	2.408,7	12,8
1983	948,4	500,1	448,4	4.470	345,5	2.467,4	14,0
1984	970,6	572,1	398,4	4.935	371,1	2.508,9	14,8
1985	1.111,3	638,0	473,3	5.377	392,1	2.692,1	14,6
1986	1.292,2	782,3	509,9	5.863	408,9	2.643,9	15,5
1987	1.124,5	675,9	448,6	6.290	405,4	2.818,0	14,4
1988	1.059,4	792,3	267,0	6.705	430,6	2.944,1	14,6
1989	1.086,0	800,2	285,9	7.022	451,5	3.098,0	14,6
1990	1.318,9	798,0	520,9	7.539	470,8	3.248,5	14,5
1991	1.015,6	562,4	453,2	7.990	515,4	3.573,7	14,4
1992	874,7	488,4	386,3	8.587	572,9	3.725,6	15,4
1993	1.647,4	1.008,7	638,8	8.882	619,3	3.912,1	15,8
1994	941,6	1.101,6	- 160,0	8.768	647,5	3.924,3	16,5
1995	1.362,0	1.380,7	- 18,7	8.764	626,0	3.982,3	15,7
1996	1.254,5	1.253,5	1,0	8.691	612,7	4.006,4	15,3
1997	1.720,2	1.734,7	- 14,5	8.835	575,7	4.024,0	14,3
1998	1.413,1	1.526,3	- 113,3	8.654	565,5	4.055,2	13,9
1999	1.330,2	1.555,0	- 224,8	8.242	559,9	4.099,9	13,7
2000	1.370,5	1.180,0	190,5	8.675	503,2	4.115,3	12,2
2001	991,8	673,6	318,2	9.046	544,5	4.188,4	13,0
2002	1.116,8	529,8	586,9	9.678	501,8	4.217,1	11,9
2003	1.209,5	499,5	709,9	10.730	488,1	4.235,8	11,5
2004	1.757,0	856,4	900,6	11.414	502,1	4.249,3	11,8
2005	2.621,7	1.532,6	1.089,0	12.444	500,6	4.103,2	12,2
2006	2.254,3	1.425,1	829,1	13.520	547,2	4.065,5	13,5
2007	2.496,0	1.722,4	773,6	14.431	601,8	4.051,1	14,9
2008	2.927,2	2.454,4	472,7	15.404	634,6	4.100,9	15,5

1) Ab 1999: incl. Schulden des Bremer Kapitaleidienstfonds

2) Die Differenz aus der Nettokreditaufnahme und der tatsächlichen Neuverschuldung erklärt sich u. a. durch die Schuldenaufnahme für BKF und andere Sondervermögen sowie Kompensation der Rückbuchung Kreditaufnahme auf Vorjahr

3) Einschließlich der Sanierungszahlungen

**Aus-/Eingliederungen und Nettostellungen im Stadtstaat Bremen
(1990 - 2006)**

Ausgegliederte Einheit/ Art der Nettostellung	Jahr	Art der Umstellung	Gebietskörperschaft	Ausgegliederte Einheit
Altenwohn- u. pflegeheime Bremerhaven	1990	Ausgliederung	Bremerhaven	Altenwohn- u. pflegeheime Bremerhaven
Amt für Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft	1992	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Bremer Entsorgungsbetriebe
Stadtentwässerung 1)	1992	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	
Abfallwirtschaft 1)	1992	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	
Stadtentwässerung Bremen-Nord	1992	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	
Abfallwirtschaft Bremen-Nord	1992	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Theater Bremerhaven
Theater Bremerhaven	1992	Ausgliederung	Bremerhaven	
Werkstatt Bremen	1993	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Werkstatt Bremen
Volkshochschule Bremerhaven	1993	Ausgliederung	Bremerhaven	VHS Bremerhaven
Uni/ Hochschule Bremen	1994	Nettostellung	Land Bremen	Uni/ Hochschule Bremen
Rechenzentrum der bremischen Verwaltung	1994	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	ID Bremen
Fernmeldetechnisches Amt	1994	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	BreKom
Hochbauamt	1994	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	BreHoch
Entsorgungsbetriebe Bremerhaven	1994	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Entsorgungsbetriebe Bremerhaven
Staatl. Veterinäruntersuchungsanstalt	1995	Ausgliederung	Land Bremen	Landesuntersuchungsamt
Staatl. Hygieneinstitut	1995	Ausgliederung	Land Bremen	Landesuntersuchungsamt
Staatl. Chemische Untersuchungsanstalt	1995	Ausgliederung	Land Bremen	Landesuntersuchungsamt
Gartenbauamt	1995	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Stadtgrün Bremen
Friedhofswesen Bremen	1995	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Stadtgrün Bremen
Kataster- u. Vermessungsverwaltung	1995	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Kataster- und Vermessung Bremen
Staats- und Universitätsbibliothek	1996	Nettostellung	Land Bremen	Staats- und Universitätsbibliothek
Hochschule für Künste	1996	Nettostellung	Land Bremen	Hochschule für Künste
Hochschule Bremerhaven	1996	Nettostellung	Land Bremen	Hochschule Bremerhaven
Kindergeldzahlungen	1996	Nettostellung	Land Bremen	Kindergeldzahlungen
Kalkulatorische Mieten	1996	Eingliederung	L+G Bremen	Kalkulatorische Mieten
Bauamt Bremen-Nord	1996	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Modellversuch Bauamt Bremen-Nord
Friedhofswesen Bremen-Nord	1996	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Modellversuch Bauamt Bremen-Nord
Öffentliches Grün Bremen-Nord	1996	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Modellversuch Bauamt Bremen-Nord
Justizvollzugsanstalt	1996	Ausgliederung	Land Bremen	Judit
Bahnreform	1996	Bereinigung	Stadtgem. Bremen	Bahnreform
Volkshochschule Bremerhaven	1998	Ausgliederung	Bremerhaven	Volkshochschule Bremerhaven
Stadttheater Bremerhaven	1998	Ausgliederung	Bremerhaven	Stadttheater Bremerhaven
Pauschalisiertes Wohngeld Bremerhaven	1998	Nettostellung	Bremerhaven	Pausch. Wohngeld Bremerhaven
Helene-Kaisen-Haus Bremerhaven	1998	Ausgliederung	Bremerhaven	Helene-Kaisen-Haus Bremerhaven
Bäder Bremerhaven	1998	Ausgliederung	Bremerhaven	Bäder Bremerhaven
Volkshochschule Bremen	1999	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Volkshochschule Bremen
Stadtbibliothek Bremen	1999	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Stadtbibliothek Bremen
Musikschule Bremen	1999	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Musikschule Bremen
Grundstücksamt	1999	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Gesellschaft für Bremer Immobilien (GBI)
Allgemeines Grundvermögen	1999	Ausgliederung	L+G Bremen	Allgemeines Grundvermögen
Bremer Investitionsgesellschaft (BIG)	1999	Ausgliederung	L+G Bremen	Bremer Investitionsgesellschaft (BIG)
Baubereich	1999	Ausgliederung	L+G Bremen	Baubereich
Bremische Hafengesellschaft (BHG)	1999	Ausgliederung	L+G Bremen	Bremische Hafengesellschaft (BHG)
Bremer Aufbaubank (BAB)	1999	Ausgliederung	L+G Bremen	Bremer Aufbaubank (BAB)
Finanzen	2000	Ausgliederung	L+G Bremen	Performa-Nord
Hansestadt Bremisches Hafenam	2001	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Sondervermögen Überseestadt
GebäudeTechnikManagement	2002	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	GebäudeTechnikManagement
Bremen Ports	2002	Ausgliederung	Land Bremen	Sondervermögen Fischereihafen
Orchester	2002	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Zuschuss Orchester
Mieter-Vermieter-Modell	2002	Ausgliederung	L+G Bremen	Sondervermögen Technik u. Immobilien
Hafenunterhaltung	2002	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Sondervermögen Hafen
Infrastruktur	2003	Ausgliederung	L+G Bremen	Sondervermögen Infrastruktur
Gewerbeflächen	2003	Ausgliederung	L+G Bremen	Sondervermögen Gewerbeflächen
Orchester	2003	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	Orchester
Verlustausgleich Holding	2003	Verlagerung	Stadtgem. Bremen	Verlustausgleich Holding
ÖPNV-Bundesfinanzhilfen	2003	Konsumtiv-Investiv	Stadtgem. Bremen	ÖPNV-Bundesfinanzhilfen
BAFÖG-Zahlungen	2003	Nettostellung	Land Bremen	BAFÖG-Zahlungen
Kindertagesheime	2005	Ausgliederung	Stadtgem. Bremen	KiTa Bremen
Kasse der Performa-Nord	2006	Eingliederung	Land Bremen	Landeshauptkasse
Judit	2006	Eingliederung	Land Bremen	Justizvollzugsanstalt

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2008

Anlagen

Teil B (2)

Längerfristige Haushaltsentwicklung
Land und Stadtgemeinde (L + G) Bremen

Bereinigte Einnahmen und Einnahmearten

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	Steuer- einnahmen	LFA	BEZ 1)	Sonstige konsumtive Einnahmen	investive Einnahmen	Primär- einnahmen 2)	Bereinigte Einnahmen 2)
	Mio. Euro						
1980	1.160,2	100,3	-	347,6	118,7	1.712,3	1.726,7
1981	1.160,6	86,0	-	367,3	125,4	1.717,2	1.739,4
1982	1.167,5	123,7	-	410,1	160,5	1.801,4	1.861,8
1983	1.185,1	127,8	-	409,5	150,2	1.824,1	1.872,6
1984	1.186,9	166,0	-	456,4	216,9	1.914,1	2.026,2
1985	1.288,9	165,8	-	446,5	147,2	2.014,9	2.048,3
1986	1.265,8	186,8	44,0	455,3	119,3	2.055,0	2.071,2
1987	1.299,2	274,3	115,1	467,9	175,5	2.303,7	2.332,1
1988	1.339,7	252,8	132,3	488,9	170,9	2.367,7	2.384,6
1989	1.438,1	353,4	116,6	517,5	199,8	2.596,7	2.625,4
1990	1.470,8	350,6	131,1	534,9	201,1	2.666,6	2.688,5
1991	1.631,1	305,3	147,6	599,2	178,7	2.846,5	2.862,0
1992	1.814,8	285,8	356,7	509,2	226,5	3.169,1	3.193,0
1993	1.739,3	278,2	363,8	507,9	179,3	3.053,6	3.068,4
1994	1.805,5	308,8	150,9	497,9	225,4	2.921,6	2.988,5
1995	1.776,7	253,3	170,1	541,3	175,5	2.828,1	2.916,9
1996	1.722,8	367,7	161,8	607,1	94,1	2.935,0	2.953,5
1997	1.830,1	176,3	153,1	570,3	237,0	2.834,4	2.966,9
1998	1.683,6	377,6	173,3	525,4	353,5	2.844,9	3.113,5
1999	1.858,1	443,0	165,1	476,3	380,3	3.012,7	3.322,9
2000	1.770,6	356,5	166,9	558,3	170,9	2.947,9	3.023,2
2001	1.664,2	466,3	155,7	544,0	202,4	2.924,7	3.032,7
2002	1.673,0	420,4	144,3	451,1	171,8	2.830,3	2.860,6
2003	1.773,8	335,0	144,2	399,8	146,0	2.781,8	2.798,7
2004	1.794,3	356,8	117,5	450,1	170,6	2.841,0	2.889,3
2005	1.743,8	358,3	178,5	497,3	214,5	2.906,7	2.992,4
2006	1.944,0	380,5	192,2	459,9	129,3	3.098,1	3.106,0
2007	2.019,6	416,3	213,6	454,8	98,0	3.199,5	3.202,2
2008	2.236,8	559,3	231,9	424,2	86,8	3.538,5	3.539,0
(Anteil in %)	(63,2)	(15,8)	(6,6)	(12,0)	(2,5)	(100,0)	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
1981	0,0	- 14,2	-	5,7	5,7	0,3	0,7
1982	0,6	43,8	-	11,6	27,9	4,9	7,0
1983	1,5	3,3	-	- 0,1	- 6,4	1,3	0,6
1984	0,2	29,9	-	11,5	44,4	4,9	8,2
1985	8,6	- 0,1	-	2,1	- 38,7	5,3	1,1
1986	- 1,8	12,6	-	2,0	- 18,9	2,0	1,1
1987	2,6	46,8	161,6	2,8	47,1	12,1	12,6
1988	3,1	- 7,8	14,9	4,5	- 2,7	2,8	2,3
1989	7,3	39,8	- 11,8	5,9	17,0	9,7	10,1
1990	2,3	- 0,8	12,4	3,4	0,6	2,7	2,4
1991	10,9	- 12,9	12,6	12,0	- 11,1	6,7	6,5
1992	11,3	- 6,4	141,8	- 15,0	26,7	11,3	11,6
1993	- 4,2	- 2,7	2,0	- 0,3	- 20,8	- 3,6	- 3,9
1994	3,8	11,0	- 58,5	- 2,0	25,7	- 4,3	- 2,6
1995	- 1,6	- 18,0	12,7	8,7	- 22,1	- 3,2	- 2,4
1996	- 3,0	45,1	- 4,9	12,2	- 46,4	3,8	1,3
1997	6,2	- 52,1	- 5,4	- 6,1	151,8	- 3,4	0,5
1998	- 8,0	114,2	13,2	- 7,9	49,1	0,4	4,9
1999	10,4	17,3	- 4,7	- 9,3	7,6	5,9	6,7
2000	- 4,7	- 19,5	1,1	17,2	- 55,1	- 2,2	- 9,0
2001	- 6,0	30,8	- 6,7	- 2,6	18,5	- 0,8	0,3
2002	0,5	- 9,9	- 7,3	- 17,1	- 15,1	- 3,2	- 5,7
2003	6,0	- 20,3	- 0,1	- 11,4	- 15,1	- 1,7	- 2,2
2004	1,2	6,5	- 18,5	12,6	16,9	2,1	3,2
2005	- 2,8	0,4	51,9	10,5	25,7	2,3	3,6
2006	11,5	6,2	7,7	- 7,5	- 39,7	6,6	3,8
2007	3,9	9,4	11,1	- 1,1	- 24,2	3,3	3,1
2008	10,8	34,4	8,6	- 6,7	- 11,4	10,6	10,5

1) 1992/93: einschließlich Nachteilsausgleich; 1994 - 2004: ohne Sanierungsbeträge

2) Inkl. Globaler Mindereinnahme 1999 bzw. Globaler Mehreinnahme 2000 in Höhe von 56,3 Mio. €

Bereinigte Ausgaben und Ausgabearten

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	Zins- ausgaben	Personal- ausgaben	Sozialleistungs- ausgaben	Sonstige konsumtive Ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investitions- ausgaben	Primär- ausgaben	Bereinigte Ausgaben
	Mio. Euro							
1980	174,5	827,5	.	733,0	1.735,0	434,2	1.994,7	2.169,2
1981	214,9	873,6	.	751,4	1.840,0	341,0	1.966,1	2.181,0
1982	266,1	892,4	.	768,2	1.926,7	295,1	1.955,7	2.221,8
1983	302,8	911,4	.	771,7	1.985,9	284,1	1.967,2	2.270,0
1984	323,3	910,3	.	761,7	1.995,3	318,8	1.990,9	2.314,2
1985	339,5	927,0	243,7	665,3	2.175,6	312,2	2.148,3	2.487,8
1986	352,5	956,8	255,6	600,4	2.165,3	262,0	2.074,8	2.427,4
1987	347,9	989,0	271,5	677,6	2.286,0	329,8	2.267,9	2.615,8
1988	372,2	1.006,9	291,5	662,2	2.332,9	437,4	2.398,1	2.770,3
1989	413,7	1.021,2	316,9	717,4	2.469,2	476,0	2.531,6	2.945,2
1990	431,8	1.086,0	342,2	773,5	2.633,5	454,3	2.656,0	3.087,8
1991	475,4	1.180,9	370,8	881,9	2.908,9	485,7	2.919,2	3.394,6
1992	532,4	1.216,1	403,7	944,0	3.096,2	453,6	3.017,4	3.549,8
1993	609,7	1.243,2	474,2	947,3	3.274,4	430,5	3.095,2	3.704,9
1994	637,0	1.124,7	501,2	1.083,0	3.346,0	394,0	3.103,0	3.740,0
1995	616,2	1.135,8	534,7	1.108,7	3.395,4	404,4	3.183,7	3.799,9
1996	601,5	1.119,8	525,3	1.144,4	3.391,0	434,5	3.224,1	3.825,6
1997	564,2	1.110,6	505,5	1.154,8	3.335,2	496,6	3.267,5	3.831,7
1998	552,0	1.115,1	506,3	1.186,6	3.360,0	526,5	3.334,5	3.886,5
1999	546,5	1.116,8	507,2	1.214,0	3.384,5	542,7	3.380,7	3.927,2
2000	492,1	1.099,8	487,6	1.252,7	3.332,2	598,4	3.438,4	3.930,6
2001	531,5	1.113,1	492,6	1.219,8	3.357,2	644,7	3.470,3	4.001,9
2002	487,0	1.103,6	501,1	1.208,2	3.299,9	712,2	3.525,1	4.012,1
2003	471,1	1.129,6	525,7	1.172,5	3.298,9	739,0	3.566,8	4.037,8
2004	483,5	1.083,1	547,1	1.189,1	3.302,8	734,6	3.553,9	4.037,4
2005	478,1	1.065,7	554,1	1.109,9	3.207,8	688,3	3.418,0	3.896,1
2006	514,9	1.052,4	557,0	1.178,5	3.302,9	568,1	3.356,0	3.871,0
2007	565,9	1.053,8	573,1	1.194,5	3.387,3	461,7	3.283,1	3.849,0
2008	588,4	1.070,9	586,0	1.198,8	3.444,1	454,7	3.310,4	3.898,8
(Anteil in %)	(15,1)	(26,5)	(14,5)	(29,7)	(85,3)	(11,3)	(82,0)	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
1981	23,1	5,6	.	2,5	6,0	-21,5	-1,4	0,5
1982	23,8	2,1	.	2,2	4,7	-13,5	-0,5	1,9
1983	13,8	2,1	.	0,5	3,1	-3,7	0,6	2,2
1984	6,8	-0,1	.	-1,3	0,5	12,2	1,2	1,9
1985	-0,1	8,6	.	19,3	-38,7	2,1	3,1	1,1
1986	3,8	3,2	4,9	-9,8	-0,5	-16,1	-3,4	-2,4
1987	-1,3	3,4	6,2	12,9	5,6	25,9	9,3	7,8
1988	7,0	1,8	7,4	-2,3	2,1	32,6	5,7	5,9
1989	11,1	1,4	8,7	8,3	5,8	8,8	5,6	6,3
1990	4,4	6,3	8,0	7,8	6,7	-4,6	4,9	4,8
1991	10,1	8,7	8,4	14,0	10,5	6,9	9,9	9,9
1992	12,0	3,0	8,9	7,1	6,4	-6,6	3,4	4,6
1993	14,5	2,2	17,5	0,3	5,8	-5,1	2,6	4,4
1994	4,5	-9,5	5,7	14,3	2,2	-8,5	0,3	0,9
1995	-3,3	1,0	6,7	2,4	1,5	2,6	2,6	1,6
1996	-2,4	-1,4	-1,8	3,2	-0,1	7,4	1,3	0,7
1997	-6,2	-0,8	-3,8	0,9	-1,6	14,3	1,3	0,2
1998	-2,2	0,4	0,2	2,8	0,7	6,0	2,0	1,4
1999	-1,0	0,2	0,2	2,3	0,7	3,1	1,4	1,0
2000	-10,0	-1,5	-3,9	3,2	-1,5	10,2	1,7	0,1
2001	8,0	1,2	1,0	-2,6	0,7	7,7	0,9	1,8
2002	-8,4	-0,9	1,7	-1,0	-1,7	10,5	1,6	0,3
2003	-3,3	2,4	4,9	-3,0	0,0	3,8	1,2	0,6
2004	2,6	-4,1	4,1	1,4	0,1	-0,6	-0,4	0,0
2005	-1,1	-1,6	1,3	-6,7	-2,9	-6,3	-3,8	-3,5
2006	7,7	-1,2	0,5	6,2	3,0	-17,5	-1,8	-0,6
2007	9,9	0,1	2,9	1,4	2,6	-18,7	-2,2	-0,6
2008	4,0	1,6	2,3	0,4	1,7	-1,5	0,8	1,3

Personalausgaben in Bremen *)

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	Bezüge der Beschäftigten 1)	Versorgungsbezüge	Beihilfen, Unterstützungen	Sonstige 2)	Insgesamt	nachrichtlich: Bereinigte Personalausgaben 3)	
						Bezüge	Versorgung
Mio. Euro							
1987	558,0	129,6	24,0	41,0	752,6	558,0	129,6
1988	564,2	135,6	24,4	38,1	762,4	551,4	132,9
1989	572,9	141,2	26,5	25,3	765,9	548,7	136,0
1990	607,4	150,1	24,4	27,4	809,4	569,1	142,2
1991	655,2	161,7	25,4	30,2	872,5	580,3	145,8
1992	699,5	174,7	26,2	27,3	927,7	582,8	149,3
1993	719,0	183,7	28,8	18,8	950,3	578,1	152,2
1994	726,8	187,1	30,0	16,6	960,5	574,5	153,6
1995	744,9	198,0	33,9	19,9	996,7	566,6	156,4
1996	743,4	204,8	33,1	14,8	996,2	556,8	160,6
1997	740,9	213,4	35,1	14,5	1.003,8	544,8	164,8
1998	734,7	221,8	35,6	16,3	1.008,5	531,5	169,2
1999	737,2	231,7	36,9	17,4	1.023,3	517,7	173,3
2000	723,3	240,8	35,8	18,5	1.018,5	500,9	178,9
2001	721,2	255,3	38,7	19,4	1.034,6	490,5	186,2
2002	724,7	266,9	39,1	18,3	1.049,1	479,9	191,1
2003	737,0	278,4	40,8	19,9	1.076,1	475,5	197,3
2004	720,7	278,3	41,9	14,9	1.055,8	471,3	199,7
2005	728,6	287,6	45,0	16,8	1.078,0	462,2	206,6
2006	704,6	285,3	45,5	17,0	1.052,4	457,8	212,5
2007	696,6	294,1	45,9	17,3	1.053,8	448,6	219,0
2008	702,7	304,1	47,9	16,1	1.070,9	446,7	225,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
1988	1,1	4,6	1,9	-6,9	1,3	-1,2	2,6
1989	1,6	4,1	8,2	-33,7	0,5	-0,5	2,3
1990	6,0	6,3	-7,7	8,2	5,7	3,7	4,5
1991	7,9	7,7	3,9	10,5	7,8	2,0	2,5
1992	6,8	8,1	3,4	-9,8	6,3	0,4	2,4
1993	2,8	5,2	9,8	-31,2	2,4	-0,8	2,0
1994	1,1	1,8	4,0	-11,7	1,1	-0,6	0,9
1995	2,5	5,8	13,2	20,1	3,8	-1,4	1,8
1996	-0,2	3,5	-2,5	-25,5	0,0	-1,7	2,7
1997	-0,3	4,2	6,0	-2,4	0,8	-2,2	2,6
1998	-0,8	3,9	1,5	12,7	0,5	-2,4	2,6
1999	0,3	4,5	3,8	6,6	1,5	-2,6	2,5
2000	-1,9	3,9	-3,1	6,4	-0,5	-3,2	3,2
2001	-0,3	6,0	8,0	5,0	1,6	-2,1	4,1
2002	0,5	4,5	1,2	-5,6	1,4	-2,1	2,6
2003	1,7	4,3	4,3	8,3	2,6	-0,9	3,3
2004	-2,2	0,0	2,7	-25,1	-1,9	-0,9	1,2
2005	1,1	3,4	7,4	12,8	2,1	-1,9	3,5
2006	-3,3	-0,8	1,1	1,1	-2,4	-1,0	2,8
2007	-1,1	3,1	0,8	2,1	0,1	-2,0	3,1
2008	0,9	3,4	4,5	-6,9	1,6	-0,4	2,9

1) Ohne ABM

2) Einschließlich ABM

3) Basis 1987 bereinigt um kostenrelevante Faktoren (Tarif, Sozialversicherung, Sonderzahlungen) gem. eigenen Berechnungen

*) Ausgliederungsstand 2008 rückwirkend bereinigt; ohne Sonderhaushalte, Eigenbetriebe, Stiftungen und Beteiligungen

Senatorin für Finanzen, Referat 20

Sozialleistungsausgaben nach Arten

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	kommunale Leistungen nach SGB II (insbes. Kosten der Unterkunft)	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	Erziehungshilfe	Verrechnungen mit Bremerhaven	Leistungen nach dem Asylbewerber - Leistungsgesetz 1)	Sonstige Aufwendungen	Insgesamt
1985	-	89,3	105,1	21,5	6,5	-	14,6	237,0
1986	-	99,0	106,9	21,6	6,2	-	14,7	248,5
1987	-	104,3	116,5	22,3	7,2	-	14,0	264,2
1988	-	111,0	126,8	23,6	7,1	-	15,3	283,8
1989	-	118,8	139,7	25,5	7,4	-	17,4	308,8
1990	-	127,6	152,1	27,5	8,6	-	17,6	333,5
1991	-	129,1	156,9	31,9	27,7	-	18,2	363,8
1992	-	139,0	165,6	37,6	34,1	-	20,1	396,4
1993	-	139,4	178,5	41,7	40,4	44,3	22,3	466,6
1994	-	154,6	185,2	46,3	43,7	40,4	23,1	493,3
1995	-	171,9	191,9	48,5	44,0	48,7	24,0	529,0
1996	-	178,1	185,2	46,7	43,3	45,1	23,4	521,7
1997	-	190,7	152,0	55,8	31,3	45,7	27,4	502,8
1998	-	201,1	152,9	56,5	26,1	35,2	32,0	503,8
1999	-	192,4	155,1	67,2	26,1	30,1	33,8	504,8
2000	-	190,4	151,1	60,6	33,2	26,9	25,5	487,6
2001	-	188,6	157,3	61,0	23,4	26,9	35,4	492,6
2002	-	183,6	161,7	67,4	35,3	27,3	25,8	501,1
2003	-	177,3	176,4	72,8	35,8	25,5	37,9	525,7
2004	-	165,7	192,6	74,8	37,4	23,1	53,6	547,1
2005	167,7	49,7	171,3	73,5	40,0	22,3	29,5	554,1
2006	183,5	50,4	161,8	70,5	38,3	21,1	31,4	557,0
2007	168,1	53,8	164,5	81,2	56,4	20,9	28,2	573,1
2008	176,5	57,3	157,8	91,5	56,2	19,5	27,2	586,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
1986		+10,9	+1,7	+0,7	-3,9		+1,1	+4,9
1987		+5,3	+9,0	+3,1	+14,8		-4,9	+6,3
1988		+6,4	+8,9	+6,0	-0,7		+9,5	+7,4
1989		+7,1	+10,2	+8,0	+4,3		+13,7	+8,8
1990		+7,4	+8,9	+7,8	+16,6		+0,9	+8,0
1991		+1,2	+3,2	+15,8	+220,1		+3,5	+9,1
1992		+7,7	+5,6	+18,0	+23,3		+10,4	+9,0
1993		+0,3	+7,8	+10,8	+18,4		+11,2	+17,7
1994		+10,9	+3,8	+11,2	+8,1	-8,8	+3,2	+5,7
1995		+11,2	+3,6	+4,8	+0,9	+20,3	+4,0	+7,2
1996		+3,6	-3,5	-3,8	-1,7	-7,4	-2,5	-1,4
1997		+7,0	-17,9	+19,5	-27,7	+1,4	+17,1	-3,6
1998		+5,5	+0,6	+1,2	-16,6	-22,9	+16,7	+0,2
1999		-4,3	+1,5	+19,0	-0,1	-14,6	+5,6	+0,2
2000		-1,1	-2,6	-9,9	+27,2	-10,8	-24,6	-3,4
2001		-1,0	+4,1	+0,6	-29,5	+0,2	+39,0	+1,0
2002		-2,6	+2,7	+10,6	+50,9	+1,6	-27,3	+1,7
2003		-3,4	+9,1	+7,9	+1,6	-6,5	+47,1	+4,9
2004		-6,6	+9,2	+2,8	+4,3	-9,7	+41,3	+4,1
2005		-70,0	-11,0	-1,7	+7,1	-3,3	-44,9	+1,3
2006	+9,4	+1,4	-5,5	-4,1	-4,3	-5,5	+6,4	+0,5
2007	-8,4	+6,7	+1,7	+15,2	+47,3	-0,9	-10,2	+2,9
2008	+5,0	+6,4	-4,1	+12,7	-0,4	-6,7	-3,5	+2,2

1) Bis 1992 wurden vergleichbare Leistungen (nach BSHG) der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe in besonderen Lebenslagen zugerechnet. Im Wert des Jahres 1993 sind aus Vergleichbarkeitsgründen auch die bis 31.10.93 entstandenen Ausgaben der Leistungen für Asylbewerber nach dem BSHG enthalten.

Finanzierungssalden *)

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	Finanzierungssaldo		Konsumtiver Finanzierungssaldo		Primärsaldo		Investiver Finanzierungssaldo
	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	ohne Sanierungs-BEZ	inkl. Sanierungs-BEZ	
1980	-442		-127		-282		-316
1981	-442		-226		-249		-216
1982	-360		-225		-154		-135
1983	-397		-264		-143		-134
1984	-288		-186		-77		-102
1985	-440		-274		-133		-165
1986	-356		-213		-20		-143
1987	-284		-129		36		-154
1988	-386		-119		-30		-267
1989	-320		-44		65		-276
1990	-399		-146		11		-253
1991	-533		-226		-73		-307
1992	-357	-228	-130	-1	152	281	-227
1993	-637	-507	-385	-256	-42	87	-251
1994	-751	169	-583	337	-181	739	-169
1995	-883	37	-654	266	-356	565	-229
1996	-872	48	-532	389	-289	631	-340
1997	-865	55	-605	315	-433	487	-260
1998	-773	147	-600	320	-490	431	-173
1999	-604	316	-442	478	-368	552	-162
2000	-907	-89	-480	338	-491	328	-427
2001	-969	-253	-527	189	-546	170	-442
2002	-1.151	-538	-611	2	-695	-81	-540
2003	-1.239	-728	-646	-135	-785	-274	-593
2004	-1.148	-790	-584	-226	-713	-355	-564
2005	-904		-430		-511		-474
2006	-765		-326		-258		-439
2007	-647		-283		-84		-364
2008	-360		8		229		-368
Veränderung gegenüber Vorjahr							
1981	1		-99		33		100
1982	82		1		95		81
1983	-37		-38		11		1
1984	109		78		66		32
1985	-152		-88		-57		-63
1986	83		61		114		22
1987	72		84		56		-12
1988	-102		10		-66		-112
1989	66		76		96		-10
1990	-79		-102		-54		23
1991	-133		-80		-83		-54
1992	176	305	96	225	224	353	80
1993	-280	-280	-256	-256	-193	-193	-24
1994	-115	676	-198	594	-140	651	83
1995	-131	-131	-71	-71	-174	-174	-60
1996	11	11	122	122	66	66	-111
1997	7	7	-74	-74	-144	-144	81
1998	92	92	5	5	-56	-56	87
1999	169	169	158	158	122	122	11
2000	-303	-405	-38	-140	-123	-225	-265
2001	-62	-164	-47	-149	-55	-157	-15
2002	-182	-285	-84	-186	-149	-252	-98
2003	-88	-190	-35	-137	-90	-192	-53
2004	91	-62	62	-91	72	-81	29
2005	244	790	154	226	202	355	90
2006	139		104		253		35
2007	118		43		174		75
2008	287		291		312		-4

*) Konsumtive Einnahmen und Gesamteinnahmen: 1999 inkl. Globale Mindereinnahme, 2000 inkl. Globale Mehreinnahme i. H. v. 56,3 Mio. €
Sanierungs-BEZ: inklusive Nachteilsausgleich (1992 / 1993)

**Kennzahlen und Quoten der bremischen Haushalte
(L + G Bremen)**

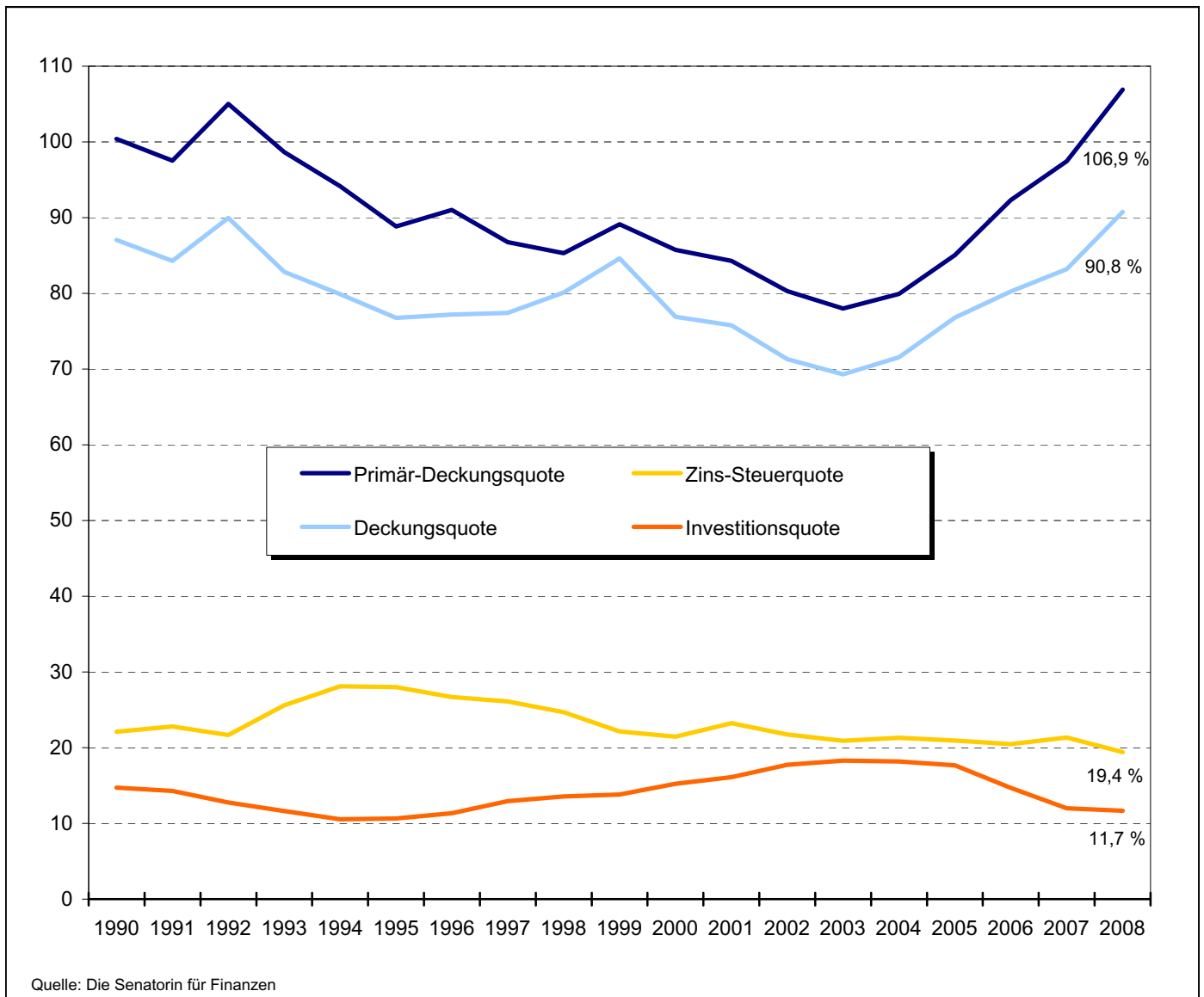
Jahr	Wachstumsrate		Deckungsquote 2)		Zins- Ausgaben- quote 4)	Zins- Steuer- Quote 5)	Investitions- quote 6)	Verletzung § 18 LHO 7)	
	Bereinigte Gesamt- einnahmen 1)	Bereinigte Gesamt- ausgaben	insgesamt	bezogen auf Primäreinnahmen und -ausgaben 3)				brutto	netto
	%							Mio. Euro	
1980	6,3	13,4	79,6	85,8	8,0	13,8	20,0	-71,9	46,8
1981	0,7	0,5	79,8	87,3	9,9	17,2	15,6	24,6	150,0
1982	7,0	1,9	83,8	92,1	12,0	20,6	13,3	68,6	229,1
1983	0,6	2,2	82,5	92,7	13,3	23,1	12,5	96,2	246,5
1984	8,2	1,9	87,6	96,1	14,0	23,9	13,8	32,6	249,5
1985	1,1	7,5	82,3	93,8	13,6	23,3	12,6	98,7	245,9
1986	1,1	-2,4	85,3	99,0	14,5	24,3	10,8	177,1	296,5
1987	12,6	7,8	89,2	101,6	13,3	20,6	12,6	92,6	268,2
1988	2,3	5,9	86,1	98,7	13,4	21,6	15,8	-199,5	-28,7
1989	10,1	6,3	89,1	102,6	14,0	21,7	16,2	-187,7	12,1
1990	2,4	4,8	87,1	100,4	14,0	22,1	14,7	68,9	270,0
1991	6,5	9,9	84,3	97,5	14,0	22,8	14,3	-23,9	154,9
1992	20,4	4,6	89,9	105,0	15,0	21,7	12,8	58,8	285,3
1993	-3,6	4,4	82,8	98,7	16,5	25,6	11,6	316,5	495,7
1994	-10,0	0,9	79,9	94,2	17,0	28,1	10,5	359,9	585,3
1995	-2,4	1,6	76,8	88,8	16,2	28,0	10,6	480,8	656,3
1996	1,3	0,7	77,2	91,0	15,7	26,7	11,4	460,3	554,5
1997	0,5	0,2	77,4	86,7	14,7	26,1	13,0	399,2	636,2
1998	4,9	1,4	80,1	85,3	14,2	24,7	13,5	254,0	607,5
1999	6,7	1,0	84,6	89,1	13,9	22,2	13,8	128,5	508,8
2000	-9,0	0,1	76,9	85,7	12,5	21,5	15,2	57,9	228,8
2001	0,3	1,8	75,8	84,3	13,3	23,2	16,1	351,7	554,2
2002	-5,7	0,3	71,3	80,3	12,1	21,8	17,8	423,3	595,2
2003	-2,2	0,6	69,3	78,0	11,7	20,9	18,3	401,8	547,8
2004	3,2	0,0	71,6	79,9	12,0	21,3	18,2	68,4	238,9
2005	3,6	-3,5	76,8	85,0	12,3	21,0	17,7	307,8	522,3
2006	3,8	-0,6	80,2	92,3	13,3	20,5	14,7	175,6	304,9
2007	3,1	-0,6	83,2	97,5	14,7	21,4	12,0	222,3	320,3
2008	10,5	1,3	90,8	106,9	15,1	19,4	11,7	-117,9	-31,1

- 1) 1992/93: Einschließlich Nachteilsausgleich; 1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag
 2) Bereinigte Gesamteinnahmen / Bereinigte Gesamtausgaben; 1992/93: ohne Nachteilsausgleich (netto: 129,1 Mio. €); 1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag
 3) Primäreinnahmen: ohne Veräußerungserlöse; Primärausgaben: ohne Zinsausgaben
 4) Zinsausgaben / Bereinigte Gesamtausgaben
 5) Zinsausgaben / (Steuereinnahmen - FDE + LFA + BEZ)
 6) Investitionsausgaben / Bereinigte Gesamtausgaben; 1994-2007: einschließlich ISP/AIP
 7) Nettokreditaufnahme - Investitionsausgaben (brutto bzw. netto) (Positive Werte = Verletzung von § 18 LHO); 1992/93: Ohne NTA; 1994-2004: Ohne Sanierungsbetrag

*) Ohne Bereinigung um Ausgliederungseffekte

Senatorin für Finanzen, Referat 20

**Quoten der bremischen Haushalte
 (L + G Bremen; in %)**



Kreditaufnahme und Schuldenstand am Kapitalmarkt

(L + G Bremen, in Mio. €)

Jahr	Kredit- aufnahme (brutto)	Kredit- tilgung	Kredit- aufnahme (netto) 2)	Schuldenstand zum 31.12. des Jahres 3)	nachrichtlich:		
					Zins- ausgaben	Bereinigte Gesamt- ausgaben	Zins-Ausgaben- quote
Mio. Euro							
1970	65,1	19,9	45,2	642	22,8	753,9	3,0
1971	100,3	37,3	63,0	742	27,1	900,1	3,0
1972	161,6	30,1	131,5	744	34,8	1.023,9	3,4
1973	72,0	30,1	41,9	785	47,6	1.169,1	4,1
1974	254,4	44,5	209,9	999	57,7	1.374,4	4,2
1975	366,4	64,8	301,7	1.309	78,5	1.530,7	5,1
1976	377,7	83,5	294,2	1.616	101,7	1.603,0	6,3
1977	387,5	112,7	274,8	1.891	120,5	1.666,5	7,2
1978	404,9	145,6	259,3	2.145	136,2	1.800,0	7,6
1979	412,1	124,7	287,4	2.431	148,7	1.913,0	7,8
1980	515,0	152,7	362,3	2.782	174,5	2.169,2	8,0
1981	616,2	250,6	365,6	3.148	214,9	2.181,0	9,9
1982	821,6	457,9	363,7	3.528	266,1	2.221,8	12,0
1983	857,4	477,1	380,3	3.879	302,8	2.270,0	13,3
1984	906,2	554,8	351,5	4.290	323,3	2.314,2	14,0
1985	1.028,8	617,8	411,0	4.677	339,5	2.487,8	13,6
1986	1.195,6	756,5	439,1	5.101	352,5	2.427,4	14,5
1987	1.069,7	650,9	418,9	5.485	347,9	2.615,8	13,3
1988	1.006,1	768,2	237,9	5.861	372,2	2.770,3	13,4
1989	1.070,7	782,4	288,3	6.460 1)	413,7	2.945,2	14,0
1990	1.261,1	737,9	523,2	6.984	431,8	3.087,8	14,0
1991	1.007,9	546,1	461,8	7.451	475,4	3.394,6	14,0
1992	856,8	473,4	383,4	8.034	532,4	3.549,8	15,0
1993	1.619,3	1.001,4	617,9	8.831 1)	609,7	3.704,9	16,5
1994	922,2	1.088,6	- 166,4	8.678	637,0	3.740,0	17,0
1995	1.333,9	1.368,9	- 35,1	8.632	616,2	3.799,9	16,2
1996	1.220,7	1.246,2	- 25,5	8.511	601,5	3.825,6	15,7
1997	1.694,1	1.718,7	- 24,6	8.639	564,2	3.831,7	14,7
1998	1.376,3	1.516,2	- 139,8	8.431	552,0	3.886,5	14,2
1999	1.287,4	1.536,5	- 249,1	7.992	546,5	3.927,2	13,9
2000	1.062,9	1.175,5	- 112,6	8.459	492,1	3.930,9	12,5
2001	670,8	667,7	3,1	8.793	531,5	4.001,9	13,3
2002	717,6	522,8	194,8	9.364	487,0	4.012,1	12,1
2003	1.193,5	540,6	652,9	10.364	471,1	4.037,8	11,7
2004	1.650,2	847,2	803,0	10.926	483,5	4.037,4	12,0
2005	2.516,7	1.520,5	996,1	11.896	478,1	3.896,1	12,3
2006	2.154,0	1.410,3	743,7	12.895	514,9	3.871,0	13,3
2007	2.388,1	1.704,2	683,9	13.734	565,9	3.849,0	14,7
2008	2.822,7	2.433,4	389,3	14.619	588,4	3.898,8	15,1

- 1) einschl. Schuldenübernahmen von Bremerhaven in Höhe von 307 Mio € (1989) und 423 Mio € (1993)
 2) Kreditaufnahme (netto) bezieht sich nur auf Land und Stadtgemeinde Bremen (ohne BKF und Sondervermögen)
 3) Die Differenz aus der Nettokreditaufnahme und der tatsächlichen Neuverschuldung erklärt sich u. a. durch die Schuldenaufnahme für BKF und andere Sondervermögen sowie Kompensation der Rückbuchung Kreditaufnahme auf 2007 (s. a. Übersicht S. IX Teil Gesamthaushalt).

Zentrales Finanzcontrolling
Jahresbericht 2008
Anlagen

Teil B (3)
Längerfristige Haushaltsentwicklung
Stadtgemeinde Bremerhaven



Bereinigte Einnahmen und Einnahmearten

(Stadtgemeinde Bremerhaven, in Mio. €)

Jahr	Steuer- einnahmen	Schlüssel- zuweisungen	Ausgleichs- zuweisungen	Sonstige konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Primär- einnahmen	Bereinigte Einnahmen
	Mio. Euro						
1980	54,6	29,4	22,5	127,1	22,4	255,9	255,9
1981	52,3	29,1	22,6	138,8	18,3	261,2	261,2
1982	54,9	30,1	22,9	146,2	13,4	267,5	267,5
1983	55,8	30,9	22,9	156,5	20,5	286,6	286,6
1984	55,7	33,3	22,2	162,5	17,0	290,6	290,6
1985	58,1	35,4	31,1	167,2	23,1	314,8	314,8
1986	57,2	36,7	30,7	171,8	22,6	319,0	319,0
1987	63,0	46,0	24,7	193,4	19,2	346,3	346,3
1988	65,8	43,2	23,8	216,2	22,2	371,1	371,1
1989	65,1	64,4	38,6	204,0	23,9	396,0	396,0
1990	67,4	65,4	39,7	211,1	24,9	408,5	408,5
1991	76,7	68,8	43,1	238,9	33,2	460,7	460,7
1992	81,7	80,2	44,2	250,1	30,3	486,5	486,5
1993	83,9	53,0	27,8	266,3	25,8	456,8	456,8
1994	79,0	54,1	39,3	259,1	23,7	455,1	455,1
1995	76,3	44,6	35,8	252,8	22,3	431,8	431,8
1996	69,1	46,9	34,4	247,8	29,6	427,9	427,9
1997	75,1	41,7	32,9	226,3	70,1	446,3	446,3
1998	76,8	43,5	41,4	216,4	39,4	417,5	417,5
1999	82,0	52,2	40,9	217,7	48,5	441,2	441,2
2000	78,7	44,2	40,3	215,5	46,0	424,8	424,8
2001	76,8	43,7	37,7	208,9	62,2	429,3	429,3
2002	77,6	42,4	36,1	203,2	56,1	415,3	415,3
2003	73,0	40,0	42,6	184,7	106,0	446,2	446,2
2004	69,6	40,8	41,3	208,3	72,3	432,3	432,3
2005	72,4	47,5	38,6	227,9	27,4	413,9	413,9
2006	78,4	51,1	45,8	221,2	30,5	425,4	427,0
2007	88,9	55,0	45,0	224,0	26,7	436,7	439,6
2008	89,1	79,7	0,0	256,7	13,3	438,8	438,8
(Anteil in %)	(20,2)	(12,5)	(10,2)	(51,0)	(6,1)	(99,3)	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
1981	- 4,1	- 0,8	-	9,3	- 18,4	2,1	2,1
1982	4,8	3,4	-	5,3	- 26,8	2,4	2,4
1983	1,6	2,6	-	7,0	53,8	7,1	7,1
1984	- 0,1	7,7	-	3,9	- 17,0	1,4	1,4
1985	8,6	- 0,1	-	2,1	- 38,7	8,3	1,1
1986	- 1,5	3,7	-	2,8	- 2,2	1,3	1,3
1987	10,2	25,4	- 19,7	12,6	- 14,9	8,6	8,6
1988	4,3	- 6,1	- 3,7	11,8	15,2	7,1	7,1
1989	- 1,1	49,1	62,5	- 5,6	7,8	6,7	6,7
1990	3,6	1,7	2,8	3,4	4,1	3,2	3,2
1991	13,9	5,2	8,5	13,2	33,6	12,8	12,8
1992	6,5	16,5	2,5	4,7	- 8,9	5,6	5,6
1993	2,7	- 33,9	- 36,9	6,5	- 14,8	- 6,1	- 6,1
1994	- 5,8	1,9	41,2	- 2,7	- 8,2	- 0,4	- 0,4
1995	- 3,4	- 17,5	- 8,9	- 2,4	- 5,8	- 5,1	- 5,1
1996	- 9,5	5,2	- 3,8	- 2,0	32,9	- 0,9	- 0,9
1997	8,7	- 11,0	- 4,4	- 8,7	136,8	4,3	4,3
1998	2,3	4,2	25,7	- 4,4	- 43,9	- 6,5	- 6,5
1999	6,7	20,0	- 1,3	0,6	23,1	5,7	5,7
2000	- 4,0	- 15,3	- 1,4	- 1,0	- 5,0	- 3,7	- 3,7
2001	- 2,4	- 1,0	- 6,5	- 3,1	35,2	1,1	1,1
2002	0,9	- 3,1	- 4,1	- 2,7	- 9,8	- 3,3	- 3,3
2003	- 5,9	- 5,6	17,7	- 9,1	88,9	7,4	7,4
2004	- 4,6	1,9	- 2,9	12,8	- 31,7	- 3,1	- 3,1
2005	4,0	16,6	- 6,5	9,4	- 62,1	- 4,3	- 4,3
2006	8,2	7,6	18,6	- 2,9	11,2	2,8	3,2
2007	13,4	7,6	- 1,8	1,3	- 12,5	2,7	2,9
2008	0,2	44,9	- 100,0	14,6	- 50,2	0,5	- 0,2



Bereinigte Ausgaben und Ausgabearten

(Stadtgemeinde Bremerhaven, in Mio. €)

Jahr	Zinsausgaben	Personalausgaben	Sozialleistungsausgaben	Sonstige konsumtive Ausgaben	Konsumtive Ausgaben	Investitionsausgaben	Primärausgaben	Bereinigte Ausgaben
	Mio. Euro							
1980	29,5	141,4	33,1	85,2	256,2	51,1	277,7	307,3
1981	36,0	152,5	35,6	89,2	277,8	37,4	279,1	315,2
1982	43,3	156,8	39,3	95,5	295,6	30,4	282,8	326,0
1983	42,7	161,5	40,9	102,5	306,8	34,9	299,0	341,7
1984	47,8	163,1	44,7	107,6	318,5	30,3	301,0	348,9
1985	52,6	167,0	47,9	61,1	328,6	42,9	318,9	371,5
1986	56,3	170,9	51,3	75,0	353,5	33,6	330,7	387,0
1987	57,5	176,2	54,3	64,0	352,0	34,9	329,4	386,9
1988	58,4	180,4	56,8	63,8	359,4	38,6	339,6	398,0
1989	37,8	183,5	61,2	66,3	348,9	39,0	350,0	387,9
1990	39,0	190,1	65,1	70,2	364,4	45,1	370,4	409,5
1991	40,0	206,3	91,5	65,8	403,5	51,0	414,6	454,6
1992	40,5	215,5	108,8	74,4	439,2	44,7	443,5	484,0
1993	9,5	219,1	106,9	90,1	425,7	56,1	472,3	481,8
1994	10,5	212,9	118,4	84,8	426,6	40,5	456,5	467,0
1995	9,8	212,7	119,9	78,9	421,3	34,1	445,6	455,4
1996	11,2	215,5	123,3	71,6	421,6	32,1	442,6	453,7
1997	11,6	217,5	112,0	61,2	402,2	50,1	440,8	452,4
1998	13,6	213,2	106,8	58,8	392,3	45,7	424,5	438,0
1999	13,4	216,8	110,7	63,6	404,5	56,1	447,1	460,6
2000	11,1	214,9	108,2	68,8	403,0	50,5	442,3	453,4
2001	13,0	216,0	109,6	67,7	406,2	64,6	457,8	470,8
2002	14,8	218,3	109,9	67,8	410,7	64,5	460,4	475,2
2003	17,0	213,2	117,4	59,8	407,4	112,8	503,1	520,2
2004	18,6	211,4	117,9	57,6	405,5	122,8	509,7	528,3
2005	22,5	212,6	128,7	47,2	411,0	98,5	487,0	509,5
2006	32,2	208,8	129,7	47,3	418,0	86,0	471,8	504,0
2007	35,9	212,0	130,0	49,2	427,1	83,4	474,6	510,5
2008	46,2	215,6	131,2	48,9	441,9	71,0	466,7	512,9
(Anteil in %)	(9,0)	(40,8)	(24,8)	(9,3)	(83,6)	(13,4)	(88,3)	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
1981	22,0	7,9	.	4,7	8,5	- 26,9	0,5	2,6
1982	20,0	2,8	.	7,0	6,4	- 18,7	1,3	3,4
1983	- 1,2	3,0	.	7,3	3,8	14,9	5,7	4,8
1984	11,9	0,9	.	5,0	3,8	- 13,2	0,7	2,1
1985	- 0,1	8,6	.	1,3	- 38,7	2,1	3,1	1,1
1986	7,0	2,3	7,0	22,8	7,6	- 21,8	3,7	4,2
1987	2,1	3,1	5,9	- 14,6	- 0,4	3,9	- 0,4	0,0
1988	1,5	2,4	4,6	- 0,4	2,1	10,8	3,1	2,9
1989	- 35,2	1,7	7,8	3,9	- 2,9	0,9	3,1	- 2,6
1990	3,2	3,6	6,3	5,8	4,4	15,7	5,8	5,6
1991	2,5	8,5	40,6	- 6,2	10,8	13,2	11,9	11,0
1992	1,1	4,5	19,0	13,1	8,8	- 12,4	7,0	6,5
1993	- 76,4	1,7	- 1,8	21,1	- 3,1	25,5	6,5	- 0,4
1994	9,9	- 2,8	10,7	- 6,0	0,2	- 27,9	- 3,3	- 3,1
1995	- 6,3	- 0,1	1,3	- 6,9	- 1,2	- 15,6	- 2,4	- 2,5
1996	13,9	1,3	2,8	- 9,2	0,1	- 5,9	- 0,7	- 0,4
1997	3,3	0,9	- 9,1	- 14,6	- 4,6	56,1	- 0,4	- 0,3
1998	17,1	- 2,0	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 8,8	- 3,7	- 3,2
1999	- 1,0	1,7	3,7	8,1	3,1	22,7	5,3	5,1
2000	- 17,6	- 0,9	- 2,2	8,2	- 0,4	- 10,0	- 1,1	- 1,6
2001	17,5	0,5	1,3	- 1,6	0,8	28,0	3,5	3,8
2002	13,8	1,1	0,3	0,1	1,1	- 0,2	0,6	0,9
2003	15,2	- 2,3	6,8	- 11,8	- 0,8	74,9	9,3	9,5
2004	9,0	- 0,8	0,4	- 3,6	- 0,5	8,8	1,3	1,6
2005	21,3	0,6	9,2	- 18,2	1,3	- 19,8	- 4,5	- 3,6
2006	43,1	- 1,8	0,8	0,2	1,7	- 12,7	- 3,1	- 1,1
2007	11,4	1,5	0,2	4,1	2,2	- 3,0	0,6	1,3
2008	28,7	1,7	0,9	- 0,6	3,5	- 14,9	- 1,7	0,5



Finanzierungssalden *)

(Stadtgemeinde Bremerhaven, in Mio.€)

Jahr	Finanzierungs- saldo	Konsumtiver Finanzierungs- saldo	Primärsaldo	Investiver Finanzierungs- saldo
1980	-51	-23	-22	-29
1981	-54	-35	-18	-19
1982	-59	-41	-15	-17
1983	-55	-41	-12	-14
1984	-58	-45	-10	-13
1985	-57	-37	-4	-20
1986	-68	-57	-12	-11
1987	-41	-25	17	-16
1988	-27	-10	31	-16
1989	8	23	46	-15
1990	-1	19	38	-20
1991	6	24	46	-18
1992	3	17	43	-14
1993	-25	5	-15	-30
1994	-12	5	-1	-17
1995	-24	-12	-14	-12
1996	-26	-23	-15	-3
1997	-6	-26	5	20
1998	-21	-14	-7	-6
1999	-19	-12	-6	-8
2000	-29	-24	-18	-4
2001	-42	-39	-29	-2
2002	-60	-51	-45	-8
2003	-74	-67	-57	-7
2004	-96	-46	-77	-50
2005	-96	-25	-73	-71
2006	-77	-22	-46	-56
2007	-71	-14	-38	-57
2008	-74	-16	-32	-58
Veränderung gegenüber Vorjahr				
1981	-3	-12	4	10
1982	-5	-7	3	2
1983	3	1	3	3
1984	-3	-4	2	1
1985	1	8	6	-7
1986	-11	-20	-8	9
1987	27	32	29	-5
1988	14	14	15	-1
1989	35	34	14	1
1990	-9	-4	-8	-5
1991	7	5	8	2
1992	-4	-7	-3	3
1993	-28	-12	-58	-16
1994	13	0	14	14
1995	-12	-17	-12	5
1996	-2	-12	-1	9
1997	20	-3	20	23
1998	-14	12	-12	-26
1999	1	2	1	-1
2000	-9	-12	-12	3
2001	-13	-15	-11	2
2002	-18	-12	-17	-6
2003	-14	-16	-12	2
2004	-22	22	-20	-44
2005	0	21	4	-21
2006	19	3	27	16
2007	6	7	8	-1
2008	-3	-2	6	-1